

Terrorismus und Krieg

Bedeutung und Konsequenzen des 11. September 2001

Jutta Bakonyi (Hrsg.)

Jutta Bakonyi

Terrorismus, Krieg und andere Gewaltphänomene der Moderne

Ulrike Borchardt

Terrorismus und/oder Krieg: Die Logik der neuen Kriegführung

Peter Lock

Keine neue Zeitrechnung

Boris Wilke

Der „Anti-Terror-Krieg“ und die Taliban

Arbeitspapier

Nr. 4 /2001

Universität Hamburg - IPW

Forschungsstelle Kriege,

Research Unit of Wars,

Rüstung und Entwicklung

Armament and Development

Anschrift und Bezugsadresse

Universität Hamburg - IPW

Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung

Allende-Platz 1

D - 20146 Hamburg

Telefon 040/42838-3689

Fax 040/42838-2460

Internet: <http://www.akuf.de>

ISSN 1432-8283

Inhalt

Jutta Bakonyi

Terrorismus, Krieg und andere Gewaltphänomene der Moderne S. 5

Peter Lock

Keine neue Zeitrechnung S. 21

Boris Wilke

Der „Anti-Terror-Krieg“ und die Taliban.

Anmerkungen zur Genese eines regionalen Akteurs und zu den möglichen Folgen eines globalen Krieges S. 35

Ulrike Borchardt

Terrorismus und/oder Krieg. Die Logik der neuen Kriegführung S. 63

Vorwort

Dieses Papier ist aus einer von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) organisierten Diskussionsveranstaltung über die Bedeutung und Konsequenzen der Anschläge vom 11. September 2001 hervorgegangen, die am 22. November 2001 am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg stattgefunden hat. Die Autorinnen und Autoren der in diesem Heft versammelten Beiträge beschäftigen sich seit Jahren mit der Kriegsursachen- und Konfliktforschung und sind vor allem darum bemüht, der Aufregung und den schnellen und übereilten Reaktionen von Presse und Wissenschaft eine fundierte Analyse der Ereignisse entgegenzusetzen. Wissenschaftliche Analyse braucht die Distanz und muss sich zudem davor hüten, aus emotionaler Betroffenheit vorschnelle Analysen und Prognosen sowie übereilte Handlungsempfehlungen auszusprechen, die wenig zur (Er)Klärung und noch weniger zur Lösung der Probleme beitragen als vielmehr Gefahr laufen, aktuelle Konfliktpotentiale noch zu verschärfen. In diesem Sinne werden in diesem Arbeitspapier vier AutorInnen zu Wort kommen, die, wie Boris Wilke formuliert, darum bestrebt sind die Anschläge vom 11. September 2001 zu banalisieren. Nicht um den Ereignissen selbst ihre reale Dramatik zu rauben, sondern um sich in kritische Distanz zu ihnen zu begeben und „ohne Zorn und Eifer“ (Siedschlag) nach Ursachen und Erklärungen zu suchen und mögliche Folgen zu beurteilen.

In einem einleitenden Beitrag setzt sich *Jutta Bakonyi* mit der Problematik des Terrorismusbegriffs und der Schwierigkeit seiner Abgrenzung von anderen Gewaltphänomenen der Moderne, vor allem von Krieg, auseinander. In der Terrorismusforschung, so die These der Autorin, werden die Defizite der sozialwissenschaftlichen Gewaltforschung besonders deutlich. Dies gilt zum einen für die Begriffsbildung, die häufig eher von normativen und politisch-strategischen, als von analytisch-systematischen Kriterien geleitet wird. Zum anderen zeigt sich in der Terrorismusforschung die mangelnde theoretische Fundierung der Gewaltforschung, deren Studien und Ergebnisse sich kaum zu verallgemeinerbaren Aussagen und zusammenhängenden Erklärungen synthetisieren lassen. Dem stellt die Autorin abschließend das von der Hamburger Schule der Kriegsursachenforschung entwickelte Konzept der Weltgesellschaft gegenüber, mit dem eine theoretische Basis für die ursächliche Erklärung der weltweiten Gewaltkonflikte erarbeitet wurde.

Der aus theoretischer Sicht dargestellte konfliktive Prozess globaler kapitalistischer Vergesellschaftung vollzieht sich auf dem Boden lokaler und historischer Besonderheiten und entfaltet erst vor dem Hintergrund globaler Ungleichzeitigkeiten und regionaler und national unterscheidbarer Entwicklungspfade seine eigene Dynamik, die nicht durch eine allein theoretisch ausgerichtete Perspektive eingeebnet werden darf. *Peter Lock* verweist in seinem Beitrag ausdrücklich darauf, dass keine einfachen Erklärungen für das Geschehen existieren und versucht deshalb eine „konzentrische Annäherung an das Ursachenbündel für den Terror“ (S. 24). Da 15 der 19 Attentäter saudi-arabische Staatsbürger waren, untersucht der Autor die lokalen sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen, die zur Bildung der Gewaltakteure und ihrer „Flucht“ in religiös verbrämte Mythen und Phantasmen beigetragen haben. Der Autor zeigt, wie die Modernisierung der arabischen Welt enorme Widersprüche produziert, die wohl am deutlichsten in der Massenarbeitslosigkeit der Jugendlichen sichtbar wird. Diese bilden das enorme und stetig anwachsende Rekrutierungsreservoir der terroristischen Netzwerke. Ebenfalls eine große Bedeutung kommt nach Lock der islamischen Diaspora zu, die aufgrund der diktatorischen Verfasstheit ihrer Herkunftsländer jeder politischen Partizipation und Artikulation dort beraubt wurden. Aus der Unzufriedenheit mit dieser Situation besteht eine Disposition, international vernetzte politische Aktivitäten, darunter eben auch gewaltbereite Akteure zu unterstützen.

Boris Wilke beschäftigt sich mit der Genese desjenigen Akteurs, der als erster ins Visier der Anti-Terror-Koalition geriet: der Taliban. Den kulturalistischen Interpretationsmustern der westlichen Medien und leider allzu häufig auch der Wissenschaft setzt der Autor eine detaillierte Untersuchung der transnationalen Kriegsökonomie entgegen, die einerseits zum Aufstieg der Taliban zum bedeutendsten Akteur des afghanischen Bürgerkriegs beigetragen hat, in deren Strukturen aber andererseits auch der Anti-Terror-Krieg eingebettet ist. Die Taliban entstanden in erster Linie als historisches Produkt des langjährigen Krieges in Afghanistan und konnten ihre Position durch die Bildung von Allianzen und den Ausbau transnationaler Netzwerke entscheidend verbessern. Der regionalen Vernetzung der Taliban mit dem Nachbarstaat Pakistan, mit Saudi-Arabien und der Al-Qaida kommt nach Wilke eine große Bedeutung zu. Ebenso wichtig ist jedoch die aufgrund von Rohstoffinteressen gegebene Möglichkeit zur engen Zusammenarbeit mit Firmen und Regierungen der westlichen Staaten, darunter nicht zuletzt mit den USA und der damit verbunden Errichtung des größten Finanzinstituts aus der Dritten Welt, der „Bank of Credit and Commerce International“ (BCCI).

Abschließend widmet sich *Ulrike Borchardt* der Logik der terroristischen Angriffe und ihrer kriegerischen Beantwortung durch die Anti-Terror-Koalition. Unter Rückgriff auf die Einschätzungen und Bewertungen des streitbaren französischen Philosophen Baudrillard nähert sich die Autorin den Motiven und Zielen der Gewaltakteure an und entschlüsselt die Ursachen ihrer Gewaltbereitschaft. Ulrike Borchardt geht außerdem der Frage nach, ob Krieg eine wirksame Antwort auf terroristische Gewalt sein kann, und sie untersucht, warum viele Staaten sich so schnell zur Bildung einer Anti-Terror-Koalition und zum Krieg gegen Afghanistan bereit erklärt haben. Ihr Beitrag endet mit offenen Fragen, die für eine weiterführende Beschäftigung mit dem Thema ebenso wie für die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen bearbeitet werden sollten.

Da die Veröffentlichung der Beiträge sich länger als ursprünglich vorgesehen hingezogen hat, wurde den Autoren die Chance zur abschließenden Bearbeitung und Aktualisierung gegeben. Allein der Beitrag von *Peter Lock* wurde nicht überarbeitet und entspricht dem Stand vom November 2001. Abschließend möchte ich mich nochmals herzlich bei den AutorInnen bedanken, die nicht nur zum Gelingen der Diskussionsveranstaltung maßgeblich beigetragen haben, sondern auch geduldig bereit waren, die vielfachen Verzögerungen bei der Veröffentlichung hinzunehmen.

Jutta Bakonyi

Terrorismus, Krieg und andere Gewaltphänomene der Moderne

Jutta Bakonyi

Die Anschläge am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington haben eine neue Debatte über das Phänomen des Terrorismus ausgelöst. Nachdem Präsident Bush bereits am 12. September die Anschläge als kriegerischen Akt gegen die USA bewertete und die NATO wenig später ihre Beistandsverpflichtung erklärte, bildet die Frage nach der Abgrenzung von Terrorismus und Krieg einen Schwerpunkt der politikwissenschaftlichen Diskussion. Eine schlichte Gleichsetzung von Terrorismus und Krieg mag ebenso wie die Botschaft, dass es sich bei den Anschlägen um vollkommen neue und die Zukunft bestimmende Gewaltphänomene handelt¹, als Ausdruck der emotionalen Betroffenheit unmittelbar nach den Anschlägen verständlich sein. Sie bleiben dennoch ebenso problematisch wie die Behauptung von Bush, die USA hätten den ersten Krieg des 21. Jahrhunderts erlebt. Die Menschen in den über 30 Staaten, in denen sowohl vor als auch nach dem Übergang in das 21. Jahrhundert Krieg geführt wurde,² haben gute Gründe, letzterer Behauptung zu widersprechen.

Die Vermischung der Begriffe von wahlweise Terrorismus und Krieg oder auch Terrorismus und Kriminalität wird bereits seit Jahren von der wissenschaftlichen Forschung beklagt.³ Alle Versuche, Invarianten aus der empirischen Vielfalt der Gewalthandlungen herauszudestillieren, als Wesenmerkmale des Terrorismus zu fixieren und von anderen Gewaltphänomenen abzugrenzen, sind bislang gescheitert. Aus der Tatsache, dass bislang weder eine einheitliche Definition noch eine begrifflich eindeutige Trennlinie zwischen den verschiedenen Gewaltphänomenen gezogen werden konnte, wird abgeleitet, dass sowohl die Komplexität des Gegenstandes als auch die dynamische Realität moderner Gewaltkon-

¹ Die Anschläge des 11. September wurden im Feuilleton, von Politikern und von etlichen Wissenschaftlern als historische Zäsur bewertet. Der Soziologe György Konrad bspw. hat das 21. Jahrhundert bereits zwei Jahre nach seinem Beginn zur „Epoche [sic!] des latenten globalen Terrors“ erklärt (zit. in Friedenspädagogik, Rundbrief Nr.2/2001).

² Vgl. Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)/Schreiber, Wolfgang/Rabehl, Thomas (Hg.) (2001): Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte.

³ Vgl. z.B. Münkler, Herfried (1980): Guerillakrieg und Terrorismus, in: Neue politische Literatur, XXV, Heft 3, S. 299-326, hier S.299f.

flikte sich der definitorischen Subsumierung sperren. Die Schwierigkeit der Abgrenzung von Terrorismus und Krieg liegt jedoch weniger in der Komplexität des Gegenstands selbst begründet als in der Tatsache, dass sich 1) die Begriffe Krieg und Terrorismus auf unterschiedliche Abstraktionsebenen beziehen⁴ und 2) in die Bezeichnung eines Gewaltaktes als terroristisch ebenso sehr strategisch-politische Interessen wie normative Grundpositionen einfließen.

Gemeinsamkeit von Terrorismus und Krieg: Gewalt und Legitimation

Das Gemeinsame und zugleich der Wesenskern von Terrorismus und Krieg liegt zweifellos in der geplanten und organisierten Anwendung von *politisch* motivierter Gewalt gegen einen zum Feind definierten Anderen. Gewalt wird hier eingegrenzt auf die intendierte körperliche Verletzung und wird im Sinne Max Webers als anthropologische Konstante verstanden,⁵ deren Einsatz als Möglichkeit jedem Menschen gegeben ist und deren Kontrolle und Einhegung daher eine Grundvoraussetzung des sozialen (Über)Lebens bildet.⁶ Durch die Bestimmung der Gewalt als *politische* sollen rein kriminelle Gewalttaten, die dem unmittelbaren persönlichen Interesse des Gewaltakteurs, zumeist dem Ziel der persönlichen Bereicherung dienen, ausgeschlossen werden. Dagegen beansprucht die politische Gewalt die Verallgemeinerungsfähigkeit ihrer Motive.⁷ Alle politisch motivierten Gewaltakteure und nicht nur die terroristischen, wie gegenwärtig häufiger behauptet wurde, beanspruchen im objektiven Interesse eines Dritten zu agieren: für eine soziologisch (Schicht, Klasse), ethnisch, national oder religiös bestimmte Gruppe, für Volk, Vaterland, für Gott oder schlicht für die gesamte Menschheit, deren Freiheit und/oder Fortschritt gewaltsam erkämpft werden soll. Der Anspruch für einen interessierten oder auch nur „als interessiert unterstellten Dritten“ (Münkler) zu kämpfen, zwingt die politische Gewalt zur Legitimation.⁸ Während kriminelle Akteure ihre Taten verbergen und in der Regel, sofern sie vor ein Gericht gestellt werden, abstreiten, bekennen und begründen politische Gewalt-

4 Daase, Christopher (2001): Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien, in: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization, Band 76, Heft 1, S. 55- 80, hier S. 65.

5 Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. rev. Aufl., Tübingen, S. 516.

6 Vgl. Jung, Dietrich (2000): Gewaltkonflikte und Moderne. Historisch-soziologische Methoden und die Problemstellungen der Internationalen Beziehungen, in: Siegelberg, Jens/Schlichte, Klaus (Hg.), S. 140-166.

7 Münkler, Herfried (1992): Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken, Frankfurt/Main, S. 147ff.

8 Vgl. Apter, David E. (Hg.) (1997): The Legitimization of Violence, New York, S. 5.

akteure ihre Handlungen. Davon zeugt die Praxis der Bekennerschreiben nach politischen Anschlägen und Attentaten ebenso wie die Tatsache, dass ohne ideologische Unterfütterung oder neutraler formuliert, ohne legitimatorische Diskurse, weder inner- noch zwischenstaatliche Kriege geführt werden können.⁹

Die Anschläge vom 11. September 2001 stellen, da sich bis heute keine Fraktion öffentlich dazu bekannt hat, eine Abweichung von der sonst üblichen Legitimierungspraxis dar. Das Fehlen eines Bekennerschreibens macht die Tat undurchsichtig und die Täter nahezu ungreifbar und unidentifizierbar. Für Jürgen Habermas und Bruce Hofmann liegt gerade in dieser Unangreifbarkeit die eigentlich neue Qualität der Anschläge.¹⁰ Tatsächlich weckt diese Praxis jedoch Erinnerungen an die Anfang der 80er Jahre von Rechtsradikalen während der Hauptreisezeit begangenen Bombenanschläge auf dem Bahnhof in Bologna und dem Münchner Oktoberfest. Auch bei den Brandanschlägen auf Flüchtlingswohnungen und den seit Anfang der 1990er Jahre zunehmenden Gewaltaktionen gegen MigrantInnen und Asylsuchende in Deutschland wird in der Regel auf Bekennerschreiben verzichtet. Die Täter scheinen dabei anzunehmen, dass die pure Gewalt und Zerstörungskraft und/oder das in ihren Augen wohl eindeutige Ziel der Anschläge ‚für sich selbst spricht‘ und keiner weiteren Vermittlung bedarf. Der Verzicht auf eine öffentliche Legitimierung steht in einem engem Zusammenhang mit dem seit Mitte der 1980er Jahre zu beobachtenden tendenziellen Ablösung der sozialrevolutionär ausgerichteten Bewegungen durch fundamentalistische Strömungen, in der nicht mehr (wenn auch häufig genug nur vordergründig) für die Emanzipation marginalisierter sozialer Gruppen, die Beendigung von Ausbeutungsverhältnissen oder die Verbesserung der (ökonomischen) Lebenschancen gekämpft wird, sondern die „Rückkehr“ in eine ideologisch heroisierte Vergangenheit angestrebt wird. Die zu verwirklichende neue Gesellschaft wird dabei von den Gewaltakteuren als „natürliche“ und/oder „gottgewollte“ perzipiert und bedarf daher keiner weiteren diskursiven Rechtfertigung und Legitimierung. Die hohe Brutalität, welche die einer wie auch immer definierten „Tradition“ verpflichteten Gewaltakteure häufig entwickeln, scheint dabei

⁹ Vgl. die Einzelfallstudien zur Legitimierung politischer Gewalt in Apter 1997, a.a.O.; auch Schwab-Trapp, Michael (1997): Legitimatorische Diskurse. Der Diskurs über den Krieg in Jugoslawien und der Wandel der politischen Kultur, in: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen/Wiesbaden, S. 302-327, hier S. 304f.

¹⁰ Habermas, Jürgen (2002): Fundamentalismus und Terror. Antworten auf Fragen zum 11. September 2001, Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, S. 165-178; Hoffman, Bruce (2001): Terrorismus der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt: Fischer Taschenbuch, aktualisierte Ausgabe, S. 280f..

schon dem Wissen um die Aussichtslosigkeit des Kampfes zu entspringen und in ihr drückt sich auch „die verzweifelte Rache an der Modernisierung seines [des Kämpfers] Lebens [aus], der er sich nicht einmal mit Gewalt zu entziehen vermag.“¹¹

Abgrenzung Krieg – Terrorismus

Wann aber kann der Einsatz von politischer Gewalt als Krieg bezeichnet werden und wie können Krieg und Terrorismus voneinander abgegrenzt werden? Als Krieg wird von der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) ein gewaltsamer Massenkonflikt definiert, in dem zumindest auf einer Seite reguläre Streitkräfte eingesetzt und die Gewalthandlungen mit einer gewissen Kontinuität ausgetragen werden. Auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentral gelenkter Organisation der Gewaltakteure gewährleistet sein. Mit diesen Bestimmungen des Massencharakters, der Kontinuität und des Organisationsgrades werden als Krieg nur diejenigen Gewaltaktionen und Kampfhandlungen verstanden, die über gelegentliche und spontane Zusammenstöße hinausgehen. Damit soll ausgeschlossen werden, dass bspw. Staatsstriche, spontane Aufstände oder Massaker gegen eine nicht wehrfähige soziale Gruppe unter die Kriegsdefinition fallen.¹² Aber auch einzelne terroristische Anschläge gelten nicht als Kriegshandlung, weil ihnen sowohl das Merkmal des Massenkonflikts als auch der Kontinuität fehlt.¹³ Nicht ausgeschlossen ist damit jedoch, dass sich Kriegsparteien terroristischer Gewaltmittel bedienen. Terroristische Gewalt kann in Kriegen, bei Aufständen, Putschversuchen etc. sowohl von staatlichen als auch nichtstaatlichen Gewaltakteuren¹⁴, von regulären wie irregu-

¹¹ Münkler (1992), a.a.O., S. 140.

¹² Nicht benannt ist in dieser Bestimmung, ob der Krieg *zwischen* Staaten oder *innerstaatlich* ausgetragen wird. Damit wird der in der Kriegs- und Konfliktforschung lange vernachlässigten Tatsache Rechnung getragen, dass seit 1945 die überwältigende Mehrzahl der Kriege innerstaatliche sind. Die Bestimmung von Krieg erfolgt in der hier gebotenen Kürze. Eine genaue Aufschlüsselung und Begründung der AKUF-Kriegsdefinition kann nachgelesen werden in Gantzel, Klaus J./Schwinghammer, Torsten (1995): Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 - 1992. Daten und Tendenzen, Münster, S. 31-39.

¹³ Das gilt bislang auch für die Anschläge vom 11. September. Trotz aller Ankündigungen und Prophezeiungen weiterer Anschläge und trotz der nicht nur in den USA vorherrschenden Stimmung, fast jede unmittelbar nach dem 11. September stattfindende Gewalttat oder auch nur Unfälle Terroristen, wahlweise auch religiösen Fundamentalisten oder gleich Osama Bin Laden zuzuschreiben (vgl. kritisch hierzu auch Habermas 2002, a.a.O., S. 166), handelte es sich bislang um einen einmaligen Akt.

¹⁴ In der Terrorismusforschung werden staatliche Terrorakte unterschiedlich bewertet. Waldmann plädiert bspw. dafür Terrorismus von Staatsterrorismus, den er begrifflich als Terror abgrenzt, zu unterscheiden. Terrorismus agiert *gegen*, Terror dagegen *für* den Erhalt einer bestimmten politischen Ordnung. Dass diese Unterscheidung nicht einzuhalten ist, erkennt Waldmann schließlich selbst, wenn er vor dem Problem der „vigilantistischen Terroristen“ steht, die ebenfalls *für* den Erhalt der politischen Ordnung eintreten und, in ihrer Sicht, die staatliche Machtausübung ergänzen. Die Gegenposition zu Waldmann vertritt Gießmann, der verschiedene Formen staatlichen Terrorismus benennt. Vgl. Waldmann, Peter (1998): Terrorismus. Provokation der Macht, München: Gerling Akademie Verlag; Gießmann, Hans J. (2000): Terro-

lären Kampfverbänden, paramilitärischen oder politischen Gruppen, autonomen Zellen, Parteien, Religionsgemeinschaften, Sekten etc., sowohl einmalig als auch mit einer gewissen Regelmäßigkeit angewandt werden. Eine Entweder-Oder-Entscheidung, also entweder Krieg oder Terrorismus kann allein deshalb nicht gefällt werden, weil Terrorismus, im Unterschied zu Krieg, kein eigenständiges Gewaltphänomen bezeichnet, sondern eine bestimmte *Methode* des Einsatzes von politischer Gewalt (und nicht nur eine Methode der Kriegsführung, wie Daase behauptet).

In der häufig verwendeten Definition von Waldmann wird Terrorismus bezeichnet als „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen die politische Ordnung [...]. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“.¹⁵ Damit rekurriert Waldmann auf die bereits in den 1970er Jahren von Fromkin herausgearbeitete psychische Dimension der terroristischen Gewalt, deren wesentlichste Bestimmung nicht die intendierte physische Verletzung oder sogar Vernichtung eines Gegners, sondern die Erzeugung von Schockwirkungen sei.¹⁶ Nach Münkler bedeutet dies, dass Terrorismus „mehr als alle anderen Strategien politischer Gewaltanwendung auf die gesellschaftlich desorientierenden Potentiale der angewandten Gewalt“,¹⁷ auf die Erzeugung von Angst zielt. Münkler hat das Problem dieser Bestimmung selbst erkannt. Indem er die quantitative Kennzeichnung des „mehr als“ benötigt, gibt er zu verstehen, dass es zwar zum Wesen von Gewalt gehört, Angst und Schrecken zu erzeugen, die terroristische Gewalt aber eine gesteigerte emotionale Wirkung erzielen will. Die genaue Bestimmung dieses „mehr“ muss Münkler notgedrungen schuldig bleiben, da eine genaue Abgrenzung zwischen rein physischen und psychischen von Gewalt unmöglich zu treffen ist. Gewalt, so formuliert es Trotha, „ist eine *Wirklichkeit der Gefühle*, die die Menschen oft überwältigen, und *der Emotionen*, der entgrenzten Gefühle.“¹⁸ Die Menschen in Israel bspw. werden sicherlich bestätigen, dass kaum zu unterscheiden ist, ob die mittlerweile fast täglichen Selbstmordattentate die physischen Vernichtung *oder* die Erzeugung von Desorientierung und Angst intendieren. Werden die Erfahrungen von Gewaltopfern ernst genommen, dann verbinden sich im Einsatz von Ge-

rismus mit staatlicher Duldung, in: Hirschmann, Kai/Gerhard, Peter (Hg.): Terrorismus als weltweites Phänomen. Berlin, S. 121-128.

¹⁵ Waldmann 1998, a.a.O., S. 10, Hervorhebung von mir, J.B.

¹⁶ Fromkin, David (1977): Die Strategie des Terrorismus, in: Funke, Manfred (Hg.): Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 123), Bonn, S. 83-100.

¹⁷ Münkler (1980), a.a.O., S. 309, Hervorhebung von mir, J.B.

¹⁸ Trotha, Trutz von (1997): Zur Soziologie der Gewalt, in: Ders. (Hg.), a.a.O., S.9-58, hier S. 26.

walt physische mit psychischen Wirkungen und auch die Anschläge in New York haben schließlich nicht zuletzt aufgrund ihrer hohen *physischen* Zerstörungskraft die Weltöffentlichkeit *schockiert*.

Auch die von Waldmann aus der intendierten psychischen Wirkung der terroristischen Gewalt abgeleitete Behauptung, dass es sich bei Terrorismus primär um eine Kommunikationsstrategie handelt, vermag als Abgrenzungsmerkmal zu anderen Gewaltphänomenen nicht zu überzeugen. Es sind keinesfalls nur terroristische Gruppen, die eine symbiotische Beziehung mit den modernen Massenmedien eingehen, sondern der oben herausgearbeitete Zwang zur Legitimation politischer Gewalt begründet die von politischen Gewaltakteuren häufig angestrebte massenmediale Inszenierung ihrer Aktionen. Hier sei bspw. an die Landung der US-Interventionstruppen in Somalia 1993 erinnert, die sicherlich nicht zufällig zur *prime time*, also der Hauptsendezeit der US-amerikanischen Medien, erfolgte. Nach dem Afrika-Korrespondenten der Süddeutschen Zeitung handelte es sich dabei um „eine perfekte Choreografie, eine einschüchternde Demonstration militärischer Stärke“¹⁹, maßgeblich also um eine Strategie der Kommunikation, mit der die Unterstützungsbereitschaft auf der einen und die Einschüchterung des Gegners auf der anderen Seite angestrebt wurde. Erinnert sei hier auch an die Willfährigkeit, mit der sich viele jugendlichen Gangs oder auch lokale Kriegersakteure von der internationalen Presse interviewen lassen und stolz ihre Waffen präsentieren oder sogar ihre Gewaltaktionen vor laufenden Fernsehkameras ausführen. Die Gewalt wird auch dabei zur Kommunikationsstrategie und soll „den abwesenden anderen (und sich selbst) die eigene Präsenz, Stärke oder Vitalität“ demonstrieren.²⁰

Unterstellt nun, dass es möglich ist auf Seiten der Täter die Motive genau zu entschlüsseln und zu differenzieren, ob die Gewalt primär als Mittel der Einschüchterung/Kommunikation oder als Mittel zur realen physischen Schwächung respektive Vernichtung eingesetzt werden soll, so ist dies allenfalls eine notwendige, kaum jedoch eine hinreichende Bestimmung terroristischer Gewalttaten. Ob eine Gewalttat als terroristisch eingestuft wird, ist ebenso abhängig von moralisch-normativen wie politisch-strategischen Kriterien. Die Verwendung des Begriffs setzt bereits ein moralisches Urteil über die Ge-

¹⁹ Birnbaum, Michael (2002): *Krisenherd Somalia. Das Land des Terrors und der Anarchie*, München, S. 96
²⁰ Vgl. Keppler, Angela (1997): *Über einige Formen der medialen Wahrnehmung von Gewalt*, in: Trotha, Trutz von (Hg.), S. 380-401, hier S. 380f..

walttat voraus.²¹ Dies kann bis zur begriffsgeschichtlichen Genese von Terrorismus zurückverfolgt werden. Als Begriff taucht Terrorismus erstmals nach dem Sturz der Jakobiner im postrevolutionären Frankreich auf und wurde zur abwertenden Bezeichnung der „Gewalt einer Gruppierung, die sich der Staatsgewalt bemächtigt“²² benutzt. Terrorismus entstand somit als „reiner Feindbegriff“ und wird bis heute als Mittel benutzt, den politischen Gegner zu diskreditieren²³ und dessen Handlungen als illegitim und moralisch verwerflich zu verurteilen. Dass die Bezeichnung einer Gewalttat als terroristisch vor allem den subjektiven Standpunkt des Autors wiedergibt, wurde auch in den in den 60er und 70er Jahren geführten Terrorismus-Diskussionen in der UNO deutlich. Viele der gerade unabhängigen Dritte-Welt-Staaten äußerten nun die Befürchtung, dass mit einer international einheitlichen Definition von Terrorismus jede Form des bewaffneten Kampfes gegen eine bestehende politische Ordnung diskreditiert werden soll und damit vor allem die machtpolitischen und ökonomischen Interessen der (ex-) kolonialen- und der imperialistischen Mächte bedient werden.²⁴ Bereits in den 1950er Jahren war, auch um den Vorwurf des Terrorismus zu entkräften, das Konzept des antikolonialen/antiimperialistischen Befreiungskampfes entwickelt worden und während der Trikontinentalen Konferenz in Havanna 1966 wurde das Mittel des bewaffneten Kampfes von etlichen Bewegungen und Staaten der Dritten Welt sogar offiziell zum „Standardweg der Emanzipation“ erklärt.²⁵ Diese Beispiele der moralisch und/oder politisch-strategischen Konnotation des Begriffs sollen die Problematik seiner Verwendung in der wissenschaftlichen Forschung verdeutlichen. Um nicht missverstanden zu werden: Hier soll keinesfalls negiert werden, dass die Anwendung von Gewalt in der politischen Diskussion bewertet werden und legitime von illegitimer, vermeidbare von unvermeidbarer Gewalt unterschieden werden soll und kann. Ebenso wenig sollte eine ethische Debatte in der sozialwissenschaftlichen Gewaltforschung vermieden werden. Dennoch ist es um so dringender geboten, die ethischen und politisch-strategischen Diskussionen, selbst wenn sie das Erkenntnisinteresse der Friedens- und Konfliktforschung maßgeblich bestimmen, von der wissenschaftlich-

²¹ Hoffman 2001, a.a.O., S. 38.

²² Walther, Rudolf (1996): Terror, Terrorismus, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosselleck, Reinhard (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart, S. 323-444, hier S. 324.

²³ Ebd.

²⁴ Zu den UN-Debatten vgl. Hoffman (2001), a.a.O., S. 38-41.

²⁵ Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe (2001): Die Hunde bellen ... Von A bis RZ. Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre, Münster: Unrast, S. 38.

analytischen Begriffsbildung zu trennen. Wenn normative Grundpositionen in die Begriffsbildung einfließen, so wird deren analytisch-systematische Funktion geschwächt.²⁶ Kann zu der Friedens- und Konfliktforschung noch eine solidarische Haltung gegenüber ihren Zielen eingenommen werden, so ist bei vielen der heute zu Wort kommenden Sicherheits- und Terrorismusexperten der Hang zu spüren, der staatlichen Gewalt das Wort zu reden und, wie Nedelmann dies in einem anderen Zusammenhang kritisierte, „zu Sprachrohren der politischen Wertungen ihrer ministeriellen Auftraggeber“ zu werden.²⁷ Funke bspw. gibt dies unumwunden zu, indem er fordert, dass Politikwissenschaft nicht nur „Wissenschaft vom Staat sondern auch *für* den Staat sein soll“.²⁸ In diesem Zusammenhang haben derzeit verstärkt diejenigen apokalyptische Zukunftsvisionen Konjunktur, die bereits an allen Ecken und Enden der Gesellschaft neue terroristische Akteure in den Startlöchern vermuten. So hat Kai Hirschmann, Mitarbeiter an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, bereits prognostiziert, dass Globalisierungs- und Gentechnikgegner sich „an der Schwelle zum Terrorismus“ befinden.²⁹ Dass sowohl Funke als auch Hirschmann schließlich die Ausdehnung nachrichtendienstlicher und polizeilicher Befugnisse fordern und Funke zudem unter dem Kapitel „Entsicherung‘ des Lebensgefühls“ über die hohe Ausländerkriminalität schwadroniert, verwundert nicht mehr. Das Konzept des Terrorismus erfüllt in der Geschichte der Bundesrepublik zum zweiten Mal eine Legitimierungsfunktion für die Durchsetzung polizeilicher und rechtlicher Sonderregelungen und wurde nach dem 11. September zu einem willkommenen Mittel für die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen, die Ausdehnung der Befugnisse und die organisatorische Erneuerung der Sicherheitsbehörden.³⁰

26 Jung, Dietrich (1995): Tradition-Moderne-Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung, Münster, S. 17f..

27 Nedelmann, Birgitta (1997): Gewaltsoziologie am Scheideweg. Die Auseinandersetzungen in der gegenwärtigen und Wege der zukünftigen Gewaltforschung, in: Trotha Trutz von (Hg.), a.a.O., S. 59-86, hier S. 69.

28 Funke, Manfred (2001): Zwischen Staatsvernunft und Gefühlskultur. Aspekte innerer und äußerer Sicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 51, 14. Dezember, S.3-6, hier S. 3.

29 Hirschmann, Kai (2001): Terrorismus in neuen Dimensionen. Hintergründe und Schlussfolgerungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 51, 14. Dezember, S.7-16, hier S. 8.

30 Vgl. Eick, Volker/Beck, Martin/Wiegrefe, Carsten (2001): „Als das Wünschen noch geholfen hat ...“. Das World Trade Center als Security Shopping Mall, in: Prokla 125. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 31. Jg., Nr. 4, Dezember, S. 579-603.

Weltgesellschaft und Gewalt

In der Terrorismusforschung werden die Defizite der sozialwissenschaftlichen (Gewalt)Forschung besonders deutlich. Nicht erst seit Anfang der 1990er Jahre mit dem von Menzel proklamierten „Ende der großen Theorie“³¹ der längst praktizierte Abschied von dem Versuch, die Einheit der Welt theoretisch zu begründen, als Versöhnung der Sozialwissenschaft mit der Realität gefeiert wurde, droht der Sozialwissenschaft ihre Selbstauflösung in atomistische Einzelstudien. Die Welt wird nur noch als „fragmentiertes Konglomerat regionaler und nationaler ‘Fälle’“³² betrachtet und das Wissen über einzelne gesellschaftliche Phänomene, in der Gewaltforschung über je besondere Gewaltphänomene (bestimmte Kriege, Massaker, terroristische Angriffe etc.), in den jeweiligen Subdisziplinen akkumuliert. Zusammenhängende Erklärungen und verallgemeinerbare Aussagen über Ursachen und Hintergründe der je besonderen Gewalt können ohne eine übergeordnete theoretische Perspektive nicht getroffen werden. Was Siegelberg 1996 für die Kriegsforschung konstatierte, kann bedenkenlos auf die Gewaltforschung ausgedehnt werden: „Der Forschungsstand wie die Forschungspraxis sind atomistisch, nicht kumulativ und ohne erkennbaren theoretischen Zusammenhang“.³³ Allenfalls können noch gemeinsame Muster und Tendenzen benannt und die beobachteten und beschriebenen Gewaltphänomene zu Typen klassifiziert werden. Aber auch in den Versuchen die unverstandenen Beobachtungen zu ordnen, zeigt sich das Theoriedefizit der Forschung, die nicht mehr zwischen der Erscheinungsform des Gewaltaustrags und deren Ursache unterscheiden kann. In der derzeit übliche Klassifizierung von Gewaltphänomenen in der Dritten Welt als „ethnische Kriege“ oder als „religiöser Terrorismus“ werden die Rhetorik und Selbstwahrnehmung oder auch nur die Legitimierungs- und Rechtfertigungsversuche der Gewaltakteure nicht nur unkritisch übernommen, sondern häufig zur ursächlichen Konfliktkonstellation erhoben.

Im Bestreben, die hier nur skizzierte Problemlage zu überwinden, hat die als Hamburger Ansatz bezeichnete Schule der Kriegsursachenforschung mit dem Konzept der Weltgesellschaft einen gesellschaftstheoretischen Rahmen für die theoretische Durchdringung

³¹ Menzel, Ulrich (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt/Main.

³² Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1997): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 3. Aufl., Münster, S. 96.

³³ Siegelberg, Jens (1996): Der Hamburger Ansatz- eine Grobskizze, in: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung (Hg.): Perspektiven neuer Kriegsursachenforschung. Kritik des Hamburger Ansatzes, Diskussionsvorlagen zum Symposium, S.5-35, hier S. 5.

und Erklärung moderner Gewaltphänomene erarbeitet. Der einheitliche Raum für einen die einzelnen Regionen aber auch die sozialwissenschaftlichen Subdisziplinen übergreifende theoretische Betrachtung wurde mit der kapitalistischen Expansion und der damit verbundenen Herausbildung der Weltgesellschaft als strukturellem Zusammenhang, in deren Mittelpunkt der Weltmarkt als vereinheitlichendes Syntheseprinzip steht, geschaffen. Die globale Subsumtion der verschiedensten Gesellschaften unter die vom Weltmarkt gesetzten Reproduktionsbedingungen kann insofern als vollzogen gelten, als es heute keine Residualgesellschaften mehr gibt und selbst die in einigen Regionen vermeintlich noch als Subsistenzbauern agierenden Bevölkerungsgruppen sich der tendenziell krisenhaften Entwicklung des Weltmarktes nicht mehr entziehen können. Die kapitalistisch induzierte Modernisierung führt jedoch nicht bruchlos zur Verdrängung tradierter Lebensmuster und Herrschaftsformen, sondern entfaltet sich in Abhängigkeit von den vorgefundenen Bedingungen in einem konfliktiven Prozess der Zersetzung, Verformung und Zerstörung vorherrschender Vergesellschaftungsmuster. Die *Entwicklungs-, Ausdehnungs-,* und innergesellschaftliche *Durchsetzungsgeschichte* des Kapitalismus birgt daher ein enormes Konfliktpotential und wird begleitet von Gewaltexzessen, Aufständen, Kriegen etc.³⁴ Daraus leitet sich auch die Grundthese des Hamburger Ansatzes ab: die zentrale Konfliktlinie der Moderne verläuft entlang der Durchsetzungsgeschichte kapitalistischer Vergesellschaftung.

In den entwickelten kapitalistischen Zentren hat sich mit der Etablierung und Demokratisierung des modernen Staates eine der kapitalistischen Vergesellschaftung entsprechende Form politischer Herrschaft etabliert und durch die Rücknahme der Gewalt aus dem gesellschaftlichen Alltag zur umfassenden gesellschaftlichen Pazifizierung beigetragen. Tatsächlich wurde erst mit der Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols der Zustand allgemeiner Bellingerenz aufgehoben und die begriffliche Unterscheidung von Krieg, fortan als Ausnahmezustand oder sogar Fehlentwicklung perzipiert, und Frieden ermöglicht. Das kapitalistische Prinzip des zwischen freien und gleichen Privateigentümern stattfindenden Warentauschs kann sich erst durch die Garantie der Vertrags- und Rechtssicherheit voll entfalten. Dafür muss auch der Staatsapparat selbst von den partikularen Interessen Einzelner gelöst werden und die den vormodernen Staat noch prägenden persönlichen Privi-

³⁴ Die Kriege wurden selbst zu einem entscheidenden Motor kapitalistischer Modernisierung. Vgl. hierzu Joas, Hans (2000): Die Modernität des Krieges, in: Knöbl, Wolfgang/Schmidt, Gunnar (Hg.): Die Gegen-

legien der Autorität abgeschafft und verallgemeinert, d.h. zu öffentlichen werden. In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft fungiert der Staat schließlich als Instanz der gesellschaftlichen Allgemeinheit, die sich jedoch nur abgesondert von der durch partikulare Verwertungsinteressen strukturierten Gesellschaft formieren kann. Erst durch die Scheidung der politischen von der ökonomischen Sphäre wird die für die Gewaltforschung bedeutende kategoriale Trennung *privater* von *öffentlicher* respektive *politischer* Gewalt ermöglicht. Die Analyse von Gewaltprozessen ist daher an „das zumindest implizite Vorhandensein des Staates als Tertium comparationis“ gebunden.³⁵

Entgegen den modernisierungstheoretischen Annahme, in der fälschlicherweise die Geltung eines Prinzips mit dem konkret-geschichtlichen Prozess identifiziert wurde, transformiert sich die entstehende Weltgesellschaft jedoch nicht automatisch in einen globalen Raum bürgerlicher Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Die Durchsetzung der Weltgesellschaft ist als andauernder und konfliktiver Prozess kapitalistischer Vergesellschaftung zu begreifen, der sich entlang politisch-sozialer Auseinandersetzungen und Machtkämpfe zu einem die verschiedenen Momente des sozialen Lebens vermittelnden Zusammenhang verdichtet.³⁶ Auch in den kapitalistischen Ursprungsregionen ist die Ausgestaltung bürgerlicher Lebensverhältnisse aus langwierigen Macht- und Verteilungskämpfen hervorgegangen und erst mit dem sozialstaatlichen Kompromiss der Nachkriegszeit konnten die immanenten Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung und dessen konfliktives Potential langfristig eingedämmt werden. Die Mitte der 70er Jahre sich global abzeichnende Krise kapitalistischer Verwertung zeigt sich allerdings auch in den kapitalistischen Zentren und führt mit der seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Konkurrenz noch beschleunigten Reprivatisierung vieler vormals dem Staat zugesprochenen Aufgabenfelder, bislang vor allem im Bereich der sozialen Sicherheit und Wohlfahrt, zur Zunahme sozialer Fragmentierungs- und Spaltungsprozesse. Eine erneute Freilegung gewaltförmiger Interessendurchsetzung ist auch hier keinesfalls unwahrscheinlich. Mit dem Rückzug des Staates ist der Verlust vieler, vormals erkämpfter sozialer Errungenschaften verbunden und die zeitweise aufkeimende zivilisatorische Seite des kapitalistischen Verge-

³⁵ wart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt a.M., S. 177-194.
³⁶ Jung (2000), a.a.O., S. 142. Dies gilt nicht nur für politische, sondern auch für private, d.h. kriminelle Gewaltanwendung. Erst das Gewalt- und Definitionsmonopol des Staates macht schließlich die Einordnung von Handlungen als legal, illegal und kriminell möglich. Vgl. hierzu Thome, Helmut (1992): Gesellschaftlicher Modernisierung und Kriminalität. Zum stand der sozialhistorischen Kriminalitätsforschung, in: Zeitschrift für Soziologie, 21/2, S. 212-228, hier S. 213.
³⁶ Vgl. Hirsch, Joachim (1993): Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: Das Argument, Jg. 35, Nr. 198, S.195-222, hier S. 195.

sellschaftungsprozesses³⁷ kann sich im Zuge neoliberaler Modernisierung rasch wieder verflüchtigen.

In den Dritte-Welt-Staaten stellt sich dieser Zusammenhang anders dar. Im Gegensatz zu den kapitalistischen Ursprungsregionen ist die innergesellschaftliche Transformation vor-moderner Lebensverhältnisse in den Gesellschaften der Dritten Welt nicht abgeschlossen³⁸ und mit der fortschreitenden Auflösung traditionaler Lebensverhältnisse wird dort ein enormes Konflikt- und ein erhöhtes Gewaltpotential freigesetzt, das häufig nur noch schwer eingedämmt werden kann, weil die traditionellen Formen der Gewaltkontrolle und Konfliktschlichtung weitgehend aufgelöst wurden ohne jedoch durch neue, bürgerliche Formen ersetzt zu werden. Durch das seit Mitte der 1980er Jahre deutlich zutage tretende Scheitern der wirtschaftlichen Entwicklungsanstrengungen werden die vorhandenen Gewaltpotentiale weiter verstärkt und in denjenigen Staaten, die der weltgesellschaftlichen Konkurrenz schon lange nicht mehr standhalten können, zerfallen häufig die letzten Reste institutioneller Gewaltkontrolle. Die statthabende Diffusion und Privatisierung des ohnehin nie gesellschaftsübergreifend durchgesetzten Gewaltmonopols und die Herausbildung von Ordnungsformen jenseits des Staates sind eine Folge der gescheiterten Modernisierungsbemühungen.

Die politischen Gewaltphänomene der Moderne als Teil der Durchsetzung kapitalistischer Vergesellschaftung und moderner Staatlichkeit bzw. als Folge gescheiterter Modernisierung zu begreifen, bedeutet jedoch nicht, dass auch die jeweiligen Gewaltakteure ihre Handlungen als Resultat dieser strukturellen Konfliktlinie interpretieren. Der kapitalistische Transformationsprozess führt nicht nur zur Auflösung tradierter Sozialverhältnisse, sondern kollidiert auch mit den lebensweltlichen Sinnstrukturen der Akteure. Der Widerstand gegen die als Bedrohung wahrgenommene Auflösung des Bekannten artikuliert sich häufig unter Rückgriff auf die Vergangenheit, deren Idealisierung und heroische Verklärung umso weiter fortzuschreiten scheint, je weiter sich die Menschen in ihrer Lebensweise von den vergangenen Formen entfernen. Die Vergangenheitsverklärung wird zusätzlich dadurch befördert, dass sie ein darstellbares Gegenbild zu den kaum zu personifizierenden Zwängen kapitalistischer Vergesellschaftung bietet. Im Gegensatz zu traditionellen Herr-

³⁷ Vgl. Siegelberg, Jens (2000): Staat und internationales System - ein strukturgeschichtlicher Überblick, in: Ders./Schlichte, Klaus (Hrsg.), S.11-57, hier S. 52.

schaftsverhältnissen entfaltet sich die kapitalistische Vergesellschaftung als „stummer Zwang der Verhältnisse“ (Marx) und die aus diesem Zwang resultierenden sozialen Verwerfungen, die Marginalisierung und fortschreitende Verelendung sozialer Gruppen oder mittlerweile ganzer Regionen und Kontinente kann nur unter enormen ideologischen Verklärungen der persönlichen Verantwortung Einzelner oder bestimmter sozialer Gruppen zugeschrieben werden.

Die aus der kolonialen Modernisierung resultierenden sozialen Verwerfungen konnten mit der Anwesenheit der europäischen Kolonialherren noch personifiziert werden und der Widerstand artikuliert sich daher primär als Kampf gegen die Fremdherrschaft. Da die innergesellschaftlichen Widersprüche weniger als Resultat der kapitalistischen Transformation, sondern vor allem aus der Brutalität, dem Rassismus und der unmittelbaren Ausbeutung der Kolonisatoren zu resultieren schien, wurde die Übernahme des Staatsapparates als Möglichkeit zur Gestaltung eines alternativen Entwicklungsweges betrachtet. Nicht selten griffen die Unabhängigkeitsbewegungen auf eine sozialistische Rhetorik zurück, mit der ein kolonial unbelasteter Modernisierungs- und Fortschrittsmythos transportiert werden konnte.

Nach dem Erhalt der formalen Unabhängigkeit wurde die kapitalistische Modernisierung von sozialen Akteuren im Innern der Staaten fortgesetzt und, egal welcher ideologischen Ausrichtung, häufig noch beschleunigt. Dass die jeweiligen Akteure sich dennoch dem sozialistischen oder kapitalistischen Lager zurechneten, war vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Supermächte die Lippenbekenntnisse der Dritt-Welt-Staaten mit (zum Teil massiver) finanzieller und anderer Unterstützung belohnten. Trotz dem Scheitern der ökonomischen Entwicklungsanstrengungen gestattete die Außenunterstützung den Regierungen den Ausbau ihrer Machtposition und bot wahlweise auch der sich formierenden Opposition eine einfache Finanzierungsmöglichkeit.

Allein in dieser Gestalt wurde der Ost-West-Konflikt auf die Länder der Dritten Welt übertragen und lebte, ohne eine wirkliche gesellschaftliche Tiefenwirkung zu entfalten, vor allem in der Rhetorik der staatlichen oder oppositionellen Eliten fort. Aber auch in der wissenschaftlichen Perzeption der bewaffneten Konflikte in der Dritten Welt als „Stellvertreterkriege“ zeigt sich, dass die den Kriegen zugrunde liegenden sozialen Wandlungsprozesse und die daraus resultierende innergesellschaftliche Dynamik weitgehend unverstanden

³⁸ Eben das Strukturmerkmal der bis heute unabgeschlossenen Transformation rechtfertigt die summarische Subsumierung der diversen und äußerst heterogenen Entwicklungsregionen unter den Begriff der „Dritten

blieb und stattdessen der Rhetorik der Kriegsakteure eine kriegsursächliche Wirkung zugeschrieben wurde. Als mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zwar seine Erklärungskraft nicht jedoch die Kriege in der Dritten Welt beendet wurden, wurde mit dem „ethnischen“ oder wahlweise auch „religiösen“ Krieg ein schnelles Substitut gefunden. Geändert hat sich dabei also nicht die Realität in den Gesellschaften der Dritten Welt, sondern die Betrachtung dieser Realität durch die wissenschaftliche Forschung.

Die Selbstwahrnehmung der Akteure bleibt dennoch von großer Relevanz für die Analyse moderner Gewaltkonflikte, da sich mit der Verlagerung von Selbst- und Fremdzuschreibungen eine je eigene Konfliktdynamik entfaltet. Ob eine soziale Klasse bzw. der imperiale Norden oder eine ethnisch oder sogar rassistisch definierte soziale Gruppe als verantwortlich für das eigene Elend wahrgenommen wird hat ebenso wie die subjektive Motivation und die Zielformulierung der Kämpfer einen Einfluss auf die Form des Konfliktausgangs. In den säkularen sozialrevolutionären Bewegungen der 70er und 80er Jahre bspw. beanspruchten die Gewaltakteure für die im emphatischen Sinn der Aufklärung verstandene bessere Zukunft der Menschheit zu kämpfen. Die Ziele der Kampfhandlungen wurden daher sehr genau ausgesucht und ‚unnötige‘ Opfer vermieden.³⁹ Das sichtbare Scheitern aller Modernisierungsbemühungen und das Ende des Fortschrittsoptimismus führt seit Beginn der 80er Jahre zu einer deutlichen Verlagerung der sinnhaften Wahrnehmung und Selbstzuschreibung der Gewaltakteure. Ohne weiter am Mythos des ewigen Fortschritts festzuhalten, erfolgt mit dem Anwachsen von fundamentalistischen Bewegungen die ‚Rück-‘ Besinnung auf längst überholte kulturelle und religiöse Werte. Der Widerstand gegen die Transformationsprozesse formiert sich jetzt nicht mehr als emanzipatorisch-sozialrevolutionäre sondern als Anti-Modernisierungs-Bewegung und artikuliert sich vor allem gegen die mit der Säkularisierung verbundene Zerstörung der letzten noch verbliebenen religiös-mythologischen und kulturellen Sinnstiftungsmechanismen. Die fundamentalistische Rhetorik entfaltet gegenwärtig ein enormes Mobilisierungspotential und wird zum Sammelbecken nicht nur der offensichtlichen Verlierer kapitalistischer Transformationsprozesse. Gerade auch die „bedrängten und nach Veränderung suchenden Mittelklassen und das Bildungsbürgertum“ greifen verstärkt auf kulturelle Deutungsmuster zurück.⁴⁰

Welt“.

³⁹ Vgl. Hoffman (2001), a.a.O., S. 280ff..

⁴⁰ Siehe den Beitrag von Peter Lock in diesem Band, S. 26.

Selbst wenn sich diese Gewaltprozesse jedoch vordergründig als ethnische oder religiöse präsentieren, so bilden weder ethnische noch religiöse oder sonstige kulturelle Zuschreibungen die zugrunde liegende Konfliktursache. In der statthabenden „Ökonomisierung der Kriege“⁴¹ wird deutlich, dass sich hinter der ‚Sprache der Tradition‘ oft ein durchaus moderner Konkurrenzkampf um den Zugang zu den vorhandenen profitablen Märkten und um die wenigen Gewinnchancen verbirgt. Der „Begrifflichkeit des Alten“ wird im Kampfgeschehen eine neue Funktion und Aufgabe verliehen⁴² und der Rückgriff auf die längst bis zur Unkenntlichkeit aufgelösten traditionellen Sinnstiftungsmuster sowie die Heroisierung der Vergangenheit ist Teil der kapitalistischen Entwicklung zur Weltgesellschaft, deren Dynamik sich in der immanenten Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung erst entfaltet. Vielleicht, so hat Herfried Münkler spekuliert, resultiert gerade aus dem Wissen der „traditionalen“ Gewaltakteure, dass der Schritt zurück in die Vergangenheit nicht mehr möglich ist, ihre unglaubliche Brutalität.

⁴¹ Lock, Peter (1998): Privatinseln im Weltmarkt. Privatisierung von Sicherheit in zerfallenden Staaten, in: Iz3w, Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 227, S.21-24, hier S. 21. Vgl. auch die exzellenten Studien in dem Sammelband von Jean, Francois/Rufin, Jean-Christophe (Hg.) (1999): Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg.

⁴² Diese Funktion erfüllt auch die ethnische Zuschreibung, vgl. am Bsp. der Ethnizität in Afrika: Schlichte, Klaus (1996): Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Münster, S. 104-126.

Literatur

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1997):** Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 3. Aufl., Münster.
- Apter, David E. (Hg.) (1997):** The Legitimization of Violence, New York.
- Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF)/Schreiber, Wolfgang/Rabehl, Thomas (Hg.) (2001):** Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen.
- Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe (2001):** Die Hunde bellen ... Von A bis RZ. Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre, Münster.
- Birnbaum, Michael (2002):** Krisenherd Somalia. Das Land des Terrors und der Anarchie, München.
- Daase, Christopher (2001):** Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien, in: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization, Band 76, Heft 1, S. 55- 80.
- Eick, Volker/Beck, Martin/Wiegrefe, Carsten (2001):** „Als das Wünschen noch geholfen hat ...“. Das World Trade Center als Security Shopping Mall, in: Prokla 125. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 31. Jg., Nr. 4, Dezember, S. 579-603.
- Fromkin, David (1977):** Die Strategie des Terrorismus, in: Funke, Manfred (Hg.): Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewaltpolitik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 123), Bonn, S. 83-100.
- Funke, Manfred (2001):** Zwischen Staatsvernunft und Gefühlskultur. Aspekte innerer und äußerer Sicherheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 51, 14. Dezember, S.3-6.
- Gantzel, Klaus J./Schwinghammer, Torsten (1995):** Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 - 1992. Daten und Tendenzen, Münster.
- Gießmann, Hans J. (2000):** Terrorismus mit staatlicher Duldung, in: Hirschmann, Kai/Gerhard, Peter (Hg.): Terrorismus als weltweites Phänomen. Berlin, S. 121-128.
- Hirsch, Joachim (1993):** Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus, in: Das Argument, Jg. 35, Nr. 198, S.195-222.
- Hirschmann, Kai (2001):** Terrorismus in neuen Dimensionen. Hintergründe und Schlussfolgerungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 51, 14. Dezember, S.7-16.
- Hoffman, Bruce (2001):** Terrorismus der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt: Fischer Taschenbuch, aktualisierte Ausgabe.
- Jean, Francois/Rufin, Jean-Christophe (Hg.) (1999):** Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg.
- Joas, Hans (2000):** Die Modernität des Krieges, in: Knöbl, Wolfgang/Schmidt, Gunnar (Hg.): Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt a.M., S. 177-194.
- Jung, Dietrich (1995):** Tradition-Moderne-Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung, Münster.
- Jung, Dietrich (2000):** Gewaltkonflikte und Moderne. Historisch-soziologische Methoden und die Problemstellungen der Internationalen Beziehungen, in: Siegelberg, Jens/Schlichte, Klaus (Hg.), S. 140-166.

- Keppler, Angela (1997):** Über einige Formen der medialen Wahrnehmung von Gewalt, in: Trotha, Trutz von (Hg.), S. 380-401.
- Lock, Peter (1998):** Privatinseln im Weltmarkt. Privatisierung von Sicherheit in zerfallenden Staaten, in: Iz3w, Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 227, S.21-24.
- Menzel, Ulrich (1992):** Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt/Main.
- Münkler, Herfried (1980):** Guerillakrieg und Terrorismus, in: Neue politische Literatur, XXV, Jg. 1980, Heft 3, S. 299-326.
- Münkler, Herfried (1992):** Gewalt und Ordnung. Das Bild des Krieges im politischen Denken, Frankfurt/Main.
- Nedelmann, Birgitta (1997):** Gewaltsoziologie am Scheideweg. Die Auseinandersetzungen in der gegenwärtigen und Wege der zukünftigen Gewaltforschung, in: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen/Wiesbaden, S. 59-86.
- Schlichte, Klaus (1996):** Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Münster.
- Schwab-Trapp, Michael (1997):** Legitimatorische Diskurse. Der Diskurs über den Krieg in Jugoslawien und der Wandel der politischen Kultur, in: Trotha, Trutz von (Hg.): Soziologie der Gewalt, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen/Wiesbaden, S. 302-327.
- Siegelberg, Jens (1996):** Der Hamburger Ansatz- eine Grobskizze, in: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, (Hg.): Perspektiven neuer Kriegsursachenforschung. Kritik des Hamburger Ansatzes, Diskussionsvorlagen zum Symposium, S. 5-35.
- Siegelberg, Jens (2000):** Staat und internationales System - ein strukturgeschichtlicher Überblick, in: Ders./Schlichte, Klaus (Hrsg.), S.11-57.
- Thome, Helmut (1992):** Gesellschaftlicher Modernisierung und Kriminalität. Zum stand der sozialhistorischen Kriminalitätsforschung, in: Zeitschrift für Soziologie, 21/2, S. 212-228.
- Trotha, Trutz von (1997):** Zur Soziologie der Gewalt, in: Ders. (Hg.), Soziologie der Gewalt, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen/Wiesbaden, S.9-58.
- Waldmann, Peter (1998):** Terrorismus. Provokation der Macht, München: Gerling Akademie Verlag.
- Walther, Rudolf (1996):** Terror, Terrorismus, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Kosselleck, Reinhard (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart, S. 323-444, hier S. 324.
- Weber, Max (1980):** Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. rev. Aufl., Tübingen.

Keine neue Zeitrechnung¹

Peter Lock

Von einer neuen Zeitrechnung beginnend mit dem 11. September schwadronieren die Kommentatoren. Aber alles wird so sein, wie es bereits vorher war, nur schlimmer. Weltweit wächst die Armut, die Wohlstandsinseln werden immer mehr zu Festungen. Die Entwicklung von waghalsigen Produktinnovationen auf den internationalen Finanzmärkten, z.B. immer neue „hedge funds, werden das neoliberale Projekt der Globalisierung weiter vorantreiben. Die politischen Kräfteverhältnisse verschieben sich dramatisch. Am Tisch der großen Koalition gegen den Terror kämpfen Regierungsparteien und Opposition in den westlichen Industriestaaten um einen Platz in der ersten Reihe. In Deutschland z.B. muss man mit der CDU geradezu Mitleid haben. Denn bei ihren Versuchen sich sicherheitspolitisch zu profilieren, bleibt ihr nur die Rolle des Hasen, während Schily und Schröder als Igel bereits alle Stühle besetzt haben, auf denen die CDU gerne Platz nehmen würde. Der Schutz der freiheitlichen Demokratie gerät zum Vorwand ihrer Abschaffung, ohne dass der geringste Nachweis der vorbeugenden Wirksamkeit der obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen erbracht worden wäre.

Kriege kennen keine Moral

International werden Freunde des Terrors, Diktatoren, Kleptokraten und Warlords hofiert und als Mitglieder in das Oberhaus der internationalen Koalition gegen den Terror aufgenommen. Die Geschäftsführung dieser Koalition bleibt jedoch „top secret“. Sie wird von den USA absolut kontrolliert. Dass es sich dabei um ein opportunistisches und vor allem asymmetrisches Projekt handelt, geht schon aus der Begriffswahl hervor. Denn eine Koalition ist jederzeit kündbar, während eine Allianz gegen den Terror Beziehungen auf Gegenseitigkeit implizieren würde.

¹ Für kritische Anmerkungen zu einer früheren Version danke ich Birgit Sommer und den TeilnehmerInnen an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen.

Nach der herrschenden Sprachregelung befinden wir uns im Krieg. Glaubt man der Reagan'schen Politikseilschaft aus dem Kalten Krieg, die unter Bush gerade wieder aktiviert worden ist, dann wird dieser politische Ausnahmezustand noch weitere 25 Jahre dauern. Von demokratischem Widerstand befreit und getragen von einer Woge des Patriotismus, Nationalismus und Chauvinismus des amerikanischen Volkes kann das rechte Politik-Establishment in den USA, das vom Präsidenten abwärts von Erdölinteressen durchgesetzt ist, sein Projekt einer unilateralen Dominanz der globalen Wirtschaft durchziehen. Die Antwort auf Terror lautet Terror. Nationale Sicherheit ist wichtiger als die Verfassung, Militärgerichte treten an die Stelle ordentlicher Gerichte. Wenn es um die Durchsetzung nationaler Interessen geht, werden moralische und völkerrechtliche Schranken des militärischen Handelns durchbrochen und nach innen erodiert der Rechtsstaat. Die Stärke fundamentalistischer Strömungen in den Vereinigten Staaten, die sich im Vollzug der Todesstrafe manifestiert, erklärt den politischen Konsens, mit Gegenterror zu antworten. Inwieweit das Europa in Zugzwang bringt oder Europas Teilhabe am Kampf gegen den Terrorismus auf Mäßigung gerichtet ist und tatsächlich Wirkung zeigt, wird man erst mit einigem zeitlichen Abstand beurteilen können. Gegenwärtig wird die Konfrontation jedenfalls als total stilisiert und wird daher als nicht verhandelbar präsentiert. Das Insistieren auf bedingungsloser Kapitulation bestimmt erneut die amerikanische Außenpolitik.

In Kriegszeiten wird Staatshandeln zur geheimen Kommandosache. Der Militärapparat und die anderen Sicherheitsorgane wuchern in Schatten der Geheimhaltung. Fehlende Kritik an ihrer Ineffizienz weist sie als geschützte Bürokratien sowjetischen Zuschnitts aus. Trotz ständigen Missmanagements ist das Pentagon vom Kongreß bereits mit zusätzlichen Milliarden im zweistelligen Bereich versorgt worden. Damit nicht genug, man setzt im Pentagon offen auf die Notwendigkeit eines staatlichen Konjunkturprogrammes zur Abwendung einer Rezession und erwartet rasant wachsende Zuflüsse an Haushaltsmitteln aus diesem Programm.² Der Beginn des Rüstungs-Keynesianismus in der amerikanischen Wirtschaftspolitik zeigt sich in der führenden Luftrüstungszeitschrift (Aviation Week & Space Technology), die von Woche zu Woche mit immer neuen Beschaffungsanforderungen gefüllt ist. Allerdings beschwerten sich Militärjournalisten zugleich, dass die Geheimhaltung absurde Formen angenommen hat. Die Rüstungsbükratie und die verschiedenen Sicherheitsorgane wandeln sich endgültig in ein parlamentarisch nicht mehr

kontrolliertes geschlossenes System, das in seiner Arroganz genau die amerikanischen Interessen zu gefährden droht, die dieses Babylon der Verschwendung zu schützen vorgibt.³

Exkurs:

Um 20.000 kg Sprengmittel in die kriegszerstörten Felsenlandschaften Afghanistans zu bringen, setzt die amerikanische Luftwaffe sog. B-2 Tarnkappenbomber ein. Die Anschaffung eines solchen Bombers hat die amerikanischen Steuerzahler zwei Mrd. US-\$ gekostet. Nun fliegen diese wohl täglich von den Vereinigten Staaten nach Afghanistan, hierzu werden sie mehrfach in der Luft aufgetankt, sind einen Tag und ein halbe Nacht unterwegs und laden ihre Bomben auf Afghanistan ab. Danach fliegen sie auf die pazifische Insel Diego Garcia, damit die Piloten vor ihrer Rückkehr nach Amerika ein wenig schlafen können. Diese Insel haben die Briten während des Kalten Krieges aus ihrem kolonialen Portefeuille völkerrechtswidrig den Amerikanern als stationären „Flugzeugträger“ zur militärischen Überwachung des persisch-arabischen Golfes übereignet. Die indigene Bevölkerung wurde nach Mauritius zwangsevakuert. Es hat 25 Jahre gedauert, bis 2001 ein britisches Gericht die Evakuierung für rechtswidrig erklärt hat. Praktische Folgen hat dieser Richterspruch freilich für die in Lagern auf Mauritius lebenden Bewohner von Diego Garcia nicht, denn ihre Rückführung und Entschädigung würde nicht nur die Nachtruhe der amerikanischen Bomberpiloten stören, vielmehr müßte dieser Flugzeugträger samt riesigem Kriegsarsenal aufgegeben werden.

Wenn man alles Fluggerät, Tanker, elektronischen Begleitschutz etc. und die sonstigen Infrastrukturen in Rechnung stellt, so dürfte jeder dieser militärisch eher bescheidenen Bombenabwürfe den Einsatz militärischen Gerätes im Wert von mindestens vier Mrd. US-\$ direkt beanspruchen. Dennoch denunziert niemand den wirtschaftlichen und ökologischen Wahnsinn dieser militärischen Aktionen. Eine Kombination von Geheimhaltung und politischer Selbstzensur gegenüber allem Militärischen deckt diese Entfaltung einer absurden militärischen Verschwendungstechnologie, die das auch dem Ende des Kalten Krieges fortgesetzte Wettrüsten der USA, nunmehr ausschließlich mit sich selbst, hervorbringt.

² Aviation Week & Space Technology 15. Oktober 2001, S. 43.

³ Ebd., S. 106.

Profiteure des 11. Septembers

Für die Konservativen bietet der Terroranschlag eine unverhoffte Gelegenheit zu langfristigem Machterhalt, die sie nutzen werden. Heruntergekommene Diktaturen, vor allem im arabischen Raum, aber auch anderen islamisch geprägten Ländern erhalten durch die Mitgliedschaft in der Koalition gegen den Terror neue wirtschaftliche Spielräume, weil dieses Mitmachen, wie bereits im Golfkrieg, mit Schuldenerlass und gegebenenfalls mit unauffälligen militärischen „Stabilitätshilfen“ belohnt wird. Russland sieht sich in seiner menschenverachtenden Strategie in Tschetschenien bestätigt. In Europa besteht die Gefahr, dass der „Schulterschluss“ mit den USA nicht zu mäßigendem Einfluss auf die amerikanische Politik genutzt wird. Stattdessen droht auch dort, der nationale Sicherheitsstaat proklamiert und Schritt für Schritt exekutiert zu werden.

Hierzu wurde in Deutschland die Figur des Schläfers aus dem Hut gezaubert. Es handelt sich um einen beliebig manipulierbaren Generalverdacht, der Notstandshandeln der Regierenden legitimiert. Die gesamte Bevölkerung wird im Handstreich zu Amateurspitzeln ernannt. Gesellschaftliche Desintegration ist die logische Folge. Dem Generalverdacht ausgesetzte Gruppen, vor allem unter den Einwanderern, rücken zwangsläufig näher zusammen. Die politisch gewollte oder zumindest billigend in Kauf genommene Hysterie führt zu tiefgreifenden Veränderungen. Sie setzt einen Mechanismus in Gang, bei dem die Artikulation des Verdachtes sich schließlich selbst bewahrheiten muss, indem sie kommunikative Distanzen schafft, die irgendwann unüberbrückbar werden. Der Generalverdacht bewirkt die kommunikative Isolation von Personen mit einer ideologisch begründeten Gewaltdisposition und verstärkt Wahrnehmungen, die die Umsetzung solcher Gewaltvisionen mit dem Ziel gesellschaftlicher Veränderung befördern, während gerade deren Rückführung in alltagsweltliche und politische Diskurse notwendig wäre. Denn ein terroristischer Lebenspfad ist das Produkt der Wahrnehmung eines sozialen Umfeldes und der Weltgesellschaft aus einem erworbenen ideologischen Blickwinkel. Er bleibt jederzeit veränderbar. Kommunikation ist dabei ein Schlüssel zur Umkehr.

In der gegenwärtigen Situation muss daher die politische Aufgabe lauten, der einem nationalen Sicherheitsstaat, der unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung errichtet wird, entgegenzutreten, auch und gerade wenn dieser in vielen kleinen Schritten umgesetzt wird. Dies setzt voraus, dass es gelingt, die Ursachen des aktuellen Terrorismus aufzuspüren, um daraus politische Alternativen zum „Krieg gegen den Terrorismus“ und Optionen

für eine gerechtere Weltordnung zu entwickeln, die das Umfeld für terroristische Akteure beschränkt. Allerdings ist innerhalb der Linken eine Tendenz zu beobachten, aus der überkommenen Kapitalismuskritik eine kurze, meist recht willkürliche Brücke zum 11. September zu schlagen nach dem Motto, man habe es ja schon immer gewusst, wie böse die Amerikaner sind oder wie konflikträchtig der Kapitalismus ist. Dies mag entlasten und sogar Teilwahrheiten enthalten, aber es trägt wenig dazu bei, konkreten Widerstand gegen die „neue innere Sicherheit“ zu leisten, die den Charakter unserer Gesellschaft tiefgreifend verändern wird.

Die Suche nach den Ursachen

Es gibt keine einfachen Erklärungsformeln, nur konzentrische Annäherungen an das Ursachenbündel für den Terror. Der von der Politik fahrlässig vor einer eingehenden Problemanalyse ausgerufene Krieg gegen den Terrorismus richtet sich überwiegend auf Symptome, die in Afghanistan ausgemacht worden sind. Da Krieg aber nur ein letztes, absolutes Mittel zu Bearbeitung von Konflikten sein kann, steht es mit den Aussichten für eine Überwindung des Terrorismus á la New York schlecht, denn seine Wurzeln liegen woanders, sie werden in Afghanistan nicht getroffen.

Am Anfang der Analyse muss die Erkenntnis stehen, dass Terrorismus ohne eine gesellschaftliche Basis nicht operieren kann. Er ist die Fortsetzung eines gescheiterten oder unmöglichen politischen Dialogs mit anderen Mitteln und fatalen Folgen. Unberechenbare Gewalt zur Erreichung eines politischen Zieles tritt an die Stelle politischen Wettbewerbs. Die am 11. September scheinbar gegen die amerikanisch-kapitalistische Hegemonie eingesetzten Mittel zur vorgeblichen Schaffung einer als Vormoderne gedachten islamischen Ordnung haben eine neue Qualität. Die Risiken, die modernster ziviler Hochtechnologie innewohnen, wurden intelligent kumuliert und zum Schlag gegen eine Kathedrale des Systems genutzt. Diese Form des Terrorismus hat aber zur Voraussetzung, dass die Täter unerkannt ihren Lebensmittelpunkt in einer „global city“ (Sassen) haben und so in der Lage sind, das verhasste System aus seinem Zentrum heraus anzugreifen.

Diese Akteure unterscheiden sich von den Terroristen, die Touristen in Luxor mit einer Kalaschnikow erschießen, Bomben auf Marktplätzen in Kaschmir legen oder weltweit als „Gotteskrieger“ einsetzbar sind, nicht zuletzt weil ihnen eine andere Karriere wirtschaftlich nicht offen steht. Daher ist die Zerstörung von Ausbildungslagern in den kargen

Hochtälern Afghanistans wenig mehr als eine medial inszenierte Trophäe des amerikanischen Luftkrieges. Akteure, die aus der Mitte der modernen Industriegesellschaft terroristische Anschläge verüben sollen, können dort jedenfalls nicht ausgebildet werden. Sollte in ihrer Biographie ein kurzzeitiger Aufenthalt in Afghanistan nachweisbar sein, so dürfte es sich dabei eher um eine Art ideologische Wallfahrt als eine berufliche Qualifizierung zum Terroristen gehandelt haben. In den bombardierten Lagern wurden bestenfalls Gewalttäter ausgebildet, die an den Rändern des internationalen Systems, an denen das staatliche Gewaltmonopol einem offenen Gewaltmarkt gewichen ist, agieren können. Zwar präsentieren sich die beiden Terrorismen möglicherweise medial als Aktionseinheit, wahrscheinlicher ist jedoch, dass sie von den Medien auf der Einheitsfolie Kriegspartei islamischer Jihad abgebildet werden. Dennoch handelt es sich entwicklungsgeschichtlich und politisch strategisch um sehr unterschiedliche Netzwerke.

Daher ist nach der Herkunft und dem Operationsraum der sozialen Basis der terroristischen Netzwerke zu fragen, die geradezu zu einer ideologischen Supermacht stilisiert werden und offensichtlich unbemerkt als fünfte Kolonne eines sektiererischen „Jihad“ in den Zentren der kapitalistischen Welt Personal rekrutieren können. Dass sich die USA heute in Afghanistan in der Rolle des Zauberlehrlings wiederfinden, der die Geister, die er im Kampf gegen die Sowjetunion rief, nicht mehr beherrscht, wird im linken politischen Diskurs gelegentlich mit unausgesprochener Schadenfreude festgestellt. Dies wird aber in seiner Bedeutung für die gegenwärtige Struktur terroristischer Netzwerke überschätzt und ist letztlich nicht konstitutiv für ihre Existenz.

Eine vom Westen geförderte politische Blockade

Wichtiger für die Entstehung dieser Netzwerke ist, dass die arabische Welt und weitere bedeutende islamisch geprägte Staaten seit Jahrzehnten von mehr oder weniger diktatorischen Regimen beherrscht werden. Die westliche Politik hat diese Regime mit Ausnahme Libyens massiv gestützt und in akuten Krisen mit militärischen Mitteln und Sicherheitspersonal versorgt. Ein besonders delikates Beispiel war die Revolte in Mekka (1979), die u.a. durch Einsatz französischer Sicherheitskräfte niedergeschlagen wurde. Diese Politik war

in den Fällen des Iran⁴, Iraks und Syriens so konterproduktiv, dass dort nun diktatorische Regime eine gegen den Westen gerichtete Politik betreiben. Die anderen Regime, mit Ausnahme Libyens, werden vor allem als Erdöllieferanten und zum Teil Israel anerkennende Regime geschätzt und umfanglich mit militärischen Mitteln versorgt. Der amerikanische Rechnungshof hat ermittelt, dass allein die USA zwischen 1991 und 2000 für 91 Mrd. US-\$ Rüstungsgüter in den Mittleren Osten geliefert haben, wobei zu berücksichtigen ist, dass Iran, Syrien, Irak, Libyen und bis in die jüngste Zeit auch Pakistan keine Lieferungen erhielten. Zur Veranschaulichung mag dienen, dass die Bundeswehr pro Jahr für etwa drei Milliarden US-\$ Rüstungsgüter beschafft.

Aus der Perspektive demokratischer Opposition gegen die autoritären Eliten dieser Staaten besteht westliche Politik aus Rohstoffinteressen und Unterstützung Israels. Der Preishemmungsloser Energieverschwendung in den USA ist die Abhängigkeit von einer Diktatur in Saudi Arabien, die von einem Familienclan hinter einer theokratischen Fassade kontrolliert wird. Aus diesem Land kommen mehr als 25% aller amerikanischen Erdölimporte. Im Kontext des Kalten Krieges hatten konservative Potentaten eher Angst vor einer säkularen Opposition. Daher waren religiös-fundamentalistische Tendenzen in ihren Anfängen zunächst höchst willkommen, weil sie als ein Bollwerk gegen alle Formen linker Opposition wahrgenommen wurden. Im „heiligen Krieg“ gegen die Sowjetunion in Afghanistan duldeten oder förderten die Eliten noch die islamischen Legionen. Diese kämpften noch Schulter an Schulter mit den USA und waren von der vom amerikanischen CIA verdeckt organisierten militärischen Logistik abhängig. Die zurückkehrenden Kriegsveteranen entpuppten sich jedoch als eine innenpolitische Bedrohung der Regime. Sie bildeten ein gewaltbereites Potenzial, das religiös-fundamentalistischer Opposition zu Diensten war. Sie wurden mit harter Repression konfrontiert, soweit es nicht gelang sie zu korrumpieren und einzubinden oder erneut in ferne Kampfplätze des „Jihad“ (Kosovo, Tschetschenien und erneut Afghanistan an der Seite der Taliban) zu entsorgen. Diese militante Mission wurde von privaten Hilfswerken und Stiftungen besorgt, die besonders von der saudischen Elite getragen werden. In diesem Prozess sind transnationale, panislamische Netzwerke entstanden, denen ein nahezu unbegrenztes Rekrutierungspotenzial junger Männer, mit und ohne Bildung, ohne jede Chance auf eine reguläre Arbeit zur

4 Im Falle des Iran war bereits in den fünfziger Jahren ein Umsturz gegen ein national-kapitalistisches Regime (Mossadeq) organisiert worden, bevor das damals eingesetzte Shahregime wiederum von einem islamisch orientierten Regime in einem Umsturz hinweggefegt wurde.

ohne Bildung, ohne jede Chance auf eine reguläre Arbeit zur Verfügung steht.⁵ Angesichts der brutalen Unterdrückung von Opposition und der Diskreditierung von einst modernisierenden säkularen Bewegungen, wie z. B. Baath Partei, ist es nicht verwunderlich, dass zumindest Teile der bedrängten und nach Veränderung suchenden Mittelklassen und das Bildungsbürgertum in der Moral religiöser Orientierung ein Vehikel zu gesellschaftlicher Veränderung sahen. Da die „Demokratien“ des Westens autoritäre Regime mit allen Mitteln förderten, erschien nicht die Demokratie, sondern die Errichtung eines islamischen Staates, der als religiös-gesellschaftliche Antithese zum modernen demokratischen Staat gedacht wird, einzig eine Möglichkeit zu bieten, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Je entwickelter und moderner die meist auf die Hauptstadt beschränkte inselartige Urbanität und die politische Unterdrückung waren, umso früher haben sich solche Bewegungen herausgebildet. Es ist also kein Zufall, dass ägyptische Islamisten über eine lange politische und organisatorische Erfahrung verfügen.

Derartige Strömungen wurden durch den Golfkrieg und seine Folgen verstärkt. Obsiegt als Folge dieses Trends ein „islamisches“ Projekt in der Wahlurne, wie 1991 in Algerien, dann optierte der Westen für putschende Generäle und ungestörte Energieversorgung. Das hat im Bewusstsein von Islamisten eine Verschiebung der Täterrolle von den eigenen Machteliten auf den Westen, die US, die Moderne und den Kapitalismus befördert. Mit diesem gemeinsamen Feind waren endgültig die ideologischen Voraussetzungen für eine internationalistische, panislamische Bewegung gegeben, die ausdrücklich nicht in einer besonderen Beziehung zu einem bestimmten Staat als Sponsor steht. Hierbei handelt es sich jedoch eher um eine grundsätzliche ideologische Disposition, die sich aus einer gemeinsamen Gegnerschaft speist, als um eine strategisch konsolidierte, handlungsfähige Bewegung.

Denn dort, wo sich ordnungspolitische Projektionen quasi-theologisch legitimieren, ist eine permanente Fraktionierung aufgrund verdeckter unterschiedlicher Interessenlagen, die sich in theologische Differenzen kleiden, vorprogrammiert. Das Führungspersonal terroristischer Netzwerke rekrutiert sich aus verschiedenen Ländern, in denen eine mit terroristischen Mitteln arbeitende Bewegung auf nationaler Ebene zum Teil seit Jahrzehnten aktiv

⁵ Präzise demographische Daten zur Arbeitslosigkeit junger Menschen im Mittleren Osten und Nordafrika finden sich in: Kamel Kaleb (2001): *Démographie et démocratisation de l'école en Algérie (1962-2000)*, in: *Le Monde arabe* No.171-1972, juin, S. 80-89 und Dhonte, Pierre/ Bhattacharya, Rina/Yousef, Tarik

ist, aber vom repressiven Staatsapparat stark unter Kontrolle gehalten und zunehmend ins Ausland abgedrängt wird. Auf Ägypten trifft dies besonders zu. Daher ist es nicht zufällig, dass führende Köpfe des Al-Qaida Netzwerkes bezeichnete Personen in Ägypten bereits Haftstrafen wegen terroristischer Anschläge abgesessen haben. Afghanistan hatte sich als bequemer Rückzugsraum herauskristallisiert, weil dort das staatliche Monopol legitimer Gewalt zusammengebrochen war und eine ideologische Affinität zum herrschenden Talibanregime organisatorische Freiräume geboten hat. Jedoch bieten die dynamisch wachsenden Sphären der Schattenglobalisierung⁶ alternative Operationsräume für kriminelle und terroristische Netzwerke.

Zum Beispiel Saudi Arabien

Ein Blick auf Saudi Arabien verdeutlicht die explosive Dynamik, die von den mehr oder weniger diktatorisch verfassten arabischen Staaten ausgeht. Das Land ist auf dem Wege zu einem von Amerikanern und Briten militärisch besetzten Staat, in dem es keine institutionalisierte Politik gibt. Die Selbstlegitimation des herrschenden Klans hat die Figur eines Gottesstaates, der sich zu einer Apartheidsdiktatur entwickelt hat. Eine fundamentalistische Variante des Islam fungiert als Staatsdoktrin, die willkürliche Repression legitimiert. Die Erdölrente erlaubt zum Machterhalt einerseits die korruptive Einbindung und andererseits massive polizeistaatliche Mittel bis hin zu Verstümmelung und Todesstrafe. Von den gut 20 Millionen Bewohnern sind etwa sieben Millionen weitgehend rechtlose Wanderarbeiter, überwiegend Männer ohne Familie. Frauen sind nach Abschluss der Schul- oder Hochschulbildung fast vollständig vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, was sich im Verbot, ein Auto zu steuern, plakativ manifestiert. Aber selbst im Falle religiöser Unruhen hat sich der herrschende Klan nicht gescheut, auf militärische Dienstleistungen westlicher Staaten zurückzugreifen.

Die Widersprüche in dieser Gesellschaft verschärfen sich rasant. Fast achtzig Prozent der saudischen Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre. Ein erheblicher Teil der jungen Menschen durchläuft eine Hochschulausbildung, häufig auch an Universitäten in westlichen Ländern. Auf dem weiteren Lebenspfad jedoch gibt es keine politischen Artikulations-

(2001): Transition démographique au Moyen-Orient: conséquences pour la croissance, l'emploi et le logement, in: *Le Monde arabe* No.171-1972, juin, S. 12-25.

6 Zum Konzept der Schattenglobalisierung und deren quantitativen Dimensionen siehe: Peter Lock, Ökonomien des Krieges, in: Betz, Joachim/ Brüne, Stefan (Hg.): *Neues Jahrbuch Dritte Welt*, Opladen (Leske + Budrich) S.173-186; abgedruckt auch in *Sozialismus* 11/2001 S.13-21.

möglichkeiten und immer weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die der Ausbildung und den Erwartungen entsprechen. Als Perspektive bleibt vom Renteneinkommen der Familie in einem Staat zu leben, dessen wohlfahrtsstaatliche Infrastrukturen den saudischen Staatsbürgern bislang noch unentgeltlich zur Verfügung stehen.

In Abwesenheit von politischen Institutionen bleiben als Orte politischer Artikulation die Moschee und das Exil. In der Moschee kann man einen Gottesstaat nur kritisieren, indem man ihm Blasphemie oder Abweichung von der reinen Lehre vorwirft, während man im Exil auch säkulare Kritik äußern kann. Aus der Perspektive religiös begründeter Opposition ist das Staatshandeln des herrschenden Klans Sünde, die ihre Ursachen in der Kollaboration mit dem Bösen hat; es wird durch den Westen und vor allem Amerika repräsentiert. Aber auch die religiös begründete Opposition trifft auf einen als Religionspolizei agierende Geistlichkeit, die in Abhängigkeit zu den Herrschenden steht, so dass sich letztlich säkulare und religiöse Opposition gemeinsam im Exil wiederfinden. Dieses Exil wird aber im Gegensatz zu den Armut- und Arbeitsmigranten aus anderen islamischen Ländern in den meisten Fällen von wohlhabenden, paternalistisch verfassten Großfamilien und Stiftungen im Falle der religiösen Opposition finanziell gestützt.

Islamische Diaspora

Um sich den Entstehungsbedingungen des offensichtlich leistungsfähigen Netzwerkes von Terroristen zu nähern, gilt es diese in der Diaspora lebenden Personengruppen in Augenschein zu nehmen. Es sind dies die mangels normaler sozial-ökonomischer Entwicklungsmöglichkeiten in diesen autoritären, überwiegend staatskapitalistisch organisierten Regimen zur Emigration gedrängten gebildeten jungen Menschen. Sie leben vor allem in westlichen Industriestaaten und den asiatischen „Tigerökonomien“. In den Gastländern leben sie mehr oder weniger ausgegrenzt, was sich selbstredend nun noch verstärken wird. Gleichzeitig stehen sie vor der Unmöglichkeit, sich in ihren diktatorisch verfassten Herkunftsländern politisch zu artikulieren und verlieren zunehmend die Hoffnung, jemals mit ihren Fähigkeiten in ihre Heimat zurückkehren und eine entsprechende Tätigkeit ausüben zu können, ohne sich absolut zu korrumpieren und die herrschenden Verhältnisse widerspruchslos zu akzeptieren.

Dies macht sie anfällig für abenteuerliche fundamentalistisch-religiöse Projekte totaler gesellschaftlicher Veränderung, die das Übel in der Übermacht der westlichen Industriestaaten repräsentiert durch die USA sehen. Der politische Diskurs wird auf der Ebene der reinen Lehre des Islam geführt. Dies erhält seine politische Logik dadurch, dass die Gegenseite u.a. die saudische Herrscherclique ebenfalls Religion zum Zwecke des Machterhalts instrumentalisiert und Demokratie westlichen Zuschnitts als neokoloniale kapitalistische Manipulation wahrgenommen wird. Daher hat es, selbst für frustrierte, weil politisch ausgeschlossene westlich Gebildete, eine bestechende Logik, wenn man seinen eigenen Anspruch auf politische Teilhabe in radikale religiöse Opposition kleidet und die Herrschenden der Blasphemie zeiht. Dieses religiöse Konstrukt erlaubt es zugleich, zu allererst gegen einen äußeren Feind zu mobilisieren und sich dadurch an die Spitze einer breiten latent anti-westlichen und besonders anti-amerikanischen Grundstimmung zu setzen. Immerhin waren 15 der 19 ermittelten Flugzeugattentäter des 11. September saudische Staatsbürger.

Das Fatale an diesen verzweifelten Versuchen politischer Mitsprache in den Herkunftsländern in geheimbündelnder, massiv unterdrückter Opposition aus der Diaspora heraus ist, dass der pseudo-religiöse politische Diskurs keine Plattform bietet, konkrete Strategien gesellschaftlicher und politischer Veränderungen zu entwickeln. So entsteht eine sich radikalisierende politische Bewegung ohne realistisches Konzept für eine Änderung der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. An die Stelle eines konkreten alternativen politischen Projektes tritt eine unrealistische Vision von einer an religiösen Ordnungsvorstellungen ausgerichteten vormodernen islamischen Gesellschaft. Diese Vision verliert ihren konkreten gesellschaftlichen Bezug dadurch, dass sie den Charakter einer panislamischen Befreiungsdoktrin annimmt und nicht an konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen anknüpft.

Der Autismus terroristischer Disposition

In der Ausformung dieser politischen Befreiungstheologie auf der Grundlage des Islams vermischen sich das Diesseits und das Jenseits bei der Zielformulierung. Wenn aber politische Heilsvorstellungen, die sich nur im Jenseits erfüllen, politisches Handeln dominieren, dann verliert die politische Bewegung ihre Fähigkeit einen realitätsbezogenen Diskurs über ihre Strategie zu führen. Denn Jenseitiges lässt sich nicht falsifizieren. Im Gewächshaus

derartiger Ideologien, die sich durch externe Ereignisse, wie z.B. die katastrophale, durch die USA gedeckte Entwicklung des israelisch-palästinensischen Krieges täglich bestätigt sehen, kommt es dann zur völligen Entgrenzung der Mittel zur Erreichung des fundamentalistischen Zieles.

Da bei den Akteuren ideologisch Diesseits und Jenseits zu einer Handlungseinheit verschmolzen sind, ergibt sich geradezu zwangsläufig eine Disposition zur suizidären terroristischen Handlung. Bei den Akteuren des 11. September hat es sich um Personen gehandelt, denen ein vergleichsweise privilegierter Lebenspfad in einem modernen industriegesellschaftlichen Umfeld offen stand. Ihre funktionale Integration in die Moderne des Westens war die Voraussetzung für ihre Fähigkeit die terroristischen Akte auszuführen. Sie haben die Risiken ziviler Hochtechnologie intelligent kumuliert und in ein bis dahin unvorstellbares Zerstörungsmittel verwandelt.

Der so entstehende Terrorismus fungiert ohne staatliche Unterstützung. Man muss sogar unterstellen, dass die Abwesenheit staatlicher Unterstützung eine Voraussetzung für terroristische Akte dieses Typs ist. Denn es dürfte schwierig sein, eine halbwegs plausible idealtypische Interessenlage eines Staates zu konzipieren, aus der sich der 11. September erklären ließe. Nur losgelöst von direkter staatlicher Patronage gibt es keinen konkreten politischen Interessen- bzw. Verantwortungshorizont mehr, an dem sich diese terroristischen Akte orientieren müssten. Die erklärten diffusen internationalistischen Zielsetzungen entziehen diese Akte terroristischer Gewalt der empirischen Überprüfbarkeit ihrer Ziel-Mittel-Relation. Mythenbildung ersetzt die Realität.

Dies immerhin haben Che Guevara und Bin Laden gemeinsam. Ihr Gewaltmythos fördert mehr als ihre realen Gewaltakte die machtpolitische Konsolidierung ihres Gegenpols, der mit dem westlichen Kapitalismus verschwägerten Diktaturen. Die totalitäre Organisation terroristischer Gruppen reproduziert sich gesellschaftlich zudem durch den systemisch angelegten Opportunismus der PolitikerInnen in Demokratien, die unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung rechtsstaatliche Handlungsschranken zur Durchsetzung partikularer Interessen aufheben. In autoritär formierten Gesellschaften ist diese spiegelbildliche Entwicklung ein Selbstläufer, wie u.a. die Reaktion in Russland belegt.

Terrorismen, nicht Terrorismus

Unter dem Mythos des terroristischen Projekts versammeln sich unterschiedliche Gewaltakteure, die nicht einmal netzwerkartig miteinander verbunden sein müssen. Gleichwohl versuchen alle Beteiligten die Totalität für ihr jeweiliges Projekt zu usurpieren. Dies gilt für einzelne islamische Terrorgruppen ebenso wie für die Gegenseite, die den Popanz totaler Bedrohung benötigt, um ihre konservative i populistisch zu begründen.

Wie bereits erläutert, ist es soziologisch wenig überzeugend, die Flugzeugentführer vom 11. September und die bärtigen, häufig analphabetischen Männer aus den verschiedensten islamisch geprägten Ländern, die in den kargen Hochtälern Afghanistans sich im Gebrauch automatischer Gewehre üben, als Mitglieder einer hierarchisch verfassten terroristischen Organisation zu sehen. Das bedeutet auch, dass politische Umfeldler, die Ausstiegsoptionen für Terroristen bieten und eine Repolitisierung der Konflikte ermöglichen, von Situation zu Situation und von Gruppe zu Gruppe sehr unterschiedlich sind. Allein die Ausschaltung Bin Ladens wird an den terroristischen Dispositionen wenig ändern. Zu groß sind die Sphären der Schattenglobalisierung, als dass die Entfaltung neuer Netzwerke bei gegebener strukturbedingter Disposition, Veränderung mit terroristischen Mitteln anzustreben, damit eingeschränkt werden könnte. Wenn zudem die Ausschaltung Bin Ladens ähnlich erbärmlich abläuft, wie die Ermordung Che Guevaras, dann kann man mit der vorausschauenden Produktion von Ikonen zur Verherrlichung dieses Märtyrers der Gewalt nicht nur viel Geld verdienen, sondern dieser Mythos wird weiteren terroristischen Gruppen, die sich in spezifischen gesellschaftlichen Umständen entwickeln, einen ideologischen Rahmen bieten.

Ein wenig modisch ausgedrückt, um wieder politisch handlungsfähig zu werden, muss es der demokratische Rechtsstaat leisten, den Terrorismus zu dekonstruieren. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen müssen präzise ermittelt werden, um daraus handlungsleitende Strategien zu entwickeln. Nur so können auch die zynische Usurpation der Ängste in der Bevölkerung mit dem Ziel des reaktionären gesellschaftlichen Umbaus denunziert und die spiegelbildlichen Rückwirkungen des Terrorismus auf den demokratischen Rechtsstaat abgewendet werden.

Als Ergebnis dieser Überlegungen ist zunächst für die unmittelbare politische Praxis festzuhalten, dass es zumindest zwei verschiedene Typen von Terroristen gibt. Da sind vor allem die Armutsterroristen, die aus perspektivlosen, paternalistisch verfassten Gesellschaf-

ten in eine Rolle als vermeintliche Gotteskrieger geflohen sind, die ihnen Selbstwertgefühl und gesellschaftliche Anerkennung zu verleihen schien. Es handelt sich um Zehntausende junger Männern aus vielen arabischen und islamisch geprägten Ländern, in denen häufig mehr als die Hälfte aller jungen Menschen keine Chance auf eine reguläre Erwerbsarbeit haben. In einem solchen Umfeld verspricht die Rolle als Söldner in der Maske eines Gotteskriegers eine in der Heimat verweigerter selbstbewusste Identität. Die terroristische Tat wird zur Vollendung des individuellen Lebensentwurfes. Er wird dadurch bestätigt, dass in einfältiger und autoritärer Religiosität verharrende paternalistisch verfasste Familien es als besondere Gnade feiern, einen Sohn gehabt zu haben, der im „Jihad“ sein Leben gegeben hat. Der Lebens- und Operationsraum dieser jungen Männer sind zerfallene Staaten an der Peripherie des globalen Systems. Mehr als zehntausend von ihnen sitzen nun aussichtslos in Afghanistan in einer Falle, die zu ihrer Ermordung führen wird, wenn nicht rasch internationale Solidarität für diese „Armutsterroristen“, die nur mit der „Kalishnikov“ umzugehen gelernt haben, ein Resozialisierungsprogramm durchsetzt. Die gesellschaftliche Polarisierung und politische Hoffnungslosigkeit in ihren Herkunftsländern hat diese tragische Gruppe junger Männer hervorgebracht.

Die zweite Gruppe lebt in der Moderne, die für sie Diaspora ist. Sie leidet an der an der reaktionären politischen und wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit in ihren Heimatländern, die sie der Kollaboration der Machteliten mit dem westlichen Kapitalismus, insbesondere den USA, zuschreibt. Veränderung durch demokratische Institutionenbildung und Modernisierung nach westlichem Muster wird als zynische Strategie wahrgenommen, den Status quo und westliche Erdölinteressen abzusichern. Ihre Sehnsucht nach Veränderung klammert sich an eine panislamische Vision radikaler gesellschaftlicher Veränderung durch einen totalitären Gegenentwurf, der sich auf eine fundamentalistische Interpretation des Islam beruft. Die ausschließlich religiöse Legitimation dieses Gegenentwurfes begründet Absolutheit und Radikalität, mit der diese irrealen Vision mit terroristischen Mitteln verfolgt wird.

Literatur

Aviation Week & Space Technology, Nr. 15, Oktober 2001.

Kamel Kaleb (2001): Démographie et démocratisation de l'école en Algérie (1962-2000), in: *Le Monde arabe* No. 171-1972, juin, S. 80-89.

- Dhonte, Pierre/ Bhattacharya, Rina/Yousef, Tarik (2001):** Transition démographique au Moyen-Orient: conséquences pour la croissance, l'emploi et le logement, in: Le Monde arabe No. 171-1972, juin, S.12-25.
- Lock, Peter (2001):** Ökonomien des Krieges, in: Betz, Joachim/ Brüne, Stefan (Hg.): Neues Jahrbuch Dritte Welt, Opladen, S.173-186; abgedruckt auch in Sozialismus 11/2001, S.13-21.

Der „Anti-Terror-Krieg“ und die Taliban

Anmerkungen zur Genese eines regionalen Akteurs und zu den möglichen Folgen eines globalen Krieges

Boris Wilke

Auf den folgenden Seiten sollen mittels der Rekonstruktion des Aufstiegs der Taliban zum dominanten Akteur des Afghanistankrieges einige zentrale Elemente der transnationalen Kriegsökonomie freigelegt werden, in die der medial inszenierte, globale „Anti-Terror-Krieg“ der Vereinigten Staaten gegen die Taliban-Regierung und Al-Qaida eingebettet ist. Eine solche lokale und regionale Einordnung sehe ich als einen notwendigen ersten Schritt zur Banalisierung der durch den 11. September angeregten Debatten zum Islam(ismus), Terrorismus und Krieg. Dabei gehe ich davon aus, dass der kriegerische Zerfall des afghanischen Staates und der unterbliebene Wiederaufbau staatlicher Strukturen während der Talibanherrschaft entscheidenden Anteil an der Entwicklung eines in seinen Ausmaßen und Wirkungen, nicht aber in seinen Ursachen und Mechanismen neuen globalen (Anti-)Terrorismus hat. Der Rekonstruktion des Aufstiegs der Taliban vorangehen werden einige Bemerkungen zum sozialen Charakter und zu den Ursachen von Terrorismus und Krieg. Zum Einstieg in die Thematik werde kurz ich auf die mutmaßlichen Auswirkungen des 11. Septembers auf die Konjunkturen politischer Interpretationsmuster eingehen.

Terrorismus, Staat und Krieg

Den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem „Anti-Terror-Krieg“ der Vereinigten Staaten gegen ihre mutmaßlichen Urheber wird von einem großen Teil der Öffentlichkeit eine säkulare Bedeutung beigemessen. So prognostiziert der angesehene Orientalwissenschaftler Fred Halliday, dass die Menschheit selbst im günstigsten Fall hundert Jahre benötigen werde, bis sie die Ursachen und Folgen des 11. September aufgearbeitet

hat.¹ Die unmittelbaren Folgen des 11. September reichen für ihn von dem verstärkten Einsatz von US-Truppen in Übersee und der veränderten Einstellung der Staaten zu internationalen und regionalen Krisen und Konflikten allgemein, über den revolutionären Wandel der Politik der inneren Sicherheit, bis hin zu der globalen sozialökonomischen Krise und ihren kulturellen Implikationen.² Zu den Ursachen kann Halliday naturgemäß keine definitive Aussage machen, doch weist er auf das Paradox hin, dass die Anschläge einerseits als erster bedeutsamer militärischer Angriff „des Südens“ auf „den Norden“ zu werten seien, ihr politisches Ziel andererseits gerade nicht die kapitalistischen Metropolen, sondern die sozialen und politischen Verhältnisse der Mitteloststaaten gewesen seien.³

Mit dieser differenzierten Einschätzung ragt Hallidays Stellungnahme aus der Masse der zumeist journalistischen Beiträge heraus, die das säkulare Ereignis 11. September in religiösen oder kulturellen Begriffen zu fassen suchen. Demnach wäre von den Motiven der Attentäter des 11. September bis zur politischen Ökonomie des Afghanistankrieges fast jede soziale Tatsache erst vor dem Hintergrund der Aussprüche des Propheten zu erklären. Was für die kulturellen und religiösen Eigenheiten der muslimischen Weltbevölkerung gehalten wird, avanciert zum Deutungsmuster einer neuen geopolitischen Situation. Damit erweist sich das Weltereignis 11. September als anschlussfähig an etablierte kulturalistische Interpretationen des Weltgeschehens. Schon seit geraumer Zeit beherrscht etwa die Vorstellung, dass die Mehrzahl der Bürgerkriege kulturell begründet sein müsse, die Gehirne der mehr oder weniger fernab von der Gewalt lebenden. Die von Samuel Huntington vor knapp zehn Jahren vorgebrachte These vom Zusammenprall der Kulturen, der zufolge kulturelle Unterschiede die wichtigste Konfliktursache der Gegenwart sind,⁴ fasste lediglich publikumswirksam zusammen, was an Schnellurteilen und Hörensagen über die Ursachen von Bürgerkriegen und Staatszerfällen schon lange in der Welt war: etwa, dass die von Kolonialherren gezogenen „künstlichen Grenzen“ zwischen Völkern und kulturellen Gemeinschaften zu Bürgerkriegen führten, oder dass die „kulturelle Unterdrückung“ von Minderheiten durch den Staat für Aufstände und Separatismus verantwortlich sei. Huntington verlieh verbreiteten Ressentiments und Vorurteilen lediglich neue akademische

¹ Halliday, Fred (2002): *Two Hours that Shook the World. September 11, 2001: Causes & consequences*, London, S. 216.

² Ebd. S. 32.

³ Ebd. S. 34, 40. Eine ähnliche Einschätzung findet sich bei Doran, Michael Scott (2002): *Somebody Else's Civil War*, in *Foreign Affairs* 81, 22-42.

⁴ Huntington, Samuel P. (1993): *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs* 72, 22-49.

Weihen. Dies war einer Reihe von politikwissenschaftlichen Konzepten förderlich, die im Kontext von Gewaltkonflikten, aber auch von Prozessen der Staatsbildung und des Staatszerfalls, mit dem Begriff „(politisierte) Ethnizität“ operieren.⁵ Zwar ist der Kausalitätsbezug von Ausdrücken wie „ethnischer“ oder „ethnopolitischer Konflikt“ häufig unklar⁶ (was im übrigen nicht unbedingt für die Verwendung des Ausdrucks spricht!), doch eine Fokussierung der Konfliktforschung auf kulturelle Eigenarten von sozialen Gruppen war nicht zu übersehen.

Damit hatte spätestens Mitte der neunziger Jahre ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Zuvor waren politische Krisen und Bürgerkriege – die antikolonialen Kämpfe häufig eingeschlossen – beinahe ausschließlich als Derivate des globalen Ost-West-Konfliktes interpretiert und diminutiv als „regionale“ Konflikte apostrophiert worden. Mit dem Schwinden der Gestaltungs- und Integrationskraft des säkularen Anstaltsstaates diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs und der in ihn gesetzten entwicklungspolitischen Hoffnungen gewann dann aber die Rede von der ethnischen Fundierung der Nationalstaaten⁷ an Penetranz und die Vorstellung, eine ausgebliebene kulturelle Integration sei ursächlich für die Krise des Entwicklungsstaates, an scheinbarer Evidenz. Antiimperialistische, auf die Befreiung der kolonisierten Völker gerichtete Diskurse, deren naive Vorstellungen einer heilen nachkolonialen Welt sich an einer Wirklichkeit blamiert hatten, die auch unter größten theoretischen Verrenkungen nicht mehr als eine allein durch die imperialistische Weltordnung determinierte begriffen werden konnte, verbanden sich mit dem resignativ-ethnopolitisch gewendeten modernisierungstheoretischen Denken zu einem entwicklungspolitischen common sense, der in der zivilgesellschaftlichen Überwindung von ethnopolitischen Konflikten eine Überlebensfrage der Weltgesellschaft sah.⁸ Beide Seiten teilen die Gering- oder Unterschätzung des Staates, die inzwischen mit dem von der entwicklungspolitischen Interessengemeinschaft angestimmten Hohelied auf die Zivilgesellschaft feier-

⁵ Vgl. nur Horowitz, D. L. (1996): *Ethnic groups in Conflict*, Berkeley und Stavenhagen, Rodolfo (1996): *Ethnic Conflicts and the Nation-State*, New York..

⁶ So heißt es bei Stavenhagen (1996), a.a.O, S.: ix zunächst recht apodiktisch: “It was recognized that as a result of ethnic conflict, societies have had to face serious problems in their development process, sometimes even major setbacks. In some cases, violence has resulted and has become protracted or even endemic. Occasionally, ethnic violence has led to guerilla warfare, terrorism, civil war.” (ix) Nach über 280 Seiten unsystematischer Zusammenschau von ethnischen Konflikten aus allen Weltregionen wird dann aber kritisch gefragt: „Are we in fact speaking about the same thing when we describe such disparate situations as have been covered in this volume as ‚ethnic‘ conflicts? Has not the word ‚ethnic conflict‘ become a useful but perhaps over-simplifying catch-all for what used to be called ‚class struggle‘ or a ‚war of national liberation‘ or conflict over ‚nation-building‘ or simply ‚power struggle‘?“ (284) Eine Antwort auf diese Frage bleibt die vom UN Research Institute on Social Development finanzierte Studie schuldig.

⁷ Smith, Anthony D. (Hg.) (1992): *Ethnicity and nationalism*, Leiden.

lich in den Rang eines allgemein akzeptierten weltpolitischen Glaubenssatzes erhoben worden ist. Mögen sie auch unter dem Gesichtspunkt theoretischer Kohärenz nicht immer kompatibel erscheinen, zivilgesellschaftlicher und ethnopolitischer Diskurs verweisen beide auf die schwindende Gestaltungskraft staatlicher Herrschaft und treiben in der politischen Praxis auf denselben Fluchtpunkt hin. Dass sie sich mit neoliberalen Ordnungsvorstellungen, die einer Dezentralisierung und Reduzierung des Staates das Wort reden,⁹ gut vertragen, hat ihre politische und wissenschaftliche Wirkmächtigkeit gewiss nicht verringert.

Damit ist es nun vorbei. Egal welche weltbewegenden Veränderungen dem 11. September in den nächsten Jahrzehnten noch angedichtet werden sollten, der Diskurs über den Staat und auch das Staatshandeln werden sich verändern. Ethnopolitische und zivilgesellschaftliche Argumentationsmuster werden zumindest in den Zirkeln der Macht viel von ihrem Charme verlieren. Der Grund hierfür liegt allerdings nicht in der Einsicht, dass der schleichende Zerfall staatlicher Strukturen und die Förderung ethnopolitischer Bestrebungen der politischen Krise der Regime in Westasien Pate gestanden hat.¹⁰ Vielmehr wird die vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung, der sich die führenden westlichen Staaten – allen voran die USA – aber auch aufstrebende Weltmächte wie Indien und China nunmehr ausgesetzt sehen, zu einer Neubewertung der Staatsgewalt im Verhältnis zu untergeordneten Einheiten führen. Dort, wo sein Rückzug keine irreversiblen Formen angenommen hat, wird der Staat wieder stärker präsent sein. Auch wenn sich auch die extraktiven Potentiale und regulativen Spielräume der Staaten infolge der durch sie selbst initiierten, landläufig ‚Globalisierung‘ genannten Intensivierung der transnationalen Interdependenzen deutlich verringert haben, die Gestaltungsmacht über die gesellschaftliche Gewaltordnung und die Möglichkeit, vermittels ihrer Revolutionierung das Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Sphären neu zu bestimmen, liegt weiterhin bei der Politik. Und der umfassende Ausbau des staatlichen Gewaltapparates, der rund um den Globus nach dem 11. September angekündigt wurde, wird sich mit anti-etatistischer Rhetorik und Politik nicht vertragen.

Da die „terroristische Gefahr“ nicht annähernd so genau zu lokalisieren sein wird wie ehemals die rote bzw. imperialistische, werden die führenden Mächte auf die Zusammenarbeit vieler kleinerer Staaten angewiesen sein. Mögen abgekoppelte Weltwirtschaftszonen

⁸ Z. B. Gurr, Ted/Harff Barbara (1994): *Ethnic conflict in world politics*, Boulder/CO.

⁹ Vgl. exemplarisch die Weltbank-Studie von Burki, Shahid Javed/Peryy, Guillermo E./Dillinger, William R. (1999): *Beyond the Center: Decentralizing the State*, Washington, D. C..

¹⁰ Vgl. Halliday (2002), a.a.O., S. 38ff..

dem entfesselten globalen Kapitalismus funktional sein – die internationale Staatengemeinschaft wird auf der Jagd nach Terroristen keine „schwarzen Löcher“, wie der deutsche Außenminister zerfallende Staaten jüngst nannte, dulden. Die neue Wertschätzung des pakistanischen Präsidenten und Putschgenerals Pervez Musharraf, dessen politischen Prioritäten sich seit dem 11. September weniger verändert haben als es scheint (was durchaus nicht gegen ihn spricht), künden davon, dass die Lobreden auf die demokratische Zivilgesellschaft an geeigneter Stelle immer häufiger verstummen werden. Die Diktion von den ethnischen oder ethnopolitischen Konflikten, die durch zivilgesellschaftliche Arrangements zu zähmen seien, wird also nicht ob ihrer empirischen Unhaltbarkeit aus dem Sprachgebrauch der sicherheitspolitischen Akteure und ihrer wissenschaftlichen Trabanten verschwinden, sondern aus politischer Opportunität. Die geopolitische Situation macht breite Allianzen erforderlich, mögen diese - im Gegensatz zur Zeit des Ost-West-Konfliktes - auch kurzlebig sein. Das ethnopolitische Deutungsmuster büßt seine Kraft in dem Moment ein, in dem es sich seiner Globalisierung unfähig erweist.

Das Deutungsmuster, das in Konkurrenz zum ethnopolitischen und zivilgesellschaftlichen tritt, ist das des internationalen Terrorismus. Die Voraussetzungen für seinen Erfolg sind gut: Terrorismus ist von jeher ein unscharfer Begriff, der sich politischen und militärischen Führungen gerade deshalb als Kampfbegriff eignet. Als sicherheitspolitisches Dispositiv dient er dazu, militanten Widerstand als illegitim, illegal und kriminell zu denunzieren. Der korrespondierende, gleichfalls vernebelnde, aber positiv besetzte Kampfbegriff ist der des Freiheitskämpfers.¹¹ Nicht selten werden beide Begriffe von ein- und derselben Regierung benutzt, um Aufständische im eigenen Land zu kriminalisieren, Rebellen im Nachbarland dagegen zu glorifizieren. Denn als Ergebnis der Durchsetzung des Monopols legitimer Gewaltausübung will und kann der Staat die Definitionsgewalt über den Terroristen in gleicher Weise für sich reklamieren wie die über den Kriminellen. Dies muss die Sozialwissenschaft reflektieren, wenn sie Ausdrücke wie Terror oder Terrorismus verwendet. Andernfalls läuft sie Gefahr, „vom Staat gedacht zu werden“ (Bourdieu), indem sie sich die Sichtweise der Herrschaft zu Eigen macht.¹² Schon aus der Sicht einer kritischen Öff-

¹¹ Vgl. Teichman, Jenny (1989): How to Define Terrorism, in: Philosophy, vol. 64, S. 505-17. Kritisch hierzu: Halliday (2002), a.a.O., S. 71.

¹² In revolutionären Zeiten verstand sich das (französische) Bürgertum darauf, den Begriff Terror affirmativ auf den Staat zu beziehen, den es zur Verteidigung seiner Interessen in Besitz genommen hatte. Erst mit dem Aufkommen anarchistischer Bewegungen im Zeitalter der Restauration und des Imperialismus wurde Terror ausschließlich negativ mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren konnotiert (vgl. Teichman 1989), a.a.O., S. 507f..

fentlichkeit kann eine solche instrumentelle Verwendung des Begriffes Terrorismus nicht befriedigen. Wenn Sympathie oder Antipathie für politische Zielsetzungen zum Maßstab der Bewertung und Klassifizierung von gewaltsamen Auseinandersetzungen wird, handelt es sich um Propaganda und politische Parteinahme.

Nun hat es von Seiten der Wissenschaft zahlreiche Versuche gegeben, Terrorismus zu definieren und von anderen sozialen Erscheinungen abzugrenzen. Es ist sogar ein ganzes Buch allein der Begriffsarbeit gewidmet worden.¹³ Bei wissenschaftlichen Autorinnen und Autoren besteht dann auch größtenteils Einigkeit darüber, dass Terrorismus nicht pejorativ als soziale Abweichung verstanden werden sollte, sondern als eine Form des politischen Kampfes, welche die Anwendung physischer Gewalt mit einschließt.¹⁴ Dabei gilt es als charakteristisch für terroristische Anschläge, dass ihre Opfer entweder rein zufällig und/oder aufgrund der erzielten Symbolwirkung im Hinblick auf weitergehende politische Ziele ausgesucht werden.¹⁵ Der Unterschied zu (bürger-)kriegerischer Gewalt wird darin gesehen, dass Terrorismus nicht in erster Linie auf die physische, sondern die psychische Schwächung des Gegners bzw. auf die Verbreitung von Angst und Schrecken in der Zivilbevölkerung abzielt. Ein weiteres denkbare Unterscheidungskriterium wäre der fehlende Massencharakter terroristischer Kämpfe, z. B. aufgrund fehlender Massenbasis der Aufständischen. Es erscheint allerdings zweifelhaft, ob hiermit die Grundlage für eine trennscharfe Unterscheidung von Terrorismus und innerstaatlichem Krieg gegeben ist. Kann es doch als empirisch erwiesen gelten, dass terroristische Aktionen regelmäßig zu Bürgerkriegsstrategien gehören. Schmid und Jongman¹⁶ kommen deswegen zu dem Schluss, dass Terrorismus sowohl im Kontext von Kriegen und Aufständen als auch – bei ausbleibender breiter Unterstützung – in „reiner“ Form auftreten kann. Waldmann dagegen hält ungeachtet der Einsicht, dass die Übergänge zwischen terroristischer und kriegerischer Gewalt fließend sind, daran fest, in Terrorismus und Bürgerkrieg „im Grunde verschiedene aufständische Vorgehensweisen“ zu sehen: Guerilla sei eine „militärische Strategie“ zur Einkreisung und Vernichtung des Gegners, Terrorismus hingegen „Kommunika-

¹³ Schmid, Alex P./ Jongman, Albert J. (1988): *Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories and Literature*, rev. ed., New Brunswick..

¹⁴ Merari Ariel (1993): *Terrorism as a Strategy of Insurgency*, in *Terrorism and Political Violence* 5, 213-51, hier, S. 213.

¹⁵ Vgl. nur Schmid/Jongman (1988), a.a.O., S. 2 und Waldmann, Peter (1998): *Terrorismus. Provokation der Macht*, München, S. 12.

¹⁶ Schmid/Jongman (1988), a.a.O., S.16.

tionsstrategie“ und „Signal mit psychologischer Breitenwirkung“.¹⁷ Dieser Sichtweise entgeht, dass jeder Versuch, eine sanktionierte Gewaltordnung zu beseitigen und eine neue zu etablieren (Bürgerkrieg, organisierte Kriminalität), und jeder Versuch, eine Gewaltordnung zu erhalten (Staat, Racket), eine Strategie des symbolischen Gebrauchs von Gewalt („mit psychologischer Breitenwirkung“) enthält. Gerade die staatliche Herrschaft treibt den symbolischen Gebrauch von Gewalt und den Gebrauch symbolischer, „subjektloser Gewalt“ (Gerstenberger) zur Perfektion, was regelmäßig das Schüren von diffuser Angst bei den Beherrschten (vor Verbrechen, ja sogar vor Terrorismus!) einschließt. Was terroristische Gewalt von kriegerischer (oder staatlicher) unterscheidet ist, dass sie der symbolischen Wirkung von Gewaltakten Priorität gibt, möglicherweise als Teil einer Bürgerkriegs- (oder Counter-insurgency-) Strategie.¹⁸

Die Ergebnisse der Begriffsanstrengungen legen es also nahe, den Terrorismusbegriff gegenüber bewährten, politisch weniger instrumentalisierbaren Konzepten wie dem des Krieges als sekundäre Kategorie zu behandeln und ihn wegen seiner pejorativen Konnotation so sparsam wie möglich zu verwenden: Wer von Terrorismus redet, darf von den sozialen Kämpfen und gewaltsamen Konflikten, deren Ausdruck er ist, nicht schweigen. Auch im „Anti-Terror-Krieg“ erfüllt der Rekurs auf den Terrorismusbegriff eine instrumentelle und propagandistische Funktion. Die Militärschläge der USA richten nicht gegen „den“ Terrorismus, sondern gegen eine oder mehrere bestimmte militante Gruppierungen, die sich terroristischer Mittel bedienen. Was Al-Qaida und ihre Schwesterorganisationen von anderen militanten Gruppierungen unterscheidet und zum Ziel der US-Angriffe macht, ist nicht der Einsatz terroristischer Gewalt, sondern deren Ziel: die USA.

Doch auch wenn nicht urplötzlich alle terroristischen oder militanten Organisationen weltweit in das Fadenkreuz der Anti-Terror-Koalition geraten werden, gilt es doch im Auge zu behalten, dass die Verknüpfung von Terrorismus und Krieg im Rahmen der gesellschaftlichen Mobilisierung von Ressourcen zugunsten des Staates zu einer Neubestimmung des

¹⁷ Waldmann (1998), a.a.O., S.17.

¹⁸ Waldmann ist sich des Gebrauchs symbolischer Gewalt durch den Staat durchaus bewusst und versucht mittels einer weiteren Differenzierung begriffliche Kohärenz herzustellen: durch die Unterscheidung von (u. U. auch staatlichem) „Terror“, der gewissermaßen eine Herrschaftstechnik ausmacht, und „Terrorismus“ als einer gegen eine politische Ordnung gerichtete Strategie (Waldmann 1998, a.a.O, S. 10). Worin das langfristige Ziel einer *Strategie* ‚Terrorismus‘ bestehen soll, mag sich mir allerdings nicht erschließen. Es sei denn, man nimmt – wie Waldmann (ebd., S. 117) dies im Falle des islamischen Terrorismus offenbar tut – die eschatologischen Verlautbarungen der Akteure für bare Münze und unterstellt ihnen generalisiert das Fernziel, im Himmelreich anzukommen. In dieser Sichtweise ist es dann auch konsequent, Terrorismus zum Privileg (irrationaler, unpolitischer?) nichtstaatlicher Akteure zu machen, womit nebenbei der Staatsterrorismus begrifflich eskamotiert wird.

Verhältnisses von militärischer und polizeilicher Gewaltverwaltung führen könnte. Erste Anzeichen hierfür gibt es z. B. in Indien, wo die Regierung seit einigen Jahren bestrebt ist, die kriegesischen Auseinandersetzungen, die innerhalb der indischen Staatsgrenzen in den letzten Jahren zu verzeichnen waren, als Auswüchse eines globalen Terrorismus zu qualifizieren, der von bestimmten Staaten (z. B. Pakistan) produziert und exportiert würde. Wie weit erste Versuche, mit mehr (Russland) oder weniger (China, Zentralasien, bis 11.9.01: USA) betroffenen Staaten eine Anti-Terror-Koalition zu schmieden, tragen werden, ist noch nicht absehbar.¹⁹

Die notwendige Differenzierung zwischen internationalem Terrorismus und Krieg sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass beide als gleichursächliche weltgesellschaftliche Gewaltphänomene zu behandeln sind. Damit ist selbstverständlich nicht gemeint, dass sich Terrorismus und Krieg, oder gar: alle Terrorisierungen und alle Kriege, auf eine Ursache zurückführen ließen. Dass es die eine Kriegsursache nicht gibt, dass auch einzelnen Kriegen in der Regel eine Vielzahl von Ursachen zugrunde liegt, die gleichwohl strukturiert und hierarchisiert werden können, dürfte inzwischen Allgemeingut sein.²⁰ Allerdings lässt sich die These vertreten, dass allen Kriegen und Konflikten, und auch ihren terroristischen Manifestationen, gleiche soziale Desintegrationsprozesse kausal im Sinne eines sozialen Bedingungsgefüges unterliegen. Diese global verbreiteten sozialen Desintegrationsprozesse lassen sich auch als Makroprozess der Auflösung traditionaler Gesellschaftsstrukturen durch die kapitalistische Modernisierung beschreiben. Auf diesen mittlerweile seit fünf Jahrhunderten andauernden Prozess kapitalistischer Verweltgesellschaftung, dessen jüngste Dynamik gemeinhin mit dem Ausdruck „Globalisierung“ versehen wird, kann ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Es muss der Hinweis genügen, dass das weltweite Kriegsgeschehen, der Generalthese des „Hamburger Ansatzes“ genannten kriegsursachen- und konflikttheoretischen Schule zufolge, seit dem 16. Jahrhundert am Ausbreitungsmuster bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung zu verfolgen ist. Die weltweit geführten Kriege (z. Zt. etwa 30-35 pro Jahr) sind als gewaltsame Artikulationsformen

¹⁹ Auch die pakistanische Regierung nutzt das Terrorismus-Dispositiv, um eine Neugestaltung der innergesellschaftlichen Gewaltordnung durchzusetzen. Militante „Jihadi-Gruppen“, die im indischen Teil Kaschmirs für islamistische und pakistanische Interessen kämpfen, aber inzwischen die Stabilität Pakistans und seiner Regierung gefährden, sollen teilweise als „Terroristen“ eingestuft und entwapfnet werden.

²⁰ Erhellend hierzu Adorno: „Kein Ereignis wird durch generelle Kräfte oder gar Gesetze verursacht: Kausalität ist nicht die „Ursache“ von Ereignissen, sondern die oberste begriffliche Allgemeinheit, unter welcher konkrete Verursachungen zusammengefaßt werden können.“ Vgl. Adorno, Theodor W. (1977): Das Bewusstsein der Wissenssoziologie, in: Kulturkritik und Gesellschaft I (Gesammelte Schriften Band 10.1), Frankfurt, S. 41.

eines weltweiten, in sich widersprüchlichen kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses zu begreifen, in denen sich die globale Konfliktlinie lokal oder regional manifestiert.²¹ In diesem Sinne kann der medial inszenierte „Anti-Terror-Krieg“ als eine globale Artikulationsform eines dnehin globalen Modernisierungskonfliktes begriffen werden, in dem sich USA als Generalagent kapitalistischer Modernisierung und ihre „Gegner“ direkt gegenüber stehen. Dass sie diesen Modernisierungskonflikt als Konflikt der Kulturen oder Zivilisationen erklären, sollte nicht verwundern: Nicht nur das Schachtfeld ist global, die dazu gehörige Sprach- und Vorstellungswelt ist es auch. Die Huntingtonaden beider Parteien bezeugen, dass auch globale Artikulationsformen nicht ohne Phantasmagorien auskommen.

Doch bei aller Globalität hat der Anti-Terror-Krieg seine spezifischen lokalen Ursachen. Auch global agierende nichtstaatliche Gewaltakteure operieren in einem lokalen und regionalen Umfeld. Sie brauchen Rückzugsbasen, Ausbildungslager, Hauptquartiere, die außerhalb der Operationsgebiete liegen. Überdies ist ihre Erfahrungswelt, wenn sie auch in globalen Kategorien denken, lokal und regional geprägt. Die konkreten Verursacher der Anschläge, die den „Anti-Terror-Krieg“ ausgelöst haben, sind nicht in einer besonderen Erscheinungsform kriegerischer Gewalt („Terrorismus“) zu finden, nicht in kulturellen Unverträglichkeiten („Zusammenprall der Kulturen“), auch nicht in einem diskursiven Zusammenprall von säkularem Demokratismus und orthodoxem Autoritarismus, sondern in bestimmten weltgesellschaftlichen Verhältnissen: der Kriegsökonomie des Afghanistankrieges und den politischen Verhältnissen in den Heimatstaaten der Al-Qaida-Kämpfer. Al-Qaidas Operations- und Rekrutierungsgebiet dürfte eher in Diasporamillieus moderner (USA, Westeuropa) oder in stark anmodernisierten Gesellschaften und Milieus (Ägypten, Saudi-Arabien, Pakistan) zu suchen sein. Die Rückzugsbasen hingegen befanden sich in einem eher rückständigen, infolge Bürgerkriegs inzwischen sogar sozial und infrastrukturell völlig verarmten Gebiet: im Afghanistan der Taliban. Ich möchte im folgenden deutlich machen, dass dies nicht zufällig so ist. Im Gegenteil verweist das Rückzugsgebiet der Al-Qaida auf die Gleichursprünglichkeit und Gleichursächlichkeit von Bürgerkrieg und globalem „Anti-Terror-Krieg“. Fast alle beteiligten Akteure, seien nun als staatlich oder als nichtstaatlich zu qualifizieren, treten in beiden Schauplätzen auf. Mehr noch: Diese Schau-

²¹ Vgl. hierzu Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens (2002): Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2000), Opladen (i. Ersch.).

plätze sind Teil einer gewalt- und profitgesteuerten transnationalen politischen Ökonomie, die einer Vielzahl von regionalen oder lokalen Gewaltkonflikten und Bürgerkriegen immer wieder neue Akteure zuführt.

In der wissenschaftlichen Literatur wie auch mittlerweile in der politischen Debatte werden diese „Gewaltmärkte“ (Elwert) fast ausschließlich negativ charakterisiert: als gescheiterte Staaten (failed states), zerfallende Staaten, oder neuerdings sogar als „schwarze Löcher“. Damit können sie gleichzeitig als die zur Zeit deutlichste Manifestation des globalen Desintegrationsprozesses gelten. Mir geht es im folgenden unter anderem darum, diese negative Beschreibung durch eine wenn nicht positive, so banalisierende zu ersetzen und daran zu erinnern, dass das Herrschaftsgebiet der Taliban und das Rückzugsgebiet von Al-Qaida keine abgekoppelte Elendsregion, sondern eine dynamische Wirtschaftszone ist. Ich werde dies tun, indem ich die höchst eigentümliche Genese eines Kriegers skizziere: die der Taliban.

Taliban: Genese eines Kriegers

Wer ist gemeint, wenn von den Taliban die Rede ist? Wer sind – nach eigenem Verständnis – die Taliban? Gemeinhin wird mit „Taliban“ jene politische Bewegung von ehemaligen Mudschaheddin und Koranschülern genannt, die sich spätestens im Frühjahr 1994 als Miliz formierte und bis zum Jahre 2001 rund 90 Prozent des afghanischen Territoriums unter ihre Kontrolle brachte. Die Charakterisierung der Taliban als Bewegung oder gar als Organisation ist allerdings problematisch, zumal es sich um eine Selbstzuschreibung des inneren Führungszirkels handelt. Denn erstens ist nicht sicher, inwieweit sich alle oder auch nur die überwiegende Mehrzahl der Kämpfer als Mitglieder einer (zentral gelenkten) Organisation sahen. Zweitens ist unklar, inwieweit die Taliban von anderen, in erster Linie den von ihnen Beherrschten, als eine Bewegung mit politischen Zielen wahrgenommen wurden, und nicht einfach als eine, namentlich möglicherweise gar nicht bekannte, Mudschaheddin-Partei. Andererseits sind die Taliban mehr als eine bewaffnete Streitmacht, weil es ihnen zumindest ansatzweise gelungen ist, über den Krieg hinausweisende Herrschaftsstrukturen zu etablieren.

Taliban im Sinne von „Koranschülern“ gibt es schon sehr lange in Afghanistan, aber auch in Pakistan und Teilen Indiens. Taliban sind zunächst einmal Schüler oder auch Studenten aus privaten Religionsschulen. Die Rede von privaten, d. h. nicht-staatlichen Koranschulen

(„Madressen“), ist in einem islamisch geprägten Land, das keine kirchlich-anstaltshaften Institutionen kennt, allerdings nur von dem Zeitpunkt an sinnvoll, an dem es zumindest in Ansätzen eine staatliche Schulbildung, einschließlich religiöser Unterweisung, gegeben hat. Aber noch in einer weiteren Hinsicht gilt es die Aussage, Madressen habe es „schon immer“ gegeben, zu relativieren. Erst mit der Krise des afghanischen Staates in den siebziger Jahren und mit dem Aufkommen fundamentalistischer und islamistischer Bewegungen gewannen diese Schulen an Bedeutung. Dies gilt umso mehr für die Zeit des Bürgerkriegs (seit 1978). Es erscheint plausibel, dass die religiöse Unterweisung in dieser Zeit erstmals durch eine militärische ergänzt wurde. Die ersten Koranschüler, die zur Front zogen, erblickte der Afghanistanforscher Olivier Roy bereits im Jahre 1984.²²

Als Bewegung traten die Taliban zum ersten Mal im Frühjahr 1994 in Erscheinung. Ihrem Gründungsmythos zufolge versammelten sich zu diesem Zeitpunkt etwa 30 ehemalige Mudschaheddin und Koranschüler aus der Umgebung von Kandahar, um den Tod zweier Mädchen zu rächen, die von einem lokalen Mudschaheddin-Kommandeur entführt, geschoren und vergewaltigt worden sein sollen. Mullah Muhammed Omar, der Anführer der Gruppe, soll darauf hin mit 29 seiner Gefolgsleute, von denen nur 14 bewaffnet gewesen sein sollen, zum Lager des Kommandeurs gezogen sein und diesen zusammen mit allen übrigen Kämpfern der Einheit getötet haben. Die Taliban-Sage will es, dass Mullah Muhammed Omar in der Folge zu einer Art Robin Hood einer von skrupellosen Mudschaheddin geknechteten Bevölkerung um Kandahar wurde. Mullah Omar und seine Koranschüler sollen für die Hoffnung auf Recht und Ordnung gestanden haben. Unabhängig davon, wie viel an dieser Geschichte wahr ist, richtig ist in jedem Fall, dass der 1959 in einem Dorf bei Kandahar geborene Mohammed Omar zu jenem Zeitpunkt alte Mitstreiter um sich scharte und kleinere Militäraktionen gegen lokale Kommandeure durchführte. Die Ursprungs-Taliban entstammten den unteren sozialen Schichten, gehörten keiner tribalen oder religiösen Statusgruppe an. Sie hatten keine höhere religiöse Bildung, gehörten also nicht den islamischen Rechtsgelehrten, den Ulema, an. Sie waren eher Autodidakten, deren Jugend durch den Krieg gegen die sowjetische Armee und das Leben in Lagern geprägt war. So ist von Mullah Mohammed Omar überliefert, dass er sich auf der Suche nach Arbeit zum Dorfmullah ernannte, nachdem er zuvor in Kandahar eine Madressa besucht hatte. Später, als die sowjetischen Truppen Afghanistan besetzten, schloss er sich

²² Maley, William (1998b): Introduction: Interpreting the Taliban, in: ders. (Hg.) (1998a), 1-28, hier S. 14.

den Kämpfern an und wurde verwundet. Von daher ist es allenfalls die halbe Wahrheit, wenn behauptet wird, die Taliban verträten eine Art kruden, aber authentischen Dorfislam. Ihre Vorstellungen von der dörflichen, durch das islamische Recht geprägten Gemeinschaft, die sie umzusetzen versuchten, waren genau dies: Vorstellungen, Projektionen einer (vorgestellten) religiös-politischen Gemeinschaft, die sie so nie erlebt hatten, und die so nie existiert hatte: Die religiöse und politische Vorstellungswelt der Taliban ist ein Produkt des Krieges, und die Taliban sind Kinder des Krieges.²³ Dies erklärt zumindest zum Teil ihren totalitären Eingriff in die Privatsphäre, ihre Missachtung traditionaler Autoritäten und Strukturen sowie ihren Hass auf Frauen. Weiter gilt es festzuhalten: Die „Ur-Taliban“ stammen aus fast alle aus der Gegend von Kandahar, wobei unter ihnen auch ehemals säkular orientierte Paschtunen ohne Kampferfahrung und Anhänger einer ominösen Bruderschaft aus Kandahar gewesen sein sollen.²⁴

Doch wie konnte ein Kreis versehrter Mudschaheddin und Koranautodidakten zum wichtigsten Kriegersakteur aufsteigen? Schon die ersten Berichte zu den Taliban als Kriegspartei, die zu Anfang des Jahres 1995 in den westlichen Medien auftauchten, warfen die Frage auf, wer oder was den kometenhaften Aufstieg einer neuen Kriegspartei im Afghanistankrieg, die keiner der seit über 15 Jahren kämpfenden Mudschaheddin-Gruppen zuzuordnen waren, ermöglicht haben könnte. Die Taliban schienen gleichsam aus dem Nichts gekommen zu sein, auf eigene Rechnung zu arbeiten und dabei auch noch Erfolg zu haben. Schon damals wurde spekuliert, ob nicht doch eine der seit anderthalb Jahrzehnten an den Kämpfen beteiligten Groß- oder Regionalmächte ihre Finger im Spiel hatte, ja, die Taliban möglicherweise fernsteuerte. Der Verdacht fiel schnell auf die Vereinigten Staaten, womit man im Nachhinein zugleich Recht und Unrecht behalten sollte. In erster Linie führt der Weg zu den Taliban über Pakistan, die pakistanisch-afghanische Kriegsökonomie, und die von ihr profitierenden staatlichen und nichtstaatlichen Akteure. Aber er führt auch darüber hinaus: in die anderen Nachbarstaaten Afghanistans, nach Russland, in die USA, und sogar bis nach Argentinien. Analytisch lassen sich fünf Momente der Genese der Taliban unterscheiden: die Pakistan-Connection, die Rohstoff-Connection, die Saudi-Connection, die Al-Qaida-Connection und die BCCI-Connection. Bei diesen fünf Verbindungslinien, die von dem inneren Funktionszusammenhang des afghanischen Bürgerkrie-

²³ Siehe hierzu die Darstellung bei Rashid, Ahmed (2000): Taliban. Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia, London, S. 31ff..

ges zu fünf unterschiedlichen sozialen und geographischen Orten reichen, handelt es sich nicht aufeinanderfolgende Phasen oder voneinander zu isolierende Faktoren, sondern um fünf – für sich genommen: vereinsamende – Momente eines komplexen Geschehens, eines sozialen Prozesses, der die gesamte politische und ökonomische Figuration in Südwestasien nachhaltig verändert hat.²⁵

Die Pakistan-Connection

Der Ausdruck „Pakistan-Connection“ ist nicht nur etwas salopp, er ist auch grob vereinfachend. In Wahrheit handelt es sich nicht um eine Verbindung, ein Netzwerk, ein Racket, sondern um mehrere ineinander verwobene Netzwerke und Akteure staatlicher und nicht-staatlicher Art, die jeweils ihre eigenen Agenden verfolgten. Von vereinfachenden Vorstellungen, wie etwa, dass der pakistanische Geheimdienst (Inter-Services Intelligence, ISI) respektive das pakistanische Militär die Taliban erfunden hätten, ist zu warnen. Zwar ist davon auszugehen, dass der ISI, der die Operationen der afghanischen Mudschaheddin während des Afghanistankrieges organisiert, geplant und teilweise auch operativ durchgeführt hatte,²⁶ schon im Sommer 1994 von der Miliz um Mullah Muhammed Omar erfahren hatte. Dem Geheimdienst, der sich zum größten Teil aus Militärs zusammensetzt, aber (der Theorie nach) dem Premierminister unterstellt ist, kam es zu jenem Zeitpunkt und auch eine ganze Weile danach jedoch nicht in den Sinn, die Taliban zu unterstützen. Dies nicht nur, weil er den Taliban militärisch wenig zutraute, sondern weil der ISI äußerst enge Beziehungen zu anderen Mudschaheddin-Gruppen in Afghanistan unterhielt, namentlich zur Hizb-i Islami des afghanischen Kriegsherren Gulbuddin Hekmatyar. Dieser war ein enger Verbündeter der ältesten islamistischen Partei Pakistans, der Jamaat Islami (JI), die mit Teilen des politischen und militärischen Establishments in Pakistan eng verbunden war, u. a. mit der ISI-Führung. Faktisch hatten das Afghan Bureau des ISI und die JI die Versorgung der ihnen gewogenen Mudschaheddin mit Waffen und Kämpfern durchgeführt. Aufgrund der zentralen Stellung der JI und des ISI bei der Verteilung von Ressourcen waren andere afghanische Widerstandgruppen und ihre pakistanischen Freunde kaum be-

²⁴ Vgl. Maley (1998b), a.a.O., S. 14ff.

²⁵ Ich setzte mit meiner Betrachtung im Jahre 1994 ein, was ungeachtet der Tatsache, dass die Taliban in diesem Jahr zum ersten Mal von sich Reden machten, rein pragmatischen Erwägungen geschuldet ist. Um das Bild vollends zu entfalten, wäre es nötig, bis zu den Anfängen des afghanischen Bürgerkrieges zurückzugehen, wofür hier der Raum fehlt.

²⁶ Vgl. hierzu Yousaf, Mohammad/Adkin, Mark (1992): *The Bear Trap. Afghanistan's Untold Story*, Lahore.

rücksichtigt worden.²⁷ Vor diesem Hintergrund hat sich die Führungsspitze des ISI zumindest kurzzeitig gegen eine vorbehaltlose Unterstützung der Taliban gestäubt.²⁸ Es war vielmehr die Rivalität von Gruppen innerhalb des pakistanischen Establishments, mit eigenen Zugängen zum Staatsapparat, die der Geburt der Taliban Pate stand.

Der Vorstoß zur Unterstützung der Taliban kam aus einem anderen Teil der pakistanischen politischen Klasse, aus den Kreisen der mit der Militärführung verfeindeten damaligen Premierministerin Benazir Bhutto. Ihr Innenminister Maj. Gen. (retd.) Naseerullah Babar, Paschtune, „Afghanistanexperte“ und Freund der Familie Bhutto, schlug in einer Kabinettsitzung im Juni 1994 vor, die Eröffnung einer Handelsroute von Quetta (Grenzprovinz Belutschistan, Pakistan) über Kandahar und Herat nach Turkmenistan zu betreiben,²⁹ und zwar ggf. auch ohne Konsultation der nominellen Regierung Afghanistans, die mit sich selbst im Bürgerkrieg lag. Babar werden gute Verbindungen zur Transport- und Händlermafia in Quetta, deren Profite wegen des Zerfalls der Staatsgewalt in Südafghanistan stark gesunken waren, nachgesagt. Die Quetta-Mafia war in den Jahren 1994 und 1995 der stärkste Förderer der Taliban und hatten gehörigen Einfluss auf sie: Den erfolgreichen Angriff auf die im Westen des Landes gelegenen Stadt Herat im Jahre 1995 unternahmen die „Gotteskrieger“ gegen den ausdrücklichen Rat der pakistanischen Regierung und des ISI, auf Zuraten der Quetta-Mafia.

Doch Innenminister Babar ging es nicht um die Profite einer lokalen Mafia, sondern um ein größeres Projekt. Am 20. Oktober 1994 flog Babar die sechs Botschafter der USA, Großbritanniens, Chinas, Südkoreas, Italiens und Spaniens nach Kandahar und unterbreitete ihnen den Plan, eine Handelsroute über Herat nach Turkmenistan zu eröffnen. Die afghanische Regierung wurde hierüber nicht informiert. Einige Tage vor der Botschaftertour, am 12. Oktober 1994, hatten etwa 200 Taliban-Kämpfer eine Garnison des afghanischen Kriegsherren Hekmatyar in der Nähe von Kandahar angegriffen und ein Munitionsdepot erobert, angeblich mit Unterstützung pakistanischer Artillerie. Babar nahm dies zum Anlass seinen Plan zur Eröffnung der Handelsroute sogleich in die Tat umzusetzen: Am 29. Oktober 1994 schickte er einen Testkonvoi aus 80 LKW, die von der armeeeigenen National Logistics Cell bereitgestellt und vom Frontier Corps des Innenministeriums

²⁷ Rashid (2000) a.a.O., S. 86f..

²⁸ Vgl. ebd. S. 34.

²⁹ Vgl. Davis, Anthony (1998): How the Taliban became a military force, in: Maley (1998a), 43-71, hier S. 45ff..

sowie einigen ISI-Offizieren geschützt wurden, nach Afghanistan. Es ist zu vermuten, dass diese Offiziere ebenso wie andere frühe Taliban-Unterstützer innerhalb des ISI auf eigene Rechnung arbeiteten und möglicherweise unter Duldung, nicht aber im Auftrag der ISI-Führung vorgingen. Wie zu erwarten, wurde der Konvoi von lokalen Kommandeuren zur „Zollabfertigung“ angehalten. Es folgten einige Tage Verhandlungen, dann schlugen die in der Nähe stationierten Talibantruppen zu und kämpften dem Konvoi den Weg frei. Zu aller Überraschung zogen sie gleich weiter nach Kandahar und eroberten die Stadt. 1,5 Millionen US-Dollar, die das lokale ISI-Büro in Quetta dem lokalen Kommandeur in Mudschaheddin-Kommandeur in Kandahar überwiesen haben soll, haben den Taliban wohl den Weg nach Kandahar geebnet.

Für weitere Eroberungen brauchten die Taliban aber nicht nur Geld, sondern auch neue Kämpfer. Diese konnten weder die Händler von Quetta noch privatisierte Teile des sicherheitspolitischen Apparates stellen. Ein anderer nichtstaatlicher, in gewisser Weise sogar zivilgesellschaftlicher Akteur kam ins Spiel: die fundamentalistische Partei Jamiaat-i Ulema Islami (JUI) unter Maulana Fazlur Rehman. Sie gehörten zu jenen islamischen Parteien Pakistans, die von den über den ISI geschleusten CIA-Geldern in den Jahren des Bürgerkrieges kaum profitiert hatten. Auch waren ihre Beziehungen zum ISI weniger eng. Die JUI ist eher eine Grassroot-NGO, die sich das Ziel der Islamisierung Pakistans „von unten“ gesetzt hat. Sie hat traditionell starken Einfluss in den ländlichen Regionen der beiden an Afghanistan grenzenden Provinzen. Ihre nostalgische Auslegung des Islam ist nicht staatszentriert reformistisch, sondern staatsfern-fundamentalistisch. Doch die Basisarbeit der JUI zahlte sich politisch aus. Vom Ressourcenfluss abgeschnitten, hatte die JUI während des Krieges auf beiden Seiten der Grenze Koranschulen für afghanische Flüchtlinge errichtet. Aus diesen Madressen sollte sich nun ein Großteil der Kämpfer der Taliban rekrutieren.³⁰ Bis zum Dezember 1994 schlossen sich rund 12.000 afghanische und pakistanische Freiwillige aus JUI-Lagern in Belutschistan den Taliban an und übertraten unter den Augen der pakistanischen Soldaten die Grenze.

Wie kam aber eine in der pakistanischen Politik über Jahrzehnte eher unbedeutende Partei dazu, eine schleichende Neubestimmung von Pakistans Afghanistanpolitik herbeizuführen? Ein Grund ist in der innenpolitischen Dynamik zu finden, den der Demokratisierungspro-

zess in Pakistan seit 1988, als Militärdiktator Zia-ul Haq unter ungeklärten Umständen ermordet worden war,³¹ genommen hatte. Die JUI wurde im Jahre 1993 zur Koalitionspartnerin der Pakistan People's Party (PPP) Benazir Bhuttos. Maulana Fazlur Rehman wurde in dieser Konstellation zum Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses gewählt, womit er Zugang zu Entscheidungsträgern in Riad und Washington bekam. So wurde eine staatsferne, fundamentalistische Partei, die in Pakistan politisch zuvor keine Rolle gespielt hatte, zum internationalen ‚zivilgesellschaftlichen‘ Akteur des Afghanistankrieges und zu einem bis heute bedeutenden Machtfaktor der pakistanischen Innenpolitik. Und nebenbei wurde an außenpolitischen Führung vorbei ein Politikwechsel vollzogen.³²

Nachdem der hinter ihrem Rücken vollzogene Politikwechsel mit der Eroberung der westafghanischen Stadt Herat im Sommer 1995 weitere Erfolge zeitigte, setzte auch die Führungsebene des ISI verstärkt auf die Taliban. Mit der Zeit entwickelten die ISI-Frontoffiziere ihre eigene Agenda, wurden „mehr Taliban als die Taliban“. Fast alle beteiligten Frontoffiziere waren Pathanen und damit der Mehrheitsbevölkerung Afghanistans kulturell und sprachlich verbunden. Die paradoxe Dezentralisierung und „Zivilisierung“ (Rashid) der Afghanistanpolitik wurde nicht mehr rückgängig gemacht. Die Fäden liefen nun nicht mehr beim ISI, sondern bei der „Afghan Development Cell“ des Innenministeriums zusammen.³³ Diese sorgte dafür, dass Pakistans staatliche Telefonfirma das Telefonnetz für die Taliban baute, so dass man Kandahar noch heute über die Vorwahl von Quetta und Kabul über die Vorwahl von Peschawar erreicht. Ebenso halfen das Frontier Corps des Innenministeriums sowie Pakistans staatliche Flug- und Eisenbahngesellschaften beim Ausbau der Infrastruktur. Das Ausmaß der Unterstützung war beträchtlich. Seit 1996 zahlte Pakistan jährlich eine Million US-Dollar Gehalt an die afghanische Regierung, zusammen mit Hilfgeldern für Weizen und Treibstoff ergab dies in den folgenden Jahre 15 Millionen US-Dollar jährlich.³⁴ Staatliche wie nichtstaatliche Akteure entwickelten ihre Eigeninteressen und steckten ihre Claims innerhalb von Afghanistan ab. Die Staatsgrenze

30 Auch die zivile Ökonomie und Infrastruktur Pakistans „profitierte“ angesichts eines zusammenbrechenden staatlichen Schulwesens von diesen privaten Schuleinrichtungen. Der Madressen der JUI und anderer Organisationen boten kostenlose Bildung für sozial Benachteiligte.

31 In Pakistan ist die Ansicht verbreitet, amerikanische oder russische Dienste seien in die Ermordung Zias verstrickt. Siehe hierzu die Ansätze einer Verschwörungstheorie bei Yousaf/Adkin (1992), a.a.O.

32 Neben der von Maulana Fazlur Rehman geführten JUI spielte eine Parteiabspaltung unter Maulana Samuil Haq eine bedeutende Rolle beim Aufstieg der Taliban. Viele Führungskader der Taliban, darunter acht Minister der Taliban-Regierung, sollen in der Haqqina-Madressa in der Nordwestgrenzprovinz Pakistans geschult worden sein. Haq behauptet sogar, er selbst habe Mullah Omar zur Gründung einer Studentenbewegung anstelle einer Partei geraten zu haben, um sich vor Manipulationen durch den ISI zu schützen. Umgekehrt habe er dem ISI dann geraten, die Taliban Afghanistan regieren zu lassen. Rashid (2000): a.a.O., S. 91.

33 Vgl. Ebd., S. 184ff..

zwischen Pakistan und Afghanistan wurde im (Geschäfts-) Alltag aufgehoben. So wurden auf der Grundlage des Afghan Transit Trade Agreement (ATT), das Afghanistan seit Jahrzehnten den zollfreien Import von Waren aus Pakistan erlaubt, Konsumgüter aus Japan und anderen Industriestaaten zollfrei und illegal nach Pakistan eingeführt. Der Grenzhandel entwickelte sich zu einem der größten Schmugglerrackets weltweit, unter Beteiligung von Transportmafia, Händlern, Drogenbaronen, Offizieren und Politikern. Schon 1995 geriet der Transit-Handel völlig außer Kontrolle, und das Schmugglerracket wurde zu einem zentralen Machtfaktor in der pakistanischen Politik. Dem pakistanischen Staat entgingen jährlichgeschätzte 600 Millionen US-Dollar an Steuern .

Ein weiterer Aspekt der Privatisierung der Außen- und Militärpolitik ist der Kaschmirkrieg im benachbarten Indien. Die Ausbildung der von Pakistan unterstützten Rebellen Gruppen, die vorher vom ISI (und der JI) vorgenommen worden war, wurde nun privatisiert und nach Afghanistan exportiert. Die JUI sowie mit Saudi-Arabien in Verbindung stehende Gruppen bilden seit Mitte der neunziger Jahre einen Großteil der in Kaschmir kämpfenden militanten Gruppen aus. Ein nicht geringer Teil von ihnen stammt bezeichnenderweise nicht aus Kaschmir, sondern aus dem arabischen Raum. Mit dem zunehmenden Einfluss fundamentalistisch orientierter Gruppen veränderte sich nicht nur die ideologische Orientierung der Kämpfenden, sondern auch ihre Kriegsführung. Seither werden in Kaschmir nicht nur indische Sicherheitskräfte, sondern auch Zivilisten, insbesondere Angehörige von religiösen Minderheiten wie Hindus und Schiiten, angegriffen. Mehr noch: Die aus dem arabischen Raum und aus Pakistan kommenden und waffentechnisch bestens ausgerüsteten Kaschmirkämpfer wurden zu einem Machtfaktor in der pakistanischen Innenpolitik. Sie stehen in enger Verbindung zu militanten sunnitischen Organisationen wie der Sipah-Sahaba Pakistan und der Lashkar-i Jhangvi, die mit dem Attentat auf Premierminister Sharif im Jahr 1999 in Verbindung gebracht werden. Seit Mitte der neunziger Jahre sind sie mit militanten schiitischen Organisationen in einen blutigen Religionskonflikt verstrickt, der schon mehrere Hundert Todesopfer gefordert hat. Dass Präsident Musharraf beide Organisationen zusammen mit einigen Jihadi-Gruppen Anfang des Jahres 2002 verbot, spiegelt ihre innenpolitische Bedeutung wider. Die Pakistan-Verbindung veränderte nicht nur die Machtverhältnisse in Afghanistan, sondern auch in Pakistan.

³⁴ Diese Angaben sind Schätzungen, die ich Rashid entnommen habe. Ebd. S. 183.

Die Rohstoff-Connection

Die Verbindung nach Pakistan ist aber nur ein erklärendes Moment für den Aufstieg der Taliban. Ein weiteres weist über den südwestasiatischen Kontext hinaus. So hatte die im Energiesektor tätige argentinische Firma Bidas im Jahr 1994 dem turkmenischen Präsidenten vorgeschlagen, die immensen Gasreserven seines Landes auszubeuten und über eine Pipeline durch Afghanistan nach Pakistan zu leiten, von wo sie über den Hafen Karachi auf den Weltmarkt gelangen sollten. Trotz des Krieges in Afghanistan, der an die Ausbeutung von Rohstoffen und den Bau einer Pipeline eigentlich nicht denken ließ, erhielt Bidas vorläufig die Konzession zur Ausbeutung der turkmenischen Gasfelder. Hierin wurde sie von der pakistanischen Regierung Bhutto unterstützt. Am 16. März 1995 unterzeichneten die Regierungen Pakistans und Turkmenistans eine Absichtserklärung und beauftragten Bidas mit einer Machbarkeitsstudie. Im gleichen Jahr machte sich das amerikanisch-saudische Konsortium Unocal/Delta Oil den Bidas-Plan zu eigen, mit Unterstützung der US-Regierung. Die politische Intervention Washingtons trug Früchte, und im Beisein des ehemaligen Außenministers Henry Kissinger, nun Berater der Unocal, unterzeichnete die turkmenische Regierung am 21. Oktober 1995 einen Vertrag mit Unocal/Delta Oil. Inzwischen interessierten sich auch US-Erdölfirmer für die Region. Die „Foreign Oil Company Group“ wurde gegründet, unter Beteiligung Unocals. Als deren Berater stießen zahlreiche Architekten der us-amerikanischen Afghanistanpolitik der achtziger Jahre hinzu: der ehemalige Sicherheitsberater Brzezinski, der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Richard Armitage, der ehemalige Stabschef des Weißen Hauses, John Sonunu, und der ehemalige Außenminister Lawrence Eagleburger. Die amtierende US-Regierung wiederum bildete eine Arbeitsgruppe aus Außen-, Energie- und Handelsministerium unter Beteiligung der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates, die sich mit den energiepolitischen Projekten in Afghanistan befasste. Hiermit korrespondierte eine neue außenpolitische Strategie in Bezug auf Zentralasien, die weniger Rücksicht auf die Interessen Russlands nahm und Usbekistan zum Verbündeten auserkor. Wie in Pakistan wurde ein außen- und militärpolitischer Strategiewechsel privatwirtschaftlich und ‚zivilgesellschaftlich‘ vorbereitet.³⁵

Die Pläne zur Ausbeutung und Vermarktung der zentralasiatischen Rohstoffreserven hatten die Befriedung zumindest des südlichen Teils Afghanistans zur Voraussetzung. Die

zwar stillschweigende, aber durchaus tatkräftige Unterstützung der Taliban wurden zum zentralen Moment der Politik aller interessierten Parteien. Nach der Eroberung Kabuls im Herbst 1996 erwog die US-Regierung sogar kurzfristig, die Taliban als Regierung anzuerkennen. Aus dieser Zeit sind Äußerungen aus dem State Department und dem Senat überliefert, denen zufolge an der Herrschaft der Taliban nichts auszusetzen sei.³⁶ Man hoffte, in ihnen einen ähnlich zuverlässigen Partner gefunden zu haben wie im saudischen Königshaus. Im Frühjahr 1997 besuchten Vertreter der Taliban in Sachen Pipeline Buenos Aires und Washington. Doch im gleichen Jahr wuchs in der US-Regierung, besonders in der neuen Führung des Außenministeriums unter Madeline Albright, die Skepsis gegenüber den Taliban, begründet durch die Unfähigkeit der Taliban, das Land zu befrieden und ihre Menschenrechts- und Geschlechterpolitik zu revidieren. Zu Ende des Jahres stellten die USA ihre offizielle Unterstützung für die Taliban ein. Seit 1998 liegen sie mit ihnen im Streit über die Auslieferung Osama bin Ladens und seit 1999 ist es die Priorität amerikanischer Außenpolitik in der Region, Osama bin Laden habhaft zu werden. In dieser Frage wurde auch erheblicher Druck auf die Regierung Pakistans ausgeübt. Doch so unglaublich es klingen mag: Zu einem vollständigen Bruch mit den Taliban und einer Hinwendung zu deren Kriegsgegnern, der Nordallianz, konnten sich die Vereinigten Staaten erst nach dem 11. September entschließen. Bis zu diesem Datum konnte sich Washington eine Zukunft des geostrategisch wichtigen Pufferstaates Afghanistans ohne die Taliban nicht vorstellen. Erst mit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon ist Afghanistan auf ungeahnte Weise wieder auf die außenpolitische Agenda der US-Regierung zurückgekehrt.

Die Saudi-Connection³⁷

Spätestens seit Beginn der neunziger Jahre steht die saudi-arabische Regierung mit dem Iran in einem Konkurrenzkampf um die Vormachtstellung in der westasiatischen Region. Hierbei geht es weniger um die militärische Hegemonie als um die Definitionsmacht über die politisch-moralische Ökonomie der Region. Dieser Machtkampf nimmt von außen betrachtet die Form eines Wettstreits religiös-politischer Fundamentalismen an. Der Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien wird u. a. über die Unterstützung unterschiedlicher Kriegsparteien in Afghanistan ausgetragen und reicht bis nach Pakistan hinein, wo seit

³⁵ Vgl. zur Rohstoff-Connection, deren Aufdeckung die Pionierarbeit Rashids ist, dessen Kapitel 11 bis 13.

³⁶ Ebd. S. 166.

³⁷ Vgl. Ebd., S. 196-206.

Mitte der neunziger Jahre eine beispiellose Eskalation der Gewalt zwischen militantem Sunnismus und Schiismus zu beobachten ist. Die von Saudi Arabien unterstützten Parteien oder militanten Gruppierungen Sipah-Sahaba Pakistan, Lashkar-i Jhangvi oder Lashkar-i Toiba (mit guten Verbindungen zu den Taliban) sind auf allen drei Kriegsschauplätzen der Region aktiv: in Afghanistan, in Kaschmir und in der pakistanischen Innenpolitik. Gleichzeitig hat der Einfluss des saudi-arabischen Wahabismus die JUI und andere fundamentalistische Fraktionen in Pakistan gestärkt, trotz oberflächlicher Differenzen in religiöse Fragen. Die Entwicklung der JUI und der Taliban, also einer fundamentalistischen Außenseiterpartei Pakistans und der dominanten Kriegsfraktion im afghanischen Bürgerkrieg, ist unter saudi-arabischem Einfluss miteinander verknüpft worden.

Der Ursprung der saudi-arabischen Präsenz reicht zurück bis in die achtziger Jahre, als die USA und Pakistan eine „Waffenpipeline“ zur Unterstützung der Mudschaheddin unterhielten. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen unterstützte Riad die Mudschaheddin-Regierung finanziell. Die Finanzierung Kabuls wurde über die pakistanische Regierung abgewickelt. Auch Pakistan selbst gehörte im Rahmen einer Politik der Interessenausweitung in der Region zu den Empfängern saudi-arabischer Gelder. So bildete sich innerhalb der pakistanische Administration, im ISI und an anderen Stellen, ein Netzwerk von Profiteuren und Klienten saudi-arabischer Politik. Spätestens seit 1996 wurden dann die Taliban von Saudi-Arabien massiv unterstützt, materiell wie ideell, letzteres durch die totalitären innenpolitischen Maßnahmen der Taliban (Sittenpolizei) bezeugt. Doch wichtiger: Ohne die finanzielle Unterstützung der Saudis wäre Kabul nicht von den Taliban erobert worden. Zu dieser Zeit bestanden auch gute Beziehungen zwischen Prinz Turki, dem Chef des saudischen Geheimdienstes, und Mullah Mohammed Omar. Erst mit dem Offenbarwerden der engen Beziehungen zwischen der Talibanführung und dem ausgebürgerten saudischen Dissidenten Osama bin Laden zerbrach diese Verbindung. Damit wiederholte sich das für Pakistan und die USA bekannte Muster: die von verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren betriebene Politik der Unterstützung der Taliban richtete sich am Ende gegen den Unterstützer selbst.

Die Al-Qaida-Connection

Schon die Person Osama bin Laden verweist darauf, dass die Entwicklung von Al-Qaida ohne ein tieferes Verständnis der Verhältnisse in Saudi-Arabien nicht nachvollziehbar ist.³⁸ Das gleiche gilt allerdings für den Afghanistankrieg, in dessen Kontext sich sowohl die Taliban als auch Al-Qaida konstituierten. In diesem seit 1978 andauernden Krieg hat sich eine Kriegsökonomie herausgebildet, die vom Frontstaat Pakistan bis nach Ägypten und in den Sudan reicht. Ihren Kern bildet ein transnationaler Gewaltmarkt, der dem afghanischen Bürgerkrieg und anderen Gewaltkonflikten, in denen muslimische Interessen vermutet werden (z. B. Kaschmir, Usbekistan/Kirgisien, Tschetschenien, Bosnien, Kosovo, Somalia) ständig neue Kämpfer aus so unterschiedlichen Ländern wie Ägypten, Sudan, Saudi-Arabien, Tschetschenien, Jemen und Pakistan zuführt. Begründet wurde die kriegsökonomische Struktur durch die Waffenpipeline, mit deren Hilfe die amerikanischen und pakistanischen Militärs die antisowjetischen Mudschaheddin versorgten. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde der Nachschub von Waffen durch den Nachschub von Kämpfern ergänzt. Diese Söldner sollten nach Vorstellungen des pakistanischen und saudischen Geheimdienstes gleichsam eine internationale islamistische Brigade bilden. Mit ausdrücklicher Unterstützung der USA wurden in den folgenden Jahren über 30.000 gewaltbereite junge Männer aus 43 vorwiegend arabischen und islamisch geprägten Staaten, unter ihnen unzufriedene Dissidenten und gewöhnliche Kriminelle, in afghanischen und pakistanischen (Flüchtlings-) Lagern militärisch wie ideologisch geschult und in den Bürgerkrieg geschickt. Der spätere saudische Dissident Osama bin Laden leistete hierzu vor allem logistische Hilfe und gründete zu diesem Zweck die Organisation Al-Qaida.

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan kehrten Bin Laden und die meisten seiner Mitstreiter in Heimatländer zurück, die sich politisch wie und ökonomisch in einer Sackgasse befanden. Als „arabische Afghanen“ den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in ihrer Heimat mehr denn je entfremdet, wählten viele den Weg in die innere oder äußere Emigration. Wo sie ihren Unmut politisch artikulierten, taten sie es mehr denn je in der Sprache eines Islamismus, der puritanische und fundamentalistische Züge annahm. Der Lebensweg Bin Ladens, der sich mit dem saudischen Königshaus überwarf und in den Sudan auswanderte, um dann im Mai 1996 nach Afghanistan zurückzukehren, ist hierfür gewissermaßen beispielhaft. Hatte er zunächst gemeinsam mit den

USA gegen die Sowjets gekämpft, so wandelte er sich in den neunziger Jahren vom Nutznießer zum Todfeind amerikanischer Politik. Hierbei spielte die innenpolitische Lage in Saudi-Arabien und in anderen Staaten ebenso eine Rolle wie die us-amerikanische Außenpolitik in der Region, namentlich der von Saudi-Arabien aus von US-Truppen geführte Zweite Golfkrieg gegen den Irak und die als israelfreundlich perzipierte Nahostpolitik der USA.

Was Bin Laden aus den Tausenden frustrierten Afghanistankämpfer heraushob, war sein bis in die Spitzenränge der pakistanischen und saudischen Geheimdienste reichendes Netzwerk von Kontaktleuten, auf das er sich bei seiner Rückkehr nach Afghanistan verlassen konnte. Einige Monate nach der Einnahme Kabuls durch die Taliban im September 1996 begab er sich in deren Obhut und machte sich durch logistische und militärische Unterstützungsleistungen bald unentbehrlich. Bin Laden hatte großen Anteil daran, dass sich Afghanistan mit der Konsolidierung der Herrschaft der Taliban vom Konsumenten zum wichtigsten Produzenten gewaltbereiter Akteure wandelte. Aus dem Überschuss an mehr oder weniger gut ausgebildeten, aber beruflich und politisch perspektivlosen jungen Männern in den arabischen und islamisch geprägten Staaten wurden den von Al-Qaida geführten Ausbildungslagern stets neue Kandidaten zugeführt. Darüber hinaus stellte Bin Laden der Talibanführung Einheiten für Operationen hinter den feindlichen Linien (der Nordallianz) und zur Bekämpfung von Aufständischen zur Verfügung. Es ist anzunehmen, dass die Talibanführung Bin Ladens Söldner bewusst anheuerte, um ein ehernes Gesetz afghanischer Kriegführung zu brechen: dass nämlich Frontkommandeure die Seiten wechseln, wenn die militärische oder finanzielle Übermacht des Feindes zu stark ist. Pakistanische Presseberichte, denen zufolge „arabische Afghanen“ aus dem Umfeld Bin Ladens unmittelbar nach dem Beginn der US-Luftangriffe am 7. Oktober 2001 die Kommandoführung der Truppen in Kandahar übernommen und in vorderster Front gegen die vorrückenden Truppen der Nordallianz gekämpft haben sollen, erscheinen deshalb plausibel.

Denn nach dem heutigen Kenntnisstand ist es den Taliban nicht gelungen, ihre Herrschaft zu institutionalisieren. Ein Zwang zur Institutionalisierung ergab sich nach der Eroberung Kabuls im September 1996. Vorher war es Mullah Mohammed Omar möglich, die eroberten Gebiete von Kandahar aus nach dem Konsensprinzip zu regieren: eine „Supreme Shura“ in Kandahar diente als Führungsorgan, in dem Omar nach langen Diskussionen eine konsensnahe Entscheidung fällte. Dies fiel ihm zunächst umso leichter, als zum Kern der

38 Vgl. Halliday (2002), a.a.O., S. 159-166.
58

ursprüngliche Supreme Shura zehn Mitglieder zählten, die Omars engstem Freundeskreis („Kandaharis“) angehörten. Auch den übrigen 40 Religionsgelehrten, Kommandeuren und Stammesführern war Omar vertraut. Auch nach der Eroberung Kabuls wurden alle wichtigen Entscheidungen in Kandahar gefällt, zunächst von der Shura, dann von Omar allein. Die Kabul-Shura war in erster Linie Befehlsempfängerin. So markiert die Ausweitung der Herrschaft der Taliban nach Kabul und darüber hinaus den Beginn einer Fremdherrschaft, die offensichtlich nur mit Söldnertruppen aus dem arabischen Raum zu stabilisieren war. Vermutlich läutete die Beteiligung der Al-Qaida-Söldner an der Gewaltverwaltung den Verfall der Talibanherrschaft ein.

Die BCCI-Connection

Die letzte Verbindung, die zum Aufstieg der Taliban beitrug und gleichzeitig deutlich darüber hinaus weist, ist die „BCCI-Connection“. Die „Bank of Credit and Commerce International“ (BCCI) wurde im Jahr 1972 von dem pakistanischen Staatsbürger Agha Hasan Abedi mit dem Kapital arabischer Ölkönige als internationale Geschäftsbank mit Sitz in London und Zweigstellen in allen Teilen der Welt gegründet. Sie muss als die waghalsigste, größte und für lange Zeit auch als die erfolgreichste privatkapitalistische Bankunternehmung aus der Dritten Welt bezeichnet werden. Aufmerksamkeit erregte die BCCI nicht nur wegen ihres geschäftlichen Erfolges. Zum Ende der siebziger Jahre mehrten sich Gerüchte über ihr angeblich unseriöses und kriminelles Geschäftsgebahren. Doch es dauerte bis 1991, dass sich die Hinweise auf Betrug und Bilanzfälschungen zu einem handfesten Skandal verdichteten, der zunächst zur Schließung der Niederlassungen in Großbritannien und den USA und später zur Liquidation des Geldhauses führte.

Der Zusammenhang zum Afghanistan der Taliban erschließt sich nicht unmittelbar. Die Verbindung von einer erfolgreichen, wenn auch kriminellen Geschäftsbank, zum Aufstieg der Taliban ist auf mehrfache Weise vermittelt und hat in den Interpretationen des 11. Septembers bisher keine erkennbare Rolle gespielt. Obwohl die politischen und sozialen Entwicklungen in der Region Westasien ungewöhnlich breiten Raum in der Berichterstattung einnahmen, tauchte der Name BCCI nach meiner Kenntnis das erste Mal in einem Beitrag der Washington Post am 17. Februar 2002 auf, in dem auf Ähnlichkeiten und personellen Kontinuitäten zwischen den dubiosen Geschäftspraktiken der BCCI und dem -

anscheinend recht erfolgreichen - Versuch der Taliban- und Al-Qaida-Führung, das „Staatsvermögen“ Afghanistans zu retten, hingewiesen wird.³⁹ Meines Erachtens geht die Bedeutung der BCCI und ihrer Praktiken für den Aufstieg der Taliban über diese - bisher keineswegs bewiesenen - strukturellen oder personellen Kontinuitäten hinaus. Das Geschichte der BCCI gibt Einblick in die Funktionsweise der politisch-moralischen (Kriegs-) Ökonomie einer Region, die in den achtziger und neunziger Jahren nicht nur den Aufstieg der Taliban, die (teilweisen) Staatszerfälle in Afghanistan und Pakistan, die Staatskrisen in den Golfstaaten und das Aufkommen religiöser Fundamentalismen zu verzeichnen hatte, sondern auch eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Nur über die ökonomische und auch politische Erfolgsstory von Individuen, Gruppen, Korporationen und Staaten ist kann es gelingen, dem Entwicklungen, die zum 11. September führten, den Anstrich des Absonderlichen, Irrationalen, nicht Verstehbaren zu nehmen.⁴⁰

Wer oder was also war BCCI? Recherchen der Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Großbritannien und in den USA, des Auswärtigen Ausschusses des US-Senates sowie zahlreicher Journalistinnen und Journalisten ergaben,⁴¹ dass die BCCI weit mehr war als nur ein erfolgreiche Bank im Konflikt mit dem Gesetz: Die BCCI war Bank, Geldwaschanlage, Drogen- und Waffenschmugglerring und Geheimdienst in einem. Folgt man den Ergebnissen der Recherchen, so lassen sich drei Typen von Operationen unterscheiden, die BCCI für ihre Kunden durchführte: Ermöglichung von Kapitalflucht für die Vermögen der politischen Klassen der Dritten Welt, Brokerage und Abwicklung von Waffengeschäften und anderen politischen Transaktionen zwischen zumeist verfeindeten Regierungen, Geheimdiensten und bewaffneten Gruppen, und schließlich die „normalen“, gleichwohl nicht unbedingt legalen Aufgaben einer Geschäftsbank: Finanztransaktionen, Vermittlung von Krediten, Anlage von Vermögen. Dabei bemühte sich die Bank um ein Maximum an Kundenorientierung, sowohl hinsichtlich der zu erbringenden Dienstleistung als auch des Kundenkreises: Als Kunde war jedermann willkommen (ein gewisser Vermögen vorausgesetzt), und zur Erbringung der gewünschten Dienstleistung war fast jedes Mittel recht.

³⁹ Douglas Fish, Al-Qaida's Road Paved With Gold, Washington Post v. 17.02.02, Seite A01.

⁴⁰ Das kann an dieser Stelle naturgemäß nur in ersten Ansätzen geschehen.

⁴¹ Die Quellenlage zum BCCI ist naturgemäß schwierig. Ich stütze mich in erster Linie auf die teilweise leicht reißerisch geschriebenen, aber allem Anschein nach sorgfältig recherchierten journalistischen Arbeiten von Beaty, Jonathan und S. C. Gwynne (1993): The Outlaw Bank. A Wild Ride into the Secret Heart of BCCI, New York. und Potts, Mark/Kochan, Nicholas/Whittington (1992): Dirty Money. BCCI: The World's Sleaziest Bank, Washington, D.C.. Der Bericht des Auswärtigen Ausschusses des US-Senates ist im Internet unter <http://www.fas.org/irp/congress/1992_rpt/bcci/> abrufbar.

Die Spezialität von BCCI scheint es gewesen zu sein, sich um die nicht-monetären Seiten der Geschäftsabwicklung zu kümmern, wie etwa den (illegalen) Transport von Waren und die Androhung und ggf. Anwendung von Gewalt gegenüber Konkurrenten. Einige Journalisten und Ermittler gehen sogar soweit, der BCCI den Status einer Bank abzuspochen und sie kurzerhand zu einem „bewaffneten Staat“ zu erklären.⁴² Gängiger sind Charakterisierungen als korruptestes und gewissenloses Geldinstitut, das Kriminellen, Terroristen und Autokraten weltweit zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau ihrer Privilegien diene. Doch so statthaft diese Vorwürfe moralisch und juristisch auch sein mögen, sie gehen am Kern der hier behandelten Problematik vorbei. In nichtnormativer, analytischer Hinsicht erscheint der Erfolg der BCCI zunächst als ein Musterbeispiel für die zunehmende Durchlässigkeit, ja möglicherweise sogar für die Bedeutungslosigkeit von Staatsgrenzen für das Finanzkapital. Als eine Bank, die in London registriert ist, von einem Pakistaner mit dem Geld arabischer Anleger gegründet wurde und die Filialen in 73 Ländern unterhält, widerstrebt sie dem traditionellen „Landkartenbewusstsein“ (Luhmann) der Sozialwissenschaften. Doch nicht nur die Grenzen zwischen Staaten und Regionen scheinen im Fall BCCI zu verschwimmen, auch die Kategorien, etwa zwischen Staat (Regierung, Militär), Unternehmen (BCCI) und organisiertem Verbrechen: So soll die BCCI nach den Angaben einiger Quellen für die amerikanische CIA geheimdienstliche Operationen durchgeführt haben. Gleichzeitig soll sie eine zentrale Rolle im illegalen Rüstungstechnologietransfer gespielt haben: zum Schaden der USA, zum Nutzen von Staaten wie Rußland und Pakistan.⁴³ Eine erstaunliche Leistung für eine Bank, die mit einem bescheidenen Startkapital von 2,5 Mio. US-Dollar gegründet worden war.

Die Berichte über den Aufstieg und Fall des Imperiums von Agha Hasan Abedi lesen sich dann auch teilweise wie ein (negativer) Heldenepos. Löst man sich von einer rein negativen, skandalisierenden Betrachtungsweise und wendet den Blick den alltäglichen, banalen, „positiven“ Aspekten des Wirkens der Bank zu, dann treten die Gründe für den Erfolg von BCCI deutlicher zu Tage. Das Gründungskapital von BCCI entstammte den Erdölrrenten arabischer Scheichs, und aus diesem Milieu rekrutierte sich auch ein bedeutender Teil der Kunden der Bank. Viele der rasch und unerwartet zu sehr großem Vermögen gekommenen Rentiers misstrauten den traditionellen, aus ihrer Sicht anonymen Ge-

⁴² Beaty/Gwynne (1993), a.a.O., S. 94.

⁴³ Ebd., S. 300ff., 254ff.

schäftsbanken, zumal diese nur begrenzt in der Region vertreten waren. Der topographische und kulturelle Standortvorteil stach noch besser beim Gros der BCCI-Kunden, das sich aus den aus Pakistan, Bangladesch und anderen Staaten der Region stammenden Arbeitsmigranten in den Golfstaaten rekrutierte. BCCI behandelte die Heimüberweisungen dieser Gastarbeiter wie Kapital und konnte seine Liquidität auf diese Weise kontinuierlich steigern. Die Attraktivität von BCCI bestand für diese „Kleinanleger wider Willen“ wie auch für die Großkunden darin, dass BCCI den Servicegedanken nicht nur größer schrieb als die europäischen und amerikanischen Konkurrenten, sondern auch in einer lokalen, verständlichen Sprache. Dazu gehörte die Berücksichtigung des Zinsverbotes ebenso wie die Perfektionierung des Hawala-Systems, bei dem reale oder elektronische Geldtransfers durch fernmündliche Absprachen zwischen Vertrauensleuten ersetzt werden.

Vertrauen, persönliche und familiäre Bindungen spielten in den Geschäftspraktiken von BCCI eine herausragende Rolle. Die engen Beziehungen, die das Geldhaus zu den wichtigsten Entscheidungsträgern in Staaten wie Pakistan und Bangladesch unterhielt, waren nicht nur für beide Seiten zweckrational, sondern entsprachen auch einer gesellschaftlichen Logik, die eine Sphärentrennung von Politik, Wirtschaft und Recht nicht kennt. Man versuchte, kapitalistisches Wirtschaften, islamischen Familien- und Gemeinsinn sowie machtsinteressengeleitetes Staatshandeln miteinander zu versöhnen, m. a. W. eine eigene politisch-moralische Ökonomie zu schaffen. Aus Sicht autonomer sozialer Systeme betrachtet, handelt es sich hierbei um eine funktionale Einbettung regionaler Wirtschaftsentwicklung in eine regionale Figuration, deren Kern eine Akkulturation der pakistanischen Eliten untereinander und mit ihren Geldgebern in den arabischen Staaten bildete. Politik, Wirtschaft und Militär arbeiteten Hand in Hand und machten sich die Intervention von außen (Afghanistankrieg, CIA) zu Nutze⁴⁴. Dass die zum großen Teil in informellen oder kriminellen Sektoren passierte, ist im Sinne komparativer Kostenvorteile notwendiger Bestandteil dieser Erfolgsgeschichte.

Desaggregiert nach gesellschaftlichen Sphären ergibt sich damit folgender Befund: In ökonomischer Hinsicht kommt BCCI als „ideellem Finanzkapitalisten“ eine katalytische Funktion für eine regionale Wachstumsdynamik zu, die in produktiver Weise arabische

⁴⁴ Abedi unterhielt in den achtziger Jahren enge Klientelbeziehungen zum pakistanischen Staatschef General Zia ul-Haq, zum Gouverneur der an Afghanistan grenzenden Provinz Generalleutnant (retd.) Fazle Haq, zum Finanzminister und späteren Staatspräsidenten Ghulam Isahq Khan, zu zahlreichen anderen Politi-

Erdölrenten, Überweisungen der Gastarbeiter und staatskapitalistische Großprojekte (Nuklearprogramm Pakistans) miteinander verband; in politisch-militärischer Hinsicht hatte BCCI, das nach Aussagen einiger Autoren „vom pakistanischen Staat nicht zu unterscheiden war“⁴⁵, entscheidenden Anteil am Aufstieg Pakistans zur atomwaffenbewehrten regionalen (Un-) Ordnungsmacht. Dem stehen zwar die oben beschriebenen Zerfallstendenzen entgegen, doch reduziert man den pakistanischen Staat auf die Interessengemeinschaft des militärisch-politisch-ökonomischen Komplexes, so kann man von einem major player mit Vetomacht in der Region sprechen. In weltgesellschaftlicher Perspektive erwies sich BCCI als kongeniale Agentur zum Schutze der ökonomischen und politischen Interessen der herrschenden Klassen (eines Teils) der Dritten Welt. Dass es BCCI gelang, dieses empowerment der Oberschichten mit zivilgesellschaftlicher Dritte-Welt-Rhetorik zu verbinden und Philanthropen vom Schlage eines Jimmy Carter⁴⁶ für sich einzunehmen, spricht für die Hegemoniefähigkeit dieser Form moralisch-politischer Ökonomie.

Zusammengefasst heißt dies: Der Zerfall bzw. die Schwächung staatlicher Institutionen in Afghanistan und Pakistan war eingebettet in eine dynamische regionale (Kriegs-) Ökonomie, die weit mehr war als ein Gewaltmarkt zur Rekrutierung von Kämpfern und Beschaffung von Waffen, in dem Drogen (-gelder) die Funktion des allgemeinen Äquivalents übernahmen. Die Profite, welche die regionale Kriegsökonomie abwarf, waren weit mehr als nur ein Nebenprodukt Waffen-Geld-Kreislaufs, das einzelnen Warlords in die Taschen floss. Die Intervention der USA in den Afghanistankrieg und die Errichtung der Waffenpipeline gaben vielmehr den Startschuss für eine Dynamisierung der regionalen Ökonomie, insbesondere ihrer informellen und kriminellen Sektoren. Dass es den Boom der achtziger Jahre in Pakistan ohne das amerikanischen (Staats-) Kapital, das mit dem begrenzten Zweck der Finanzierung der antisowjetischen Mudschaheddin in die Region eingeführt wurde und seine Profite erst auf dem Wege der Zweckentfremdung für den Drogen- und Waffenhandel durch pakistanischen Militärs, Beamte und Unternehmer realisierte, nicht gegeben hätte, ist eine Binsenweisheit. Die Kehrseiten dieses Booms - Proliferation von Kleinwaffen, Drogenmissbrauch, exorbitante Militärausgaben zu Lasten von Investitionen in Infrastruktur und Bildung, Verlagerung des Bildungswesens in den religiösen Sektor,

45 kern, Militärs, Bürokraten und Unternehmern in Pakistan und zu Entscheidungsträgern in den Golfstaaten, vgl. Beaty/Gwynne 1993.
Ebd., S. xxiv.

anhaltender Bürgerkrieg in Afghanistan, Kaschmir und Teilen Pakistans - sind als kausal hiermit in unmittelbarem Zusammenhang stehende ebenso bekannt. Paradox formuliert: Die offizielle politische Ökonomie wurde durch die Dynamik der informellen und kriminellen in den Schatten gestellt. Mullah Omar und Osama bin Laden, die Taliban und Al-Qaida, sind dieser regionalen Kriegsökonomie entsprungen. Unabhängig davon, ob sich erweisen sollte, dass neben strukturellen auch personelle Kontinuitäten hinsichtlich zwischen BCCI und dem „finanziellen Zweig“ der Al-Qaida bestehen oder nicht, steht die enge Verknüpfung von legaler Ökonomie informeller Ökonomie, von offiziellem Staatshandeln und klandestinen, illegalen Formen der gewaltsamen Durchsetzung von Interessen außer Frage.⁴⁷ Das pakistanische Militär wäre ohne den von BCCI gemanagten Ressourcenzufluss nicht in der Lage gewesen, eine derartig prominente Position in Afghanistan zu erlangen.

Die fünf Momente des Aufstiegs der Taliban, die hier unterschieden wurden, liegen quer zu gängigen politikwissenschaftlichen begrifflichen Differenzen wie Politik, Wirtschaft, Religion, etc. Die Pakistan-Connection beschreibt das Zusammenwirken autonomer Teile des Staatsapparates und privater Akteure in Pakistan; die Rohstoff-Connection das Ineinandergreifen verschiedener kapitalistischer Interessengruppen mit staatlichen Agenturen; die Saudi-Connection die Anstrengungen von politischen und religiösen Eliten, eine kulturell hegemoniale Stellung in der Region zu erreichen; die Al-Qaida-Connection den Kampf einer oder mehrerer bewaffneter Gruppen gegen die geopolitische Ordnung der Region; und die BCCI-Connection schließlich die Rolle eines privaten Finanzkapitalisten bei der Entwicklung und Aufrechterhaltung einer regionalen wirtschaftlichen Dynamik. Alle fünf sind für sich genommen vereinseitige, im Zusammenspiel aber erklärende Momente für den Aufstieg der Taliban. Zusammen genommen sind die eine regionale Artikulation eines weltgesellschaftlichen Desintegrationsprozesses staatlicher Ordnung, der gleichwohl mehr ist als nur ein Zerfallsprozess.

Rückblickend betrachtet kündigt dieser Aufstieg der Taliban aber bereits von dem Scheitern, von dem nahenden Ende der politischen und ökonomischen Konjunktur dieser Kriegsökonomie. Das politische, ökonomische und moralischen Ordnungsvorstellungen des Talibanismus mögen ihre Attraktivität im Migrantenmilieu haben und vielleicht in Zu-

⁴⁶ Der ehemalige US-Präsident nahm mehrfach kostenlos die BCCI-Dienste für seine Entwicklungsprojekte in Anspruch. Auch zahlreiche andere US-Politiker unterhielten Geschäftsbeziehungen zu BCCI.

⁴⁷ Dies gilt nicht nur für die politischen Klassen Südwestasiens! Zu den möglichen Verbindungen zwischen George W. Bush und BCCI-Financiers aus der Golfregion vgl. ebd., S. 227ff..

kunft sogar noch vergrößern⁴⁸, langfristig ist der neofundamentalistische Islamismus zum Scheitern verurteilt.⁴⁹ Auf der Grundlage dieser - zugegebenermaßen noch spekulativen - Einschätzung muss der Krieg gegen die Taliban und Al-Qaida als eine Chance betrachtet werden, die kriegsökonomische Struktur aufzubrechen und so die politische Ökonomie der Region auf eine neue Basis zu stellen. Dazu müssen allerdings die staatlichen Strukturen gestärkt werden, in Pakistan wie in Afghanistan. In Afghanistan sind die Voraussetzungen hierfür denkbar schlecht. Die Erfahrung mit den Taliban dürfte überlokale Herrschaftsansprüche fürs erste delegitimiert haben. In Pakistan sind die Voraussetzungen besser, sofern es gelingt, dem Militär nach der erforderlichen Zerstörung des militanten islamischen Sektors, mit dem es zum Teil eine Symbiose eingegangen ist, eine neue Aufgabe und Struktur zu geben. Diese kann für die nächste Zeit wohl nicht auf die Landesverteidigung beschränkt sein.

⁴⁸ Siehe den Aufsatz Adelkhans (2001) zum Talibanismus der Migranten aus Belutschistan.

⁴⁹ Vgl. hierzu die Thesen von Roy, Olivier (1994): *The Failure of Political Islam*, London.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1977):** Das Bewusstsein der Wissenssoziologie, in: *Kulturkritik und Gesellschaft I* (Gesammelte Schriften Band 10.1), Frankfurt.
- Adelkhah, Fariba (2001):** Qui a peur de Mollah Omar? L'économie morale du « talibanisme » dans le Golfe, in : *Critique Internationale* no. 12
- Beaty, Jonathan und S. C. Gwynne (1993):** *The Outlaw Bank. A Wild Ride into the Secret Heart of BCCI*, New York.
- Burki, Shahid Javed/Peryy, Guillermo E./Dillinger, William R. (1999):** *Beyond the Center: Decentralizing the State*, Washington, D. C.
- Davis, Anthony (1998):** How the Taliban became a military force, in: Maley (1998a), 43-71.
- Doran, Michael Scott (2002):** Somebody Else's Civil War, in *Foreign Affairs* 81, 22-42.
- Gantzel, Klaus Jürgen und Schwinghammer, Torsten (1995):** *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1992: Daten und Tendenzen*, Münster-Hamburg.
- Gurr, Ted/Harff Barbara (1994):** *Ethnic conflict in world politics*, Boulder/CO.
- Halliday, Fred (2002):** Two Hours that Shook the World. September 11, 2001: Causes & consequences, London.
- Horowitz, D. L. (1996):** *Ethnic groups in Conflict*, Berkeley.
- Huntington, Samuel P. (1993):** The Clash of Civilizations?, in: *Foreign Affairs* 72, 22-49.
- Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens (2002):** *Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945-2000)*, Opladen (i. Ersch.).
- Maley, William (Hg.) (1998a):** *Fundamentalism reborn? Afghanistan and the Taliban*, Lahore.
- Maley, William (1998b):** Introduction: Interpreting the Taliban, in: ders. (Hg.) (1998a), 1-28.
- Merari Ariel (1993):** Terrorism as a Strategy of Insurgency, in *Terrorism and Political Violence* 5, 213-51.
- Potts, Mark/Kochan, Nicholas/Whittington (1992):** *Dirty Money. BCCI: The World's Sleaziest Bank*, Washington, D.C.
- Rashid, Ahmed (2000):** *Taliban. Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia*, London.
- Roy, Olivier (1994):** *The Failure of Political Islam*, London.
- Schmid, Alex P./ Jongman, Albert J. (1988):** *Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories and Literature*, rev. ed., New Brunswick.
- Smith, Anthony D. (Hg.) (1992):** *Ethnicity and nationalism*, Leiden.
- Stavenhagen, Rodolfo (1996):** *Ethnic Conflicts and the Nation-State*, New York.
- Teichman, Jenny (1989):** How to Define Terrorism, in: *Philosophy*, vol. 64, S. 505-17.
- Waldmann, Peter (1998):** *Terrorismus. Provokation der Macht*, München.
- Yousaf, Mohammad/Adkin, Mark (1992):** *The Bear Trap. Afghanistan's Untold Story*, Lahore.

Terrorismus und/oder Krieg

Die Logik der neuen Kriegführung

Ulrike Borchardt

Als ich kurz nach den Terroranschlägen vom 11. September einen Vortrag zu den Folgen dieses erschreckenden und spektakulären Ereignisses hielt, war ich noch davon überzeugt, dass die Antwort der USA und ihrer NATO-Bündnispartner nicht die Form eines Krieges annehmen würde. Zwar beunruhigte mich von Anfang an die Alarmierung des gesamten US-Militärs und die Entsendung ihrer Armada in Richtung Persischer Golf, und auch die Inkraftsetzung des Art. V des NATO Vertrages, der die gegenseitige Beistandspflicht im Falle eines Angriffs auf einen Bündnispartner vorsieht, dennoch war ich der festen Überzeugung, dass das Militär keine unkalkulierbaren Risiken eingehen würde. Ein möglicher Angriff auf Afghanistan, der ja überraschend früh von den Medien propagiert wurde – bevor nachweisbar war, dass der vermeintliche „Kopf“ des Al-Qaida Netzwerkes sich unter dem Schutz der Taliban befände – erschien mir ein unkalkulierbares Risiko. Dies nicht nur, weil er zu einer gefährlichen Destabilisierung der Atommacht Pakistan führen und damit einen Flächenbrand in der gesamten Region auslösen könnte, auch die Propagierung eines neuen/alten Feindbildes von den bösen „Islamisten“, an der der US-amerikanische Politologe Samuel Huntington seit dem Ende des Kalten Krieges unter dem Schlagwort „Kampf der Kulturen“ arbeitete, wäre meiner Ansicht nach genau das, was sich die Terroristen als Reaktion auf ihre Anschläge erhofft hatten. Die unmittelbar auf die Terroranschläge erfolgte Bildung der „Anti-Terror-Koalition“, in die sämtliche Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrates einbezogen wurden und die auch fast alle islamischen Länder umfasste, ließ mich zunächst noch an das Überwiegen der Rationalität glauben. Auch die Unterstützung der Europäer erweckte in mir die Hoffnung, dass diese mäßigend auf verständliche Rachegeleüste der USA einwirken könnten. Der dann am 7. Oktober erfolgte Angriff auf das seit 1978 im dauerhaften Bürgerkrieg befindliche Afghanistan erschien mir von daher als Akt vollkommener Hilflosigkeit einer hochgerüsteten

Weltmacht. Dass dieser Krieg dann noch vorbehaltlos von allen Staaten der Anti-Terror-Koalition unterstützt wurde und wird, ließ mich an meinen politologischen Kenntnissen über die Bekämpfung von Terrorismus vollends zweifeln. Statt dessen kamen mir historische Parallelen in den Sinn, wie etwa die vom Untergang des Römischen Reiches, das sich in seiner letzten Phase nur auf willfährige Vasallen stützte und nicht zuletzt an seiner eigenen Hybris zugrunde ging.

Da ich als immer noch an Fortschritt und Demokratie glaubender Mensch jedoch nicht zur Resignation bereit bin, suche und suche ich weiter nach Erklärungsansätzen für die Ereignisse des 11. September und die daraus folgenden Konsequenzen. Ich will mich in meinem Vortrag auf drei Themen konzentrieren:

Erstens auf das Thema Terrorismus, stark beeinflusst von meiner eigenen Beschäftigung mit dem Terrorismus der ETA im spanischen Baskenland sowie von dem am 2. November in der Le Monde erschienenen Aufsatz des französischen Philosophen Jean Baudrillard über den „Geist des Terrorismus“.¹

Als zweites will ich zum Krieg Stellung nehmen, der Frage nachgehen, weshalb Krieg als eine legitime Antwort – offensichtlich nicht nur von den USA, sondern auch von den in der „Anti-Terror-Koalition“ zusammengeschlossenen Staaten sowie zahlreicher US-amerikanischer und europäischer Intellektueller - auf Terrorismus angesehen wird.

In einem dritten und letzten Schritt will ich offene Forschungsfragen nennen, die sich m.E. nach aus den gegenwärtigen Entwicklungen ergeben.

Zunächst also zum Terrorismus

Zuerst eine Anmerkung zur Begrifflichkeit: Obwohl Terrorismus wahrlich kein neues Phänomen der Politik ist, gibt es bislang keine allgemein verbindliche Terrorismusdefinition. Legt man die Definition des Terrorismus-Experten Peter Waldmann zu Grunde, der sich insbesondere mit dem ETA-Terrorismus und dem der IRA intensiv beschäftigt hat, so sind Grundlage des Terrorismus

¹ Eine deutsche Übersetzung erschien in Baudrillard, Jean (2001): Der Geist des Terrorismus, „Lettre“ 55, Winter. Eine andere, allerdings verkürzte Version in der Süddeutschen Zeitung vom 12. November 2001.

„planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen“.²

Was mich persönlich etwas überrascht bei der gegenwärtigen Diskussion über die Terroranschläge in den USA: es wird so getan, als sei Terrorismus etwas vollkommen Neues. Dabei leben wir schon seit mindestens einem Jahrhundert mit dem Terrorismus, nimmt man einmal die Anfänge der russischen Revolution als Ausgangspunkt, obwohl man sicherlich noch viel weiter zurück in die Geschichte gehen kann. Auch Faschismen und Diktaturen waren und sind eine Form des Terrorismus, in zahlreichen Dekolonialisierungskriegen wurde mit terroristischen Mitteln gekämpft, in den 70er Jahren wurden in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland Terroranschläge verübt, seit den 90er Jahren nehmen terroristische Anschläge auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte in Deutschland zu, in Spanien ist es die ETA, die seit mehr als 30 Jahren Terror verbreitet, von Nordirland, Israel und Palästina sowie Algerien ganz zu schweigen. Auch in den USA gab es bereits vorher Terroranschläge, nur natürlich nicht von diesem Symbolgehalt und derartigen Wirkung weltweit.

Rossana Rossanda, italienische Schriftstellerin und Mitbegründerin von „Il Manifesto“, sieht in den Anschlägen vom 11. September 2001 einen genuin terroristischen Akt, der sämtliche charakteristische Elemente des Terrors enthält: an erster Stelle sein Symbolgehalt, an zweiter Stelle der Überraschungseffekt, an dritter Stelle das Rätseln um die Hintermänner, an vierter Stelle die Verknüpfung von Mord und Selbstmord, dazu bestimmt, die Panik noch zu vergrößern. Für sie steht eindeutig fest: die Hintermänner kannten ihr Ziel genau, seine Verwundbarkeit aus dem Luftraum heraus, die bedingungslose Zusammenarbeit der Medien, die das spektakuläre Ereignis nicht nur live, sondern tausendfach über die Bildschirme in aller Welt verbreiteten.³

Was den Symbolgehalt betrifft, so ging es den Terroristen nicht – wie von US-Präsident Bush und den meisten europäischen Regierungschefs behauptet – um einen Angriff auf „unsere westliche – sprich jüdisch-christliche – Zivilisation“ und damit auf Demokratie und „freie Marktwirtschaft“. Vielmehr sei es den Terroristen darum gegangen, die Arroganz der Vereinigten Staaten im Nahen Osten zu brandmarken sowie ihre arabischen Verbündeten in Bedrängnis zu bringen.

² Waldmann, Peter (1998): Terrorismus. Provokation der Macht, München, S.10.

Verwundbarkeit und Unsicherheit, genau darauf zielen die Terroristen, denen man durch Intervention von außen kaum wirksam ihr Handwerk legen kann. Diese Verwundbarkeit und das daraus erwachsende Gefühl der Unsicherheit wurde erzielt durch den Angriff auf zwei Symbole der US-amerikanischen Macht: auf das World-Trade-Center als Symbol der ökonomischen Macht – vielleicht auch als Symbol der „Globalisierung“, die viele auch als „US-Amerikanisierung“ begreifen – sowie auf das Pentagon, Zentrum der militärischen Macht. Und dies alles in einer medial perfekten Inszenierung, die eben nicht simultan, sondern sukzessiv, also für CNN und andere Sendeanstalten „live“ übertragbar, in die Fernseher auf der ganzen Erde gesendet wurde. Hier müssen wirklich Profis am Werk gewesen sein.

Um die Erklärung des Symbolgehaltes und seiner Wirkung geht es auch dem französischen Philosophen Baudrillard in seinem am 2. November in der Le Monde erschienenen Artikel „Über den Geist des Terrorismus“. Für Baudrillard ist der Terrorismus Teil des Systems:

„In gewissem Sinne ist es der Gesamtzustand des Systems, das heißt seine innere Schwäche und Zerbrechlichkeit, die dem primären Akt des Terrorismus Vorschub leistet. [...] Es war das System selbst, das die objektiven Bedingungen für diesen brutalen Rückstoß geschaffen hat. Indem es selbst alle Vorteile auf seiner Seite bündelt, zwingt es den Anderen, die Spielregeln zu ändern“⁴

Mit dieser Aussage hat sich Baudrillard für viele seiner Gegner zum Apologeten der Terroristen gemacht.⁵ Unabhängig davon, wie man die Analyse Baudrillards beurteilen mag, bestechend ist sie für mich vor allem durch ihre Dialektik sowie durch die Erklärung der Macht der Bilder, des „Imaginären“ und „Virtuellen“, die symbolische Gewalt:

„Der Einsturz des World Trade Center war unvorstellbar, aber er war nicht ausreichend, um daraus ein reales Ereignis zu machen. Ein Übermaß an Gewalt genügt nicht, um in die Realität zu gelangen. Denn die Realität ist ein Prinzip, und es ist dieses Prinzip, das wir verloren haben. Wirklichkeit und Fiktion sind nicht auseinander zu halten, und die Faszination des Attentates ist in erster Linie eine Faszination durch das Bild.“

An anderer Stelle seines Artikels spricht Baudrillard vom „Terrorismus der Reichen“, der hier am Werk war – im Gegensatz zum „Terrorismus der Armen“, den wir vor allem in Palästina verfolgen können. Der Terrorismus der Reichen bedient sich durch aus des

³ Rossanda, Rossana (2001): Notas de una antiamericana, in: El País, 28. September.

⁴ Baudrillard (2001), in Süddeutsche Zeitung, 12. November. Literaturangabe, oder ist es: Baudrillard, Jean (2001): Der Geist des Terrorismus, „Lettre“ 55, Winter.

technologischen Know Hows der „westlichen Zivilisation“, verbindet dies jedoch mit nahezu atavistischen Waffen wie Messern, mit deren Hilfe es ihnen angeblich gelang, Zivilflugzeuge zu Raketen umzufunktionieren. An eine derartige Möglichkeit hatte niemand aus den zahlreichen westlichen „Think Tanks“ gedacht. Offensichtlich ebensowenig beachtet wurde die absolute Todesbereitschaft der Terroristen, die ihr eigenes Leben ohne jede Skrupel zur Erreichung ihres Ziels einsetzen.

Auf die Bedeutung des Symbolgehalts der ausgewählten Angriffsziele habe ich bereits hingewiesen. Nicht erwähnt habe ich, dass dies der erste Angriff einer „ausländischen“ Macht auf US-amerikanisches Territorium seit 1812 war. Damals hatten die Briten das Kapitol in Brand gesteckt. Der in der US-amerikanischen Presse immer wieder bemühte Vergleich mit „Pearl Harbour“ traf zwar das Selbstbewusstsein und das Unverwundbarkeitsgefühl der US-Amerikaner ebenfalls ins Mark, spielte sich jedoch mehrere Flugstunden entfernt vom US-amerikanischen Territorium ab, auf Hawaii. Dass diesmal das eigene Territorium angegriffen wurde, erklärt natürlich die überstürzte Reaktion der verantwortlichen Politiker und Medien. Bush sprach von einem „Kreuzzug“, einen Begriff, den er jedoch wenig später wieder zurücknahm, als ihm deutlich gemacht wurde, dass auch in den USA eine hohe Anzahl friedlich gesinnter Muslime lebt. Der von ihm angeordnete „Krieg“ gegen den Terrorismus erhielt zunächst den religiös gefärbten Namen „infinite justice“ zu deutsch „grenzenlose Gerechtigkeit“ – auf den Protest muslimischer Gelehrter, die daraufhin wiesen, dass nur Gott „grenzenlose Gerechtigkeit“ üben könne, wurde die Aktion jetzt in „enduring freedom“ – „dauerhafte Freiheit“ umgetauft.

Gerechtigkeit und Freiheit, damit haben wir wiederum zwei Begriffe, die zu den Kernbestandteilen westlicher Demokratien gehören und deren parteiische Auslegung durch eben diese westlichen Demokratien als Grund für das Handeln der Terroristen angeführt werden kann. Das Handeln der Terroristen ist nur erklärbar auf Grundlage eines tiefsitzenden Hasses, der erzeugt wird durch das Fehlen von Gerechtigkeit und Freiheit. Für dieses Fehlen von Gerechtigkeit und Freiheit in Ländern, die nicht zu den westlichen Demokratien zählen, trägt der Westen in der Tat seine Mitverantwortung. Will man den Terrorismus tatsächlich wirksam bekämpfen, so muss man dafür sorgen, dass der Hass und sein Nährboden, aus dem er erwächst, ausgetrocknet wird. Das kann nicht durch die Bombardierung eines ohnehin schon total zerstörten und verarmten Landes wie Afghanistan ge-

⁵ Vgl. u.a. die Antwort von Alain Minc, der in der Le Monde vom 6.11.2001 die Überschrift des Artikels von Baudrillard umdreht und daraus den „Terrorismus des Geistes“ macht.

schehen und auch nicht durch einen Frontalangriff gegen die angeblichen „Unterstützer“ des Terrorismus. Dadurch riskiert man eine weitere Polarisierung, noch tiefsitzenderen Hass und eine militärische Eskalation, die kaum zu kontrollieren sein dürfte. Terrorismus kann nur von innen heraus bekämpft werden, durch Aktionen, die seine Selbstaflösung provozieren. Diese Ansicht vertritt auch der französische Soziologe und Sicherheitsexperte Didier Bigo in seiner Stellungnahme zu den Ereignissen des 11. September: Ausgehend von den essentiellen Bestandteilen von Sicherheit - Beruhigung und Schutz - besteht Beruhigung eher in der Wiederherstellung der symbolischen Ordnung, allerdings nicht in ihrer ursprünglichen Form, sondern in ihrer Anpassung an neue Gegebenheiten.

*"Dies bedeutet, dass der Mythos der Unverletzbarkeit der Vereinigten Staaten und der internationalen kapitalistischen Zentren zerstört ist, und dem müssen wir Rechnung tragen. ... Anstatt zu behaupten, dass es dank der antiterroristischen Maßnahmen, die ein undurchdringliches ‚technologisches‘ Schild bilden - was in der Praxis zu einer Nordirlandisierung der westlichen Gesellschaften führen würde - zukünftig keine weiteren Terroranschläge geben könnte, besteht Beruhigung darin, die politische Wirkungslosigkeit derartiger Versuche und ihre Konterproduktivität gegenüber ihren Akteuren zu demonstrieren."*⁶

Das Handeln der USA und ihrer Verbündeten zeigt jedoch in genau die entgegengesetzte Richtung. Statt zu beruhigen, wird auf die Logik der Rache gesetzt, die im Innern der Gesellschaft jeden arabisch aussehenden Mitbürger automatisch zum potentiellen Terroristen abstempelt, nach außen wiederum wird Krieg als Mittel der Terrorismusbekämpfung angesehen. Bigo betont zu Recht, dass die Sicherheitsvorkehrungen gegenüber Asylsuchenden und Immigranten in keiner Weise durch die Terrorangriffe gerechtfertigt sind. Seiner Ansicht nach bedeutet ein Rückgriff auf die Mythen von Souveränität und Undurchlässigkeit der Grenzen und das Vorgaukeln, technische Lösungen könnten neue Angriffe vollständig verhindern, „die Negierung der Essenz von Globalisierung: freie Kapitalströme, freier Ideen- und Informationsfluss, freier Welthandel, freier Personenverkehr und dies alles bei immer schneller werdender Zirkulation.“

In Anlehnung an General Dalla Chiesa, während der "bleiernen Zeit" Italiens verantwortlich für die Terrorismus-Bekämpfung, sei es besser "mit dem Terrorismus zu leben" als das Alltagsleben vollkommen auf den "Anti-Terror-Kampf" auszurichten. Mit anderen

⁶ Bigo, Didier (2001): Reassuring and Protecting, Following the Events of September 11, Social Science Research Council / After Sept. 11 (http://www.ssrc.org/sept11/essays/bigo_text_only.htm), download Nov.

Worten, Beruhigung erfordert eine Kommunikationspolitik, die den Untergrundorganisationen nicht ihre Rationalität abspricht, sondern vielmehr ihre Widersprüche aufzeigt sowie die Illusion, die sie sich über ihre eigene Stärke machen. Auch die gesellschaftliche und politische Willkür ihrer Akte, die eben gerade nicht den von der Organisation genannten Zielen nutzen wird, muss herausgestellt werden. Von daher könnte Bigos Einschätzung zufolge eine gründlichere Studie des politischen Managements zur Zeit des "Schwarzen Terrors in Italien" und der Reaktion der Öffentlichkeit darauf für die gegenwärtigen Ereignisse sehr hilfreich sein, trotz der Differenzen in Ausmaß und Kontext.

Was nun die immer wieder zu hörende Argumentation von der Verantwortung des Islam für die Terroranschläge betrifft, so zeigt bereits ein kurzer Hinweis auf die zahlreichen terroristischen Gruppierungen weltweit, dass lediglich ein kleiner Teil von ihnen sich dabei auf den Islam beruft. Und selbst wenn sich einzelne Gruppierungen wie Hamas, die Taliban und die Anhänger Bin Ladens darauf berufen, heißt das noch lange nicht, dass es das Wesen des Islam sei, Terroranschläge zu rechtfertigen. Hier wird eine der drei monotheistischen Weltreligionen von ideologisch verrannten Fanatikern für ihre eigenen Machtgelüste missbraucht. Mit dem Islam hat dies ebenso wenig zu tun wie das Verhalten Sharons mit dem Judentum. Wir sollten uns daher davor hüten, in die Falle der religiösen Argumentation zu tappen und dadurch auch in unseren eigenen Gesellschaften Fronten zu schaffen, die ein friedliches Miteinanderleben von Menschen aus unterschiedlichen Religionen und Kulturen unmöglich machen.

Krieg als Antwort auf Terrorismus?

Sicherlich haben viele von Ihnen die zahlreichen Sondersendungen zu den schrecklichen, medial perfekt inszenierten Terroranschlägen verfolgt und die meisten von Ihnen werden der ersten Reaktion auf das unfassbare Geschehen, dies als Kriegserklärung gegen „unsere Zivilisation“ zu begreifen, zugestimmt haben. Auch ich habe in einer ersten Stellungnahme zu dem Ereignis von „Krieg“ gesprochen, obwohl ich aufgrund meiner langjährigen Beschäftigung mit der Kriegsursachenforschung natürlich genau wissen musste, dass dies kein Krieg, sondern perfekt inszenierter Terrorismus ist, der allerdings – sollte sich der Angegriffene – also „unsere Zivilisation“ – so wehren, wie die Terroristen sich dies erhofften – nämlich durch eine unüberlegte umfassende Militäraction, tatsächlich in einen dritten Weltkrieg münden könnte. Zahlreiche Experten sprechen jetzt von einem „asym-

metrischen Krieg“⁷, ein Krieg nicht nur zwischen ungleichen Gegnern – auf der einen Seite die USA und die mit ihr verbündeten NATO-Staaten, auf der anderen Seite die Terroristen, von denen man zwar nicht so genau weiß, wer sie tatsächlich sind, jedoch aufgrund ähnlicher – wenn auch nicht derart spektakulärer Terroranschläge annimmt, es handle sich um ein international agierendes Netzwerk „islamischer Terroristen“, deren Kopf der saudische Multimillionär und Afghanistan-Kämpfer Bin Laden sein soll. Insbesondere dem amerikanischen Geheimdienst CIA ist er wohlbekannt, unterstützte er ihn doch seit Beginn des Afghanistan-Krieges gegen die damalige Sowjetunion Ende der 70er Jahre. Ausgerechnet der Milliardär und international bekannte Waffenhändler Adnan Kashoggi stellte ihn damals dem Direktor des CIA, William Casey vor. Seit der Stationierung US-amerikanischer Soldaten in Saudi-Arabien, die im Zusammenhang mit dem Beginn des Zweiten Golfkrieges gegen den Irak 1991 erfolgte, plane Bin Laden angeblich den „Heiligen Krieg“ gegen die USA, die die „heiligen Stätten“ des Islam durch ihre Präsenz in Saudi-Arabien „entweiht“ hätten.

Noch einmal zurück zum Stichwort „asymmetrischer Krieg“: „Asymmetrisch“ sind nicht nur die Gegner, sondern auch die Waffen, die sie benutzen: verkürzt gesagt „High-Tech“ gegen „Teppichmesser“ und Rasierklingen. Hierin liegt meines Erachtens nach ein besonders perfider Hinweis derjenigen, die sich diesen teuflischen Anschlag ausgedacht haben. Gerade in dem Moment, wo die neue US-Regierung ein superkostspieliges neues Raketenabwehrprogramm installieren will, wird ihr im eigenen Land vorgeführt, wie verwundbar sie trotz aller Militär- und Sicherheitseinrichtungen neuester Technologien sind. Allen Zuschauern des Dramas vom 11. September dürfte klar geworden sein, dass militärische Überlegenheit keineswegs nationale Sicherheit garantiert.

Trotzdem wird seit dem 7. Oktober Krieg gegen Afghanistan geführt. Nach mehr als sechs Wochen nahezu pausenloser Bombardierung eines ohnehin schon durch mehr als 20 Jahre Bürgerkrieg, Dürre und Verminung weitgehend unbewohnbaren Landes sind nun die Taliban aus ihren Hochburgen vertrieben und es soll darum gehen, den „Frieden“ in Afghanistan „aufzubauen“. Bin Laden hat man zwar immer noch nicht dingfest gemacht, aber wenigstens dürfen die Männer sich jetzt die Bärte abrasieren und die Frauen ihre Schleier ablegen.

⁷ Vgl. insb. Metz, Steven (2001): Strategic Asymmetry, in: Military Review, July/August, S. 23-31; Thomas, Timothy L. (2001): Deciphering Asymmetry's Word Game, in: Military Review, July/August, S. 32-

Ich will nicht zynisch werden, aber es ist kaum nachvollziehbar, dass dies das tatsächliche Kriegsziel der „Anti-Terror-Koalition“ war, an der sich nun auch die deutsche Bundeswehr aktiv beteiligt. Ein nächster Gegner ist deshalb schon ausgemacht: der Irak, der trotz ständiger UNO-Überwachung immer noch im Verdacht steht, B- und C-Waffen zu produzieren und vielleicht ja doch für die per US-Mail verschickten Anthrax-Briefe verantwortlich ist⁸...

Stichwort B- und C-Waffen: Bei der Suche nach Erklärungsgründen für die kriegerische Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September stieß ich auf einen äußerst instruktiven Artikel von Aaron Weiss, Hauptmann des US Marine Corps mit dem überaus aktuellen Titel „When Terror Strikes, Who Should Respond?“⁹ Unmittelbar vor den Ereignissen des 11. September geschrieben – Redaktionsschluß war der 15. August 2001 – liefert er zahlreiche Argumente für das nach dem 11. September erfolgte Handeln der USA. Eine Einschränkung ist allerdings vorweg zu machen: So lässt sich das Szenario, das Aaron Weiss entwickelt, nicht unbedingt auf die Terroranschläge des 11. September übertragen, denn im Gegensatz zu dem angenommen Fall eines terroristischen Angriffs mit Massenvernichtungswaffen, seien sie Nuklear, Biologisch oder Chemisch – handelte es sich wie bereits gesagt um einen in seiner Art vollkommen unerwarteten und durch seine Mischung von sorgfältigster Vorausplanung, die ohne den Rückgriff auf die Errungenschaften von High-Tech sicherlich nicht durchführbar gewesen wäre, um einen Angriff mit der ältesten Waffe der Welt, der Zivilflugzeuge, vollbesetzt mit Passagieren aus zahlreichen Ländern dieser Erde zu Raketen umfunktionierte.

Auf den Symbolgehalt der ausgewählten Ziele sowie auf die mediale Inszenierung muss ich hier nicht näher eingehen. Zurück zum Artikel von Aaron Weiss. Ihm geht es vor allem darum, davor zu warnen, dass eine zu stark auf den einheimischen Schutz angelegte Bekämpfung von Terroranschlägen mit Massenvernichtungswaffen durch das Militär dieses von seiner genuinen Aufgabe, dem Kampf nach außen, ablenkt und damit schwächt. Er verweist mehrfach darauf, dass die Angst vor Terroranschlägen mit ABC-Waffen vollkommen übertrieben sei und entsprechend die Ressourcenverteilung, die das Verteidigungsministerium dafür vorgesehen habe. Auch die zunehmende Verwendung von Mili-

⁸ 37. Bereits unmittelbar nach den ersten Anthrax-Briefen tauchte das Gerücht auf, die Verantwortlichen für diese Aktion seien außerhalb der dem Terrornetz von Al-Qaida zugerechneten Personen zu suchen. Tatsächlich stellte sich wenige Wochen nach dem Abklingen der größten Hysterie heraus, dass die Bedrohung „hausgemacht“ war, da der Stamm aus US-amerikanischen Labors stammt.

⁹ Vgl. Weiss, Aaron (2001): When Terror Strikes, Who Should Respond? In: Parameters, Autumn, S.117-133.

tärs in humanitären Einsätzen, zur Drogenbekämpfung und bei Katastrophenschutz stößt auf seine Kritik: „Preoccupation with humanitarian and peacetime duties will leave the active-duty military unfit to engage a real military opponent“¹⁰. Vor dem Hintergrund dieser Argumentation liegt die Schlussfolgerung nah, das US-Militär braucht endlich wieder – nicht nur für seine Luftwaffe und Marine, die seit dem Ende des Kalten Krieges vom 2. Golfkrieg bis hin zum Kosovo-Einsatz genügend Gelegenheit hatten, ihre Einsatzfähigkeit unter Beweis zu stellen – sondern auch für die Army eine entsprechende Einsatzmöglichkeit, die ihre weitere Existenzberechtigung absichert.

Die Präferenz militärischer Maßnahmen zeigt sich nunmehr in einer spektakulären Erhöhung des US-Verteidigungshaushalts: George W. Bush verkündete am 4. Februar 2002 eine 15 prozentige Erhöhung des Verteidigungsetats, das ist die stärkste Erhöhung seit zwanzig Jahren: 379 Mrd. US-\$ (ca. 420 Mrd. Euro). Vergleicht man diese Zahl mit europäischen Verteidigungsausgaben, so liegt sie bereits jetzt - ohne die um 48 Mrd. US-\$ angekündigte Erhöhung - im Schnitt um ein fünffaches höher: So geben beispielsweise Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien 1,41 Prozent ihres BIP, also 323 Euro pro Europäer für Verteidigung aus, in den USA sind das 2,8 Prozent, also 1.029 Euro pro Amerikaner¹¹, ab 2003 dann 3,3 Prozent. Diese Summen werden für kostspielige Rüstungsprogramme ausgegeben, die kaum dazu dienen können die "Achse des Bösen" - gemeint sind der Irak, der Iran und Nordkorea, die nach dem vermeintlichen Ende des Afghanistan-Feldzugs als nächstes Kriegsziel genannt wurden - wirksam zu bekämpfen, insbesondere was das neue Raketenabwehrsystem betrifft. Demgegenüber nimmt sich der Verteidigungsetat der drei "Achsenmitglieder" Iran, Irak und Nordkorea mit 12 Mrd. US-\$ geradezu lächerlich bescheiden aus.¹²

Noch einmal zurück zum Thema Krieg: Ich habe bereits erwähnt, dass wir durch eine Eskalation des Afghanistan-Krieges durchaus Gefahr laufen, einen Dritten Weltkrieg auszulösen. Für den britischen Politologen Lawrence Freedman ist dies bereits der Fall. In seinem am 20. Oktober 2001 in der britischen Zeitung „Independent“ erschienenen Artikel mit dem Titel „This is the Third World War – and the stakes are high“¹³ schreibt er:

¹⁰ Ebd., S. 25.

¹¹ Le Monde, 5. Februar, 2002

¹² Independent, 8. Februar 2002.

¹³ Inzwischen ist eine ausführlichere Argumentation seiner These erschienen in: Freedman, Lawrence (2001): The Third World War?, in: Survival, vol. 43, no. 4, Winter, S. 61-87.

„War der 11. September der Beginn des Dritten Weltkrieges? Um die Spannung zu ersparen, die Antwort lautet ‚ja‘, allerdings mit einem aktualisierten Konzept des Dritten Weltkrieges. Das alte Konzept bestand in einer übertriebenen, noch gefährlicheren Version des Ersten und Zweiten Weltkrieges: ein kosmischer Kampf zwischen Großmächten, die über unbegrenzte Zerstörungskapazität verfügen.“

Aus Angst vor einem noch schrecklicherem Szenario als das der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zog man den Kalten Krieg vor. Er ging friedlich zu ende, weil Russland seine Ideologie und das wacklige Empire aufgab, das im Namen des Kommunismus errichtet worden war.

Freedman zufolge ist die Grundlage für den Dritten Weltkrieg, so wie er traditionell verstanden wird, nach wie vor gegeben, da sämtliche Großmächte substantielle Nuklearwaffenpotentiale besitzen. Sollten „die Ereignisse außer Kontrolle geraten und nur ein Teil der verfügbaren Waffen eingesetzt werden, so könnte es zur ultimativen Katastrophe kommen.“

Seiner Ansicht nach war die weiterhin reale Macht dieser Vision – des Nuklearkriegs - während der letzten Wochen spürbar:

„sei es bei der Aufdeckung des Codenamen ‚Hiroshima‘ für den vom Al-Qaida-Netzwerk geplanten Angriff auf die USA oder in der Staubwolke über Manhattan und der Bezeichnung des World Trade Center Areal als ‚ground zero‘, eine Bezeichnung, die in den 50er Jahren zur Messung der Auswirkungen von Nuklearexplosionen erstmals gebraucht wurde. Die Furcht vor Anthrax erhöht die apokalyptische Stimmung noch zusätzlich.“

Für Freedman

„ist dies ein Krieg, in dem es um vitale Interessen geht, und der auf globaler Ebene ausgetragen wird. Es ist ein Weltkrieg auf Grund der weiten geographischen Verbreitung der Opfer des 11. September, weil Mitglieder des Al-Qaida-Netzwerkes ihre Aktionen in Asien, Afrika, Nahost und Europa sowie in Nordamerika geplant oder durchgeführt haben, und auch weil seine Auswirkungen eine Reihe regionaler Konflikte unmittelbar betrifft. Ebenso wie beim Ersten und Zweiten Weltkrieg wird die Kernauseinandersetzung zu einem Strudel, der in andere Konflikte mündet und in diesem Prozess seinen Charakter verändert. Tatsächlich haben die sekundären Folgen der beiden Weltkriege die Ausgangsbedingungen für den Dritten gelegt.“

Zu den sekundären Folgen des Ersten Weltkrieges zählt er zum einen „das chaotische Ende des Österreichisch-Ungarischen und des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg“, das immer noch auf dem Balkan und im Golf zu spüren sei. Was die nach wie vor ungelöste Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkrieges betrifft, so müsse sich Colin

Powell mit Kaschmir und dem arabisch-israelischen Streit abmühen. Was Afghanistan angeht, so habe Tony Blair die Verantwortung des Westens für die fehlende Aufmerksamkeit der Entwicklung in dieser Region nach dem Abzug der russischen Truppen am Ende des Kalten Krieges zugegeben.

Freedman stellt fest, dass all diese Konflikte Muslime involvieren, und Bin Laden auf Seiten derer stehe, die den Konflikt verschärfen wollen. Für ihn geht es deshalb weniger um einen

„Krieg gegen den Terrorismus als vielmehr gegen eine radikale politische Kraft, die sich terroristischer Methoden bedient, um die westlichen Staaten dazu zu zwingen, sich aus diesen Konflikten fernzuhalten, die sie durch die Oktroyierung frauenfeindlicher Theokratien in der Islamischen Welt beenden wollen. Deswegen steht so viel auf dem Spiel.“

Seine Schlussfolgerung lautet:

„Der leichteste Teil des Dritten Weltkrieges mag in der Zerschlagung der Operationen von Al-Qaida und ihrer und der Taliban Vertreibung aus ihren Stützpunkten liegen. Der schwierigere Teil wird darin liegen, mit den vergifteten Hinterlassenschaften des Ersten und Zweiten Weltkrieges endgültig fertig zu werden.“

Für den bereits zu Anfang zitierten Baudrillard erleben wir derzeit den Vierten Weltkrieg: Während der erste mit dem Ende der weltweiten Vorherrschaft Europas endete, besiegte der zweite den Faschismus, der dritte – Kalte Krieg – den Kommunismus und der vierte geht gegen den Islam. Wobei für Baudrillard der Islam jedoch lediglich „die bewegliche Front“ ist, an der sich der für das System überlebensnotwendige Antagonismus festmacht.

Zum Schluss noch einige Anregungen für weitere Forschungsfragen, die gerade für PolitikwissenschaftlerInnen von Interesse sein dürften:

- Welchen Sinn macht eine staatlich gelenkte Kriegsführung gegenüber einem (imaginären?!) Gegner, der offensichtlich – ebenso wie Coca Cola, Hollywood und Microsoft - weltweit verbreitet ist?
- Wie uns allen bekannt ist, gehört „Terrorismusbekämpfung“ spätestens seit der 50. Jahrestagung der NATO – noch während des Kosovo-Krieges – zu den militärischen Aufgaben und möglichen Einsätzen von NATO-Soldaten. Was bedeutet das für die „klassische“ Aufgabenteilung zwischen Militär und Polizei?

- Welche Rolle haben hochtechnische Waffensysteme wie das neue Raketenabwehrsystem der USA für zukünftige Kriege?
- Welche inneren Auswirkungen haben die Ereignisse des 11. September auf unsere freiheitlich-demokratischen strukturierten Gesellschaften?
- Wie sieht es mit der weiteren Durchsetzung von Menschenrechten aus? Weshalb wird es nicht Interpol überlassen, die terroristischen Netzwerke mit verdeckten Methoden aufzudecken, die Verantwortlichen vor einen Internationalen Gerichtshof zu stellen?
- Welchen Einfluß hat das weitgehend unilaterale Handeln der USA auf die weitere Entwicklung der transatlantischen Beziehungen?
- Gelingt Europa eine alternative zivile Gestaltung von Lösungen der Probleme interner und internationaler Ungleichheiten?
- Welchen tatsächlichen Einfluß haben internationale Organisationen wie die UNO samt ihrer Unterorganisationen auf die weitere internationale Entwicklung?

Literatur

- Baudrillard, Jean (2001):** Der Geist des Terrorismus, „Lettre“ 55, Winter.
- Bigo, Didier:** Reassuring and Protecting, Following the Events of September 11, Social Science Research Council / After Sept. 11 (http://www.ssrc.org/sept11/essays/bigo_text_only.htm), download: November 2001.
- Cordesman, Anthony H. (2002):** Proliferation in the „Axis of Evil“: North Korea, Iran, and Iraq. Center for Strategic Studies, Report, January 30, (http://www.csis.org/burke/proliferation_axis.pdf)
- Foster, Anthony/ Wallace, William (2001):** What ist NATO for?, in: Survival, vol. 43, no.4, winter, S. 107-122.
- Freedman, Lawrence (2001):** The Third World War?, in: Survival, vol. 43, no. 4, Winter 2001, S. 61-87.
- Fukuyama, Francis (2001):** Their target: The modern world, Newsweek, Dec. 17, S.14-24.
- Gordon, Philip H. (2001):** NATO after 11 September, in: Survival, vol. 43, no.4, Winter, S. 89-106
- Habermas, Jürgen (2002):** Fundamentalismus und Terror. Antworten auf Fragen zum 11. September 2001, Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, S. 165-178.
- Hoffmann, Stanley (2001):** Why Don't They Like Us?, in: The American Prospect, Vol. 12, Issue 20, Nov. 19.
- Institute for American Values (2002):** What We're Fighting For: A Letter from America. February 12 (http://www.propositionsonline.com/Fighting_For/fighting_for.html).
- Khalilzad, Zalmay/Byman, Daniel (2000):** Afghanistan: The Consolidation of a Rogue State, in: The Washington Quarterly, Winter, S. 65-78.
- Metz, Steven (2001):** Strategic Asymmetry, in: Military Revue, July/August, S. 23-31.
- Rossana Rossanda (2001):** Notas de una antiamericana, in: El País, 28. September.
- Schoch, Bruno (2001):** Der 11. September als Quittung? HSFK-Standpunkte, Nr. 6.
- Thomas, Timothy L. (2001):** Deciphering Asymmetry's Word Game, in: Military Revue, July/August, S. 32-37.
- U.S. President. Executive Office (2002):** Office of Management and Budget. Budget of the United States Government, Fiscal Year 2003, February 4 (<http://www.whitehouse.gov/omb/budget/fy2003/budget.html>).
- Waldmann, Peter (1998):** Terrorismus. Provokation der Macht, München.
- Weiss, Aaron (2001):** When Terror Strikes, Who Should Respond? In: Parameters, Autumn, S.117-133.

Die AutorInnen

Jutta Bakonyi

Politologin (MA), Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft (IPW) an der Universität Hamburg.

Anschrift: Universität Hamburg; Institut für Politische Wissenschaft;

Allende Platz 1; D-20146 Hamburg

Tel.: +49 (0) 42838-3825

e-mail: Bakonyi@gmx.de

Dr. Ulrike Borchardt

Diplom-Politologin, freie Mitarbeiterin der Forschungsstelle Kriege Rüstung und Entwicklung der Universität Hamburg.

Anschrift: Universität Hamburg; Institut für Politische Wissenschaft;

Allende Platz 1; D-20146 Hamburg

Tel.;; +49 (0) 42838-2087

e-mail: borchardt@sozialwiss.uni-hamburg.de

Dr. Peter Lock

Sozialwissenschaftler; Koordinator der European Association for Research on Transformation

Anschrift: Auf der Koppel 40, D - 22399 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 602 79 75; Fax +49 (0)40 60 67 10 87

e-mail: Peter.Lock@t-online.de

www.Peter-Lock.de

Boris Wilke

Diplom-Politologe, Promotionsstipendiat der Universität Hamburg

Anschrift: Universität Hamburg; Institut für Politische Wissenschaft;

Allende Platz 1; D-20146 Hamburg

Tel: +49 (0) 30 2935 2747

e-mail: boris.wilke@web.de